DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

208 19. JAHRGANG Januar 2002 4,50 €

AUS DEM INHALT:

EXTREMISMUSFORMEL

»Wir sind keine Linksextremisten und wir unterstützen auch keine solchen«, verwahren sich Mitarbeiter des »Alternativen Zentrums Conni« in Dresden. Im Sommer bemerkten sie nach Hinweisen aus der Nachbarschaft die vom Verfassungsschutz angemietete konspirative Wohnung gegenüber. Und in Beantwortung einer Landtagsanfrage der CDU wurde öffentlich, dass bereits 40 Seiten Materialien zum AZ Conni von diesem Dienst zusammengestellt wurden, die vermutlich im 2001er VS-Bericht veröffentlicht werden. »Die Schimäre der linken Dauergefahr« auf Seite 3.

AUF ABWEGEN

»Zora Zobel auf Abwegen« ist der Titel des neuen Krimis von Corinna Kawaters. Bekannt wurde sie mit einem Szene-Krimi 1984 und traf damit den Nerv der Zeit. 1987 taucht sie unter, denn in Deutschland wird sie gesucht wegen Mitgliedschaft in der Stadtguerilla-Gruppe »Rote Zora«. Als sie sich 1995 den Behörden stellt, kommt es zum Prozess und es folgte eine Verurteilung zu drei Jahren auf Bewährung. Seite 4

REPRESSIVER KURS

Schon zu Zeiten von Rot-Grün im Stadtstaat Hamburg gab es eine kontinuierliche Rechtsentwicklung. 14-jährige kamen in den Jugendknast und im Juli beschloss der Senat die »Brechmittelvergabe« an unter Tatverdacht stehende Drogendealer. Die Folgen sind bekannt: Am 12. Dezember verstarb der 19-jährige Achidi J. aus Kamerun nach dem ihm gewaltsam durch eine Nasen-Magen-Sonde das Brechmittel verabreicht wurde. Die seit Oktober 2001 regierende Rechtskoalition aus CDU, FDP und der Partei des Rechtspopulisten Schill beschleunigt diese Rechtsentwicklung. Seite 5

PROJEKTE

Wer das Ökozentrum in Verden durch den Haupteingang betritt, steht meistens schon mitten drin im Projektleben: aus der grüngestrichenen Bürotür flitzt ein Attac-Mitarbeiter, oft genug gefolgt von Journalisten auf die Treppe nach oben zu. Beim Ökoarchitekten steht die Tür offen, er telefoniert mit dem Baby auf dem Arm. Auf dem Fußboden malen zwei Teilnehmerinnen des »freiwilligen ökologischen Jahres« an einem Transparent gegen den Krieg, ein Kunde des Biobaustoffladens betrachtet gerade den baubiologischen Lehrpfad. »Selbstverwaltung hoch 13« auf Seite 12.

NEUWERKGENOSSENSCHAFT

Eine alte Fabrik, chaotische Zustände, Freaks, Künstler, Gewerbetreibende und Händler – alle unter einem Dach. Seit November gehört dieser einzigartigen Szene das Konstanzer Neuwerk. Seite 13

www.contraste.org

ENERGIEWENDE: AUF GEHT'S...

Energieideen

Auf unserer Themenseite 11 berichten wir über eine Tagung zur Atomgesetznovelle, die Anfang Dezember stattfand. Festzuhalten ist, dass sich die rot-grüne Regierung mit dem »30-Jahre-Kompromiss« für Laufzeiten der Atomkraftwerke zum Spielball der Atomwirtschaft hat degradieren lassen und das Primat der Politik abgegeben hat. Gründe, den Widerstand gegen die Atomenergie einzustellen, gibt es wegen dieses Etikettenschwindels jedenfalls nicht. Die erhoffte Energiewende durch Rot-Grün findet also nicht statt. Stattdessen werden die Steuergelder in den Ausbau unserer Truppen zur weltweit operierenden Interventionstruppe und den dazu gehörenden Übungen im Kosovo, Mazedonien, Afghanistan und demnächst wohl auch Somalia gesteckt.

Die Energiewende findet also nur im kleinen Maßstab auf privater Ebene statt. Ideen und Alternativen gibt es viele. Einige dieser Energieideen, die bereits im Alltag ausprobiert werden, hat unsere Redaktion Bremen-Umland zusammengestellt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Redaktion Heidelberg ● 80% seiner zum Heizen benötigten Energie gewinnt Heinrich Schmidt durch Erdwärme und benötigt keine fossilen Energien wie Öl oder Gas. Für die restlichen 20% muss Strom eingesetzt werden, den Heinrich Schmidt durch den zukünftigen Einsatz von Solarzellen erzeugen will. 15.000 EUR kosteten ihn die Wärmepumpe und der Umbau.

Der Dachs ist ein hauseigenes Kleinst-Blockheizkraftwerk zur Erzeugung von Strom und Wärme, basierend auf der Kraftwärmekopplung. Dennoch muss der Wärmeverbrauch eines Objektes hoch genug sein, damit sich ein Dachs rentiert. »Für ein Einfamilienhaus ist ein Dachs wenig sinnvoll«, sagt Energiefachmann Michael Püschel. Sieben Dachse befinden sich bereits im Raum Sottrum in den Kellern. Um die Anschaffung einer solchen Anlage rentabel zu machen, haben die Elektrizitätswerke Schönau im Schwarzwald die »1.000-Keller-Initiative mit dem Schönauer Sonnenpfennig« ins Leben gerufen.

Mit Blockheizkraftwerken wird seit Jahrzehnten das Prinzip der Kraftwärmekopplung umgesetzt. Die Motoren treiben die Stromgeneratoren an. Die durch Reibung und Rohstoffverbrennung entstehende Wärme wird zum Heizen genutzt. Seit 1983 betreibt die »Stadtwerke Achim AG« ein Blockheizkraftwerk und die 4.500 kW elektrische Leistung decken rund 20% des Strombedarfs der Stadt ab.

Die Photovoltaiktechnik erlebt ein starkes Wachstum und auch politisch wird der Markt vorangetrieben. »Egal wie man rechnet, eine Photovoltaik-Anlage lohnt sich immer. Ich frage mich, warum nicht jeder Hausbesitzer so eine Spardose hat?«, meint Ralf Borngräber aus Rotenburg. Auch in diesem Jahr lohnen sich diese Anlagen, selbst wenn der Überschussstrom mit nur noch 94 Pfennig je kWh vergütet wird.

Susanne Dörner liebt das Schrauben und Basteln. Um Treibstoffkosten zu sparen, rüstete sie ihr Auto um und experimentierte mit Pflanzenöl aus dem Supermarkt. Danach erfuhr sie, dass Pflanzenöl ungesund ist für die Einspritzpumpe ihres Golf TDI. Eine Umrüstung des Fahrzeuges hätte 5.300 DM gekostet – und damit war das Experiment Pflanzenöl gescheitert.

Bio-Diesel ist ein Subventions-Billigprodukt – der Preis liegt erheblich unter dem des herkömmlichen Kraftstoffs und die Leistung bleibt bei beiden Treibstoffen gleich. Hergestellt wird Bio-Diesel aus Raps. Von einem Hektar Ackerfläche werden 1.300 l Bio-Diesel gewonnen. Dennoch: Bio-Diesel schneidet in der Ökobilanz schlecht ab und ist kein zukunftsfähiger Kraftstoff.

»Offshore«-Windparks: Viel Wind und keine Entscheidung. Die Fischer sind dagegen. Greenpeace ist dafür. Die Politiker sind sich nicht sicher. »Offshore« heißt vor der Küste. In Ost- und Nordsee könnten riesige Windparks entstehen. Doch Windkraft auf See ist in Deutschland noch eine Zukunftsvision. 15 bis 20% der Gesamtstromversorgung könnte Deutschland durch »Offshore«-Windparks abdecken. Aus einem Positionspapier der Bundesregierung wird klar: bis 2003 werden keine Anlagen aufgestellt. Und bis 2030 wird es nur Parks mit maximal 40 Windrädern geben. Weniger als die Hälfte, von dem, was möglich wäre.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Heizen mit Erdwärme:
Wohnzimmer warm – Ölpreis egal
Erdwärme kontrovers
Strom selber machen:
Ein schlauer Fuchs, der Dachs! Seite 7

Photovoltaik aktuell:
94 Pfennig ab 2002
Blockheizkraftwerke Seite 8

Alternativer Sprit:
Salatöl im Tank
Biodiesel Subventions-Billigprodukt
Greenpeace Energy e.G.:
Strom aus kontrolliertem Anbau Seite 9

Atomkraft – vom Winde verweht
Schadstoffarm mit Autogas
Bürger gegen Atomreaktor Garching Seite 10

D 8008

EX-DDR-BÜRGERRECHTLER:

Wir haben es satt

Am 13.12.01 gingen namhafte Ex-DDR-Bürgerrechtler wie Sebastian Pflugbeil, Wolfgang Ullmann, Hans-Jochen Tschiche, Erika Drees, Heino Falke, Hans-Jürgen Fischbeck, Christian Führer, Heiko Lietz, Reinhard Schult und andere mit der nachfolgenden Erklärung an die Öffentlichkeit.
Sie reflektieren darin die Folgen des 11.9.2001 für die die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik.
Die Erklärung wurde am 13.12.01 auf der Seite 6 der Franfkurter Rundschau unter dem Titel »Wohlbekannte Übel der Diktatur« leicht gekürzt abgedruckt.

Aus eigener Erfahrung mit der Diktatur in der DDR, aus guter Erinnerung an politischen Druck und Widerstehen, an Volksverdummung und Wahrhaftigkeit, an hohle Phrasen und aufsässige Verse, an militaristisches Gehabe und grundsätzliche Gewaltlosigkeit, an Bevormundung und Solidarität und aus jüngster Erfahrung mit der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik wenden wir uns nicht an den Bundeskanzler, nicht an Rot-Grün, nicht an die Oppositionsparteien, sondern an Euch, einfache Bürger wie wir.

»Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist offensichtlich gestört.« Das war 1989 so. Und das gilt heute wieder. Wir fühlen uns in wachsendem Maße ohnmächtig gegenüber wirtschaftlichen, militärischen und politischen Strukturen, die für Machtgewinn und Profit unsere Interessen in lebenswichtigen Fragen einfach ignorieren. Wir fühlen uns in unserer Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen unseres Landes und der Welt mehr und mehr an die uns wohlbekannten Übel der Diktatur erinnert. So können wir uns zwar alle vier Jahre bei den Wahlen für eine von vielen streitenden Parteien entscheiden. Wir stellen jedoch fest, daß die Programme dieser Parteien mit der Politik, die sie dann tatsächlich machen, kaum etwas zu tun haben.

Die politischen Losungen in der DDR waren selten lustig, sie werden in ihrer Hohlheit von den Wahlwerbungen der Parteien heute übertroffen. Wir haben uns über das Abstimmverhalten der Volkskammerabgeordneten amüsiert. Angesichts des Abstimmverhaltens der Bundestagsabgeordneten ist uns das Lachen vergangen. Wir haben es gelernt, hohle Phrasen und den sinnverkehrenden Gebrauch von Schlagworten zu erkennen und schadlos an uns abperlen zu lassen: Früher: Ewige Waffenbrüderschaft; Unverbrüchliche Solidarität; Friedensdienst (mit der Waffe in der Hand); Erz für den Frieden (gemeint war das Uran der WISMUT für die russischen Atombomben); Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden; Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!

Heute: Kreuzzug gegen das Böse; Ewige Freiheit; Grenzenlose Gerechtigkeit; Uneingeschränkte Solidarität; Geschlossenheit; Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen! Wir haben in der Revolution von 1989 Kopf und Kragen riskiert, um das verhasste und verachtete System von Bütteln und Spitzeln in der DDR zu überwinden. Wir hatten erwartet, dass nach dem Ende des Kalten Krieges auch die westlichen Geheimdienste abrüsten. Keiner von uns hat jedoch damit gerechnet, dass nach Beendigung des Kalten Krieges die Telefonabhöraktivitäten steil ansteigen, dass die von uns abgerissenen Stasi-Videokameras nur durch neue ersetzt werden. Wir sind entsetzt darüber, dass heute die Polizei zusammengestrichen und der Geheimdienst aufgeblasen wird. War denn alles umsonst? Wir wissen, wohin so was führt.

Keiner von uns hat damit gerechnet, dass ein schrecklicher Terroranschlag in den USA zum Anlass genommen werden könnte, scheinbar unumstößliche Maßstäbe von Recht und Gerechtigkeitsgefühl in der ganzen westlichen Welt ins Rutschen zu bringen. Wir haben nicht vergessen, wie die Gummiparagraphen des politischen Strafrechts der DDR uns die Luft abgeschnürt haben. ...

Fortsetzung auf Seite 6

AKTION 2002:

Erfolgreicher Start

Auch unser diesjähriger Spendenaufruf mit dem wir an die Solidarität und Unterstützung derjenigen Menschen appelliert hatten, die eine Zeitung wie CONTRASTE als Forum und Medium der Gegenöffentlichkeit zu schätzen wissen, war schon in der Startphase ein voller Erfolg. Ihr habt die voraussichtliche Deckungslücke für dieses Jahr schon um 2.212,35 EUR gemindert und uns das Gefühl gegeben, ein Projekt zu betreiben, das von Euch, liebe Leserinnen und Leser, migetragen wird. Herzlichen Dank!

Redaktion Heidelberg ● Hier nun der aktuelle Stand (Stichtag war der 27.12.2001):
Vier neue Fördermitglieder können wir begrüßen:
- Armin Glöckner, Gelnhausen (62 EUR)
- Walther Metallwaren GmbH, Schwarzenbach/Saale (250 EUR)
- Roland Mink, Morbach (70 EUR)
- Klaus Schlichting, Hamburg (70 EUR)

Zusammen mit drei neuen Abos ergibt das Mehreinnahmen in Höhe von **578,80 EUR**. Leider blieben uns Kündigungen nicht erspart. Neun Abos wurden und zwei Fördermitgliedschaften wurden gekündigt. Das ergibt Mindereinnahmen in Höhe von **582,87 EUR** und erhöht unsere Deckungslücke auf **3.439,95 EUR**.

Spendenliste

- Anonym, Frankfurt (250 EUR)
- Anonym, Frankfurt (100 EUR)
- Anonym, Berlin (15,34 EUR)
- Walther Metallwaren GmbH, Schwarzenbach/Saale (400 EUR)
- J. Lehmann, Heidelberg (10 EUR)
- Matthias Bauer, Berlin (50 EUR)
- Wolfgang Steen, Wulfsbüttel (60 EUR)
- Besetztes Haus, Erfurt (20 EUR)
- Andreas Lorenz, Berlin (50 EUR)
- Klaus Griesbach, Hamburg (10 EUR)
- Oliver Kirner, Freiburg (12,78 EUR)
- Fred Hey, Essen (50 EUR)
- Gabriele Herbert, Wolfsmünster (50 EUR)
- frauenbank.de in Gründung, München (250 EUR)
- Isolde Bräuner, Baden-Baden (50 EUR)
- Armin Scholl, Münster (100 EUR)
- Evelin Pfister, Mainz (9,10 EUR)
- Hubi Cramer, Mannheim (40,90 EUR)
- Volker Ruwisch, Dinkelhausen (50 EUR)
- abitare Tischlerei GmbH, Berlin (25 EUR)
- Roland Mink, Morbach (52 EUR)
- Martin Harder, Berlin (25 EUR)
- Matthias Göpfert, Lübeck (25 EUR)
- Roland Quester, Leipzig (10 EUR)
- Jörg Sommer, Heidelberg (10 EUR)
- Jürgen Podlutzky, Wiesbaden (25,56 EUR)
- Harald Wutte, Augsburg (100 EUR)
- Pörtner Consulting, Morbach (15 EUR)
- A. Meyer, Berlin (51,13 EUR)
- Ute Schäfer, Idstein (51,13 EUR)
- Ingrid Schulze, Berlin (61,36 EUR)
- Hofgemeinschaft Galions GbR, Grebenau (25 EUR)
- Annette Schlemm, Jena (61,36 EUR)
- Günther Offermann, Solingen (51,13 EUR)
- Jens Jackowski, Witten (20 EUR)
- Peter Walpurgis, Flensburg (25,56 EUR)

Das ergibt eine Summe von **2.212,35 EUR**, die unsere voraussichtliche Deckungslücke auf **1.227,60 EUR** reduziert. Herzlichen Dank! Zusammen mit dem von uns anvisierten weiteren Abbau von Altschulden in Höhe von **2.560 EUR** benötigen wir noch **3.787,60 EUR**.

Bedanken möchten wir uns zusätzlich bei allen Fördermitgliedern, die dazu beigetragen haben, das Projekt CONTRASTE zu stabilisieren.

Schön wäre es, wenn weitere Abos auf Fördermitgliedschaften umgestellt werden könnten! (Coupon auf dieser Seite!). Mit jeder Vereinsmitgliedschaft im CONTRASTE e.V. helft Ihr Steuern sparen, denn die Mehrwertsteuer entfällt, weil der Bezug der Zeitung im Rahmen einer Fördermitgliedschaft kostenlos ist und Herr Eichel seine Kriegskasse nicht auch noch durch CONTRASTE-Abos auffüllen kann!

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.●

frauenbank.de in Gründung

Jede Aktie zählt...

Innerhalb von zwei Monaten sammelte die frauenbank.de in Gründung rund 1 Million EUR, die von 570 AktionärInnen gezeichnet wurden.

Redaktion Heidelberg ● Bei den gezeichneten Optionen fließt noch kein Geld, derzeit werden Kaufabsichten gesammelt, die die Bank in Höhe von 5 Millionen EUR benötigt. Der Antrag auf eine Banklizenz soll erst gestellt werden, wenn abgesehen werden kann, dass der Mindestbetrag an Eigenkapital erreicht werden kann. Gleichzeitig wird ein Schreiben an all diejenigen verschickt, die bis dahin eine Kaufabsicht erklärt haben. Diesem ist dann ein Prospekt beigefügt, der auch die Bankverbindung enthält, auf der die Beteiligung überwiesen werden kann.

Der eingezahlte Betrag wird als Treugeld verwaltet (jedeR bekommt darüber einen Treuhandvertrag) und erst, wenn »frauenbank.de« in das Handelsregister eingetragen ist und die Banklizenz vorliegt, wird aus dem Treugeld eine Aktienbeteiligung.

Die »frauenbank.de« wird als »Kleine AG« gegründet, also nicht börsennotiert sein, die Mindestbeteiligung liegt bei 250 EUR.

Gutscheine für die beabsichtigte Aktienbeteiligung (es können auch Gemeinschaftsaktien gezeichnet werden) können unter folgender Anschrift angefordert werden: frauenbank.de in Gründung, Bothmerstr. 21, D-80634 München, Tel. (0 89) 13 93 81 53, Fax 13 93 81 55
E-Mail: info@frauenbank.de
www.frauenbank.de

OEKOGENO EG, FRANKFURT

Mitglieder beschließen eigenständige Fortführung der Ökobankgenossenschaft

Auf einer außerordentlichen VertreterInnenversammlung am 24.11.01 in Frankfurt beschlossen die VertreterInnen der Ökobankgenossenschaft eine Satzungs- und Namensänderung. Die Unterstützung und Förderung eines alternativen Bankwesens gehört weiterhin zu den zentralen Zielen. Sie werden unter dem Namen »OekoGeno – Beratungsgenossenschaft für nachhaltiges Wirtschaften« unter ethischen & sozialen Gesichtspunkten umgesetzt.

Michael Berger, Red. Genossenschaften ● Das eigentliche Bankgeschäft, die Ökobank, wird laut einem Beschluss vom 22.11.01 der BAG Hamm, Sanierungsinstitut der Volks- und Raiffeisenbanken, an die GLS Gemeinschaftsbank übertragen. Burghard Flieger und Bernd Steyer, Vorstände der OekoGeno, begrüßten diese Entscheidung. Sie betonten auf der VertreterInnenversammlung: Vorrangige Ziel der Genossenschaft wird die enge Kooperation mit der GLS, aber auch anderen ökologisch-ethischen Banken sein. Sie zeigen sich hier optimistisch, zumal schon Vorgespräche mit der GLS in freundlicher Atmosphäre geführt wurden.

Ziele der Kooperation sind:
- die Anlagegrundsätze der Ökobank weiter zu verfolgen;
- gemeinsame Produktentwicklungen für den ökologisch orientierten Anleger.

Zusätzlich werden eigene Geschäftsfelder im Bereich Beratung und Dienstleistung angeboten. Die Entwicklung eines »ökologisch-sozialen Qualitäts-Labels« als Instrument des Verbraucherschutzes hat dabei hohe Priorität.

»Alle genannten Ziele einschließlich des Abbaus des Verlustvortrages« betonte Flieger auf der Vertreterversammlung, »lassen sich erfolgreich nur umsetzen, wenn die OekoGeno eigenständig bleibt.« In ihrem eigenen Interesse sollten sich die Mitglieder deshalb weiterhin bei der Genossenschaft engagieren und nicht kündigen. Andernfalls könne nur wenig Einfluss auf die anderen Banken im Sinne der alten Ökobankziele ausgeübt werden.●

Anfragen zu OekoGeno an den Vorstand: Am Hauptbahnhof 6, D-60239 Frankfurt, Tel.: (0 69) 25 61 02 82
Email: be-st@t-online.de

BUKO-SEMINAR

Rio plus 10: die Neuauflage des Modernisierungsmärchens »nachhaltige Entwicklung« ?

Freitag, 25. und Samstag, 26. Januar 2002
im Dritte-Welt-Haus Frankfurt/M.

Im September 2002 sollen im südafrikanischen Johannesburg zehn Jahre nach der UNO-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro weitere Strategien zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung vereinbart werden. Die Bilanz der letzten Jahre dürfte eher zur Nebensache werden. Doch der damaligen Aufbruchstimmung ist bereits bei der »Rio plus 5«-Auswertung 1997 in New York deutliche Ernüchterung gefolgt. Ohne eine kritische Einschätzung der letzten Jahre lassen sich aber kaum realistische Zukunftsszenarien entwerfen? Wie ist der Stand der Debatte heute? Welche konkreten Pfade wurden auf dem Weg zu einer »nachhaltigen Entwicklung« eingeschlagen, wo bestehen Blockaden? Welche gesellschaftlichen Akteure verfolgen unter dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung ihre partikularen Strategien? Wie lässt sich der Gehalt des höchst umstrittenen Begriffs einschätzen? Was sind dominante und was marginale Verständnisse von nachhaltiger Entwicklung.

Der BUKO hat sich mit seinem Arbeitsschwerpunkt »nachhaltige Entwicklung« schon Mitte der 90er Jahre in die Diskussion eingemischt. Der BUKO 1996 in Heidelberg stand unter diesem Motto. Inwieweit ist die damals geäußerte Kritik noch berechtigt? Was hat sich als falsch erwiesen? Das Seminar soll in die aktuelle Diskussion einführen und über den Stand der Vorbereitungen informieren. Am Ende soll ein Positionspapier des BUKO dazu entwickelt werden.

Anmeldung bis 20. Januar:
BUKO-Geschäftsstelle Hamburg, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg Tel. (0 40) 39 31 56 FAX 28 05 51 20
email: BUKOHH@t-online.de

Kurt's Surf-Center

... monatlich die heißesten Surftips aus dem Internet

Seitenwechsel aus Hamburg und der Schweiz

Eine neue Form des Incentive begeistert das Management. Die Schweizer KollegInnen machen es seit Jahren vor – ein paar mutige ToppmanagerInnen der Hamburger Energieversorgung zogen nach und bis in die Führungsetagen von Daimler-Chrysler und Deutsche Bank heißt es: da wollen wir auch mitmachen. Die Rede ist von einer Art einwöchigem Abenteuerurlaub in einem Sozialprojekt oder einer ähnlichen Einrichtung.

Möglich wird dies durch die trademark Seitenwechsel – im Internet ersurfbar unter www.seitenwechsel.com.

Herr Torsten Heinrich, Leiter Personalentwicklung der Hamburger Gaswerke, in einer Wohngruppe für minderjährige Flüchtlinge der Arbeiterwohlfahrt

Dahinter stecken mit einer schweizerischen »Gemeinnützigen Gesellschaft« und der »Patriotischen Gesellschaft von 1765« – auch Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe genannt – Topadressen des europäischen Stiftungswesens. Nur: ist dieser Seitenwechsel wirklich mehr als ein einwöchiges »Großstadt-Survival«-Event für irgendwelche wildgewordenen Großstadtbürger. Was kommt dabei heraus? Welche Seitenwechsel werden wirklich vollzogen?

Unsere Hamburger Redaktion jedenfalls hat in den einschlägigen Szenen noch keine unbeschlipptsten Manager erspäht. Vielleicht soll die ganze Sache in deutschen Landen ja auch erst noch so richtig anrollen. Seitenwechsel wiederum bietet nämlich schon jetzt ein Netz von RegionalkoordinatorInnen in den Bundesländern, um Projekte anzuleiern.

Frau Elfrun Klöbzig, Leiterin Technisches Büro, Hamburger Gaswerke, in der Frauenvollzugsanstalt Hahnöfersand

Seitenwechsel – also vielleicht auch bei der CONTRASTE in Heidelberg. Warum nicht? Ist ja schließlich bald Weihnachten. Und wir laden den Anzeigenmanager vom HANDELSBLATT ein, sich doch mal eine Woche um unsere Finanzen zu kümmern. Warum kein »Heidelberg-Survival«-Event als Wiedergutmachung und -versöhnung für den beträchtlichen Geldschaden, den unsere Zeitung bei ihrer Gründung als »WANDELSBLATT« erlitt, weil solche Art »Herausforderungen« vor 17 Jahren noch stets vor dem Kadi enden »mussten«...

Warum also kein wirklicher Seitenwechsel?●

Herr Ulrich Eßer, Fachreferent Führungskräfteentwicklung bei den Hamburgischen Elektrizitätswerken im »Come in«, einer stationären Therapieeinrichtung für süchtige Kinder und Jugendliche

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Sächsische Probleme mit der Extremismusformel und ihrer einseitigen Interpretation

Die Schimäre der linken Dauergefahr

»Wir sind keine Linksextremisten und wir unterstützen auch keine solchen«, verwahren sich Mitarbeiter des »Alternativen Zentrums Conni« in Dresden. Nach Hinweisen aus der Nachbarschaft bemerkten sie im Sommer die vom Verfassungsschutz angemietete konspirative Wohnung gegenüber. In dem früheren Kindergarten in der Dresdner Neustadt gibt es einen Kinderladen, Konzerte und einen Kellerklub, aber auch »Treffen für kreativen Widerstand« gegen Castortransporte oder Weltwirtschaftsgipfel, Weiterbildungs- und Diskussionsveranstaltungen.

Von Michael Bartsch aus Dresden ● Im September 2001 erhielt der CDU-Landtagsabgeordnete Lars Rohwer auf entsprechende Kleine Anfragen vom sächsischen Innenministerium die Antwort, »dass auch die Förderung linksextremistischer Bestrebungen zum Konzept des »Conni e.V.« gehöre«. Eine junge Unionsfreundin aus der CDU-Stadtratsfraktion wollte daraufhin dem Verein als Betreiber des Zentrums alle städtischen Zuschüsse streichen, konnte sich aber bislang noch nicht durchsetzen.

Das Gegenbeispiel findet sich in der sächsisch-böhmischen Grenzstadt Zittau. Der »Nationale Jugendblock Zittau e.V.« wird im sächsischen Verfassungsschutzbericht des Jahres 2000 als »aktive neonationalsozialistische Organisation« bezeichnet. Weiter heißt es: »Der NJB ist ein wichtiges Bindeglied der Rechtsextremisten in Ostsachsen und pflegt enge Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und zur Skinheadszene«. Die vom Verein genutzten Räume nähmen als Treffpunkt eine Schlüsselstellung ein, schreiben die Verfassungsschützer. Die praktischen Erfahrungen der Zittauer mit Schlägereien, Überfällen auf schwul-lesbische Veranstaltungen und der Verbreitung von Propagandamaterial belegen diese Einschätzung. In üblem Ruf steht der jährliche »Holger-Müller-Marsch« im Gedenken an einen 1992 in Notwehr erstochenen Nazi.

Und dennoch hat ein hilfloser Stadtrat im November dem NJB das bisher genutzte baufällige Haus in der Südstraße für 33 Jahre zur Erbbaupacht überlassen und 22.000 Mark Reparaturzuschuss zugelegt. Verbunden mit der naiven Hoffnung, die Rechten so per Sozialarbeit zu domestizieren, nachdem diese andernfalls indirekt mit Aktionen vagabundierender Einzelpersonen gedroht hatten.

Ist ein »Radikaler« gefährlicher oder zahmer als ein »Extremist«?

Die Beispiele illustrieren die beiden Kernfragen der verschärften innenpolitischen Sicherheitsdiskussion. Wird in Sachsen und nicht nur hier zumindest auf der politischen Ebene mit zweierlei Maß gemessen? Gehört also die sprichwörtliche Blindheit auf dem rechten Auge nach wie vor zur Alltagserfahrung in einem tendenziell konservativen Deutschland? Und wo beginnt bei Linken oder Rechten eigentlich der Extremismus, der eine Unterbindung aller Entfaltungsmöglichkeiten und den Einsatz juristischer und polizeilicher Mittel rechtfertigt? Ist ein »Radikaler« gefährlicher oder zahmer als ein »Extremist«? Die Proteste gegen die Gleichsetzung eines politischen Flügelbekenntnisses mit extremistischer Gesinnung sind in beiden Lagern zu finden. »Linksextremismus ist nur ein Kampfbegriff, der Bilder von Steinewerfern assoziiert. Niemand würde sich selbst so bezeichnen«, meint Katrin Ulbricht vom AZ Conni in Dresden. Ebenfalls aus Dresden sind Diskussionen mit dem von der »Deutschen Sozialen Union« DSU kommenden jungen Rechtsintellektuellen Holger Malcomeß erinnerlich, als er fragte: »Warum kann man nicht einfach ebenso rechts sein wie links?«

Eine Frage, die Malcomeß nicht nur an den politischen Gegner richten sollte. Druck auf die »einfache« Rechte oder Linke wird weniger von den politischen Rändern ausgeübt, sondern vor allem, wenn man so will, von der »extremen Mitte«. Wegen der unklaren Grenzziehung zum Extremismus geraten die Attribute »rechts« oder »links« zunehmend in Verruf. Parteien glauben, Wählerstimmen nur noch in der Mitte zu finden, weshalb hier ein immer indifferenter werdendes Gedränge an populistischem Mainstream herrscht. Zuläs-sig erscheint die auf die Sitzverhältnisse in der französischen Deputiertenkammer seit 1814 zurückgehende politische Richtungsbezeichnung bestenfalls noch mit dem Zusatz rechts-oder links-»liberal«.

So stuft der sächsische Verfassungsschutz beispielsweise die PDS-Untergliederungen »Kommunistische Plattform«, »Marxistisches Forum« und die »AG Junge GenossInnen« als linksextremistische Bestrebungen ein und beobachtet sie. Es nimmt nicht wunder, dass die Partei als Ganzes damit von der CDU-Fraktion im Landtag so behandelt wird, als stünde sie nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion in Sachsen, vermisst eine klare Rechtsverordnung oder eine Legaldefinition des Extremismusbegriffes. Es liege offenbar im Ermessen des Verfassungsschutzes, wo er die Beobachtungswürdigkeit von Personenzusammenschlüssen ansetze. Eine entsprechende Nachfrage beim Landesamt verweist zunächst auf das sächsische Verfassungsschutzgesetz. In diesem Gesetz aus dem Jahr 1992 aber taucht der Begriff »Extremismus« an keiner Stelle auf. Es erläutert lediglich beobachtungswürdige »Bestrebungen«, die gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes und dessen Sicherheit oder gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung allgemein gerichtet sind. Solche Formulierungen finden sich in allen Verfassungsschutzgesetzen der Bundesländer, wobei auffällt, dass der sächsische Aufgabenkatalog ungewöhnlich lang ist.

Mitarbeit der PDS in den Kontrollgremien verhindert

In der Einleitung zum sächsischen Verfassungsschutzbericht des Jahres 2000 aber ist sehr wohl von extremistischen Bestrebungen und Straftaten die Rede. »Eine Bestrebung ist nur dann rechts- oder linksextremistisch, wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen will oder zumindest Anhaltspunkte darauf hindeuten.« Die schriftliche Antwort auf eine Nachfrage beim Landesamt ergänzt und verschärft: »Nicht von entscheidender Bedeutung ist, ob dies gewaltsam geschehen soll und ob das Ziel kurz-, mittel- oder langfristig umgesetzt werden soll, sofern aktiv auf dieses Ziel hingewirkt wird.« Ein parteipolitischer Missbrauch werde durch die uneingeschränkte gerichtliche Überprüfbarkeit von Einstufungen und durch das Kontrollrecht der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) ausgeschlossen. Letzterer Hinweis gleicht einem Selbsttor, denn in Sachsen hat die CDU-Landtagsmehrheit lange versucht, eine Mitarbeit der PDS, die immerhin ein Viertel der Abgeordneten stellt, in der »PKK« zu verhindern. Die seltenen Zusammenkünfte dieser Kommission stellen eine wirksame Kontrolle außerdem in Frage.

Demokratiemonopol für eine amorph bleibende Mitte

Der Extremismusbegriff taucht also erst auf der Ebene des ausführenden Organs auf. Wissenschaftliche Arbeiten zu seiner Exegese lassen sich in auffälliger Weise vor allem in ultrakonservativen Kreisen orten. Eine bemerkenswerte Auseinandersetzung mit seiner tendenziell einseitigen Besetzung lieferten vor Jahresfrist die Autoren Christoph Kopke und Lars Rensmann in den Bonner »Blättern für deutsche und internationale Politik«. Der Beitrag mit dem Untertitel »Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie« schlägt zunächst einen Bogen von den Thesen des Bonner Politikwissenschaftlers Manfred Funke aus den siebziger Jahren zum gegenwärtigen CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Friedrich Merz. Beide propagieren ein Demokratiemonopol für eine amorph bleibende »Mitte«, hinter der nur gutbürgerliche Langeweile und der innere Kreis der »Anständigen« vermutet werden kann. Diese Mitte hermetisiert sich gegen alle irgendwie auffälligen Außenseiter und wirkt zugleich disziplinierend und nivellierend nach innen. Erscheinungen, die fatale Erinnerungen an braune Zeiten weckt, da sich der »gesunde Volkskörper« gegen »Schädlinge« durchzusetzen hatte. Kopke und Rensmann zeigen aber auch, dass die zweieinhalb Jahrzehnte sogenannter Extremismusforschung weniger vom Bemühen um eine rationale und neutrale Definition als von einer eindeutigen Stoßrichtung gegen links bestimmt waren.

Bezeichnenderweise wirken zwei der schärfsten Exponenten dieser Richtung in Sachsen: Uwe Backes am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden und Prof. Eckhard Jesse an der Universität Chemnitz. Beide geben mit staatlicher Unterstützung das »Jahrbuch Extremismus&Demokratie heraus«. Gefahr droht danach vor allem vom politisch gefestigten Linksextremismus, während gegenüber Nazis eher das Bedauern über verirrte Protestparteien, »frustrierte Jugendliche« oder »Modernisierungsverlierer« vorherrscht. Die kritischen Autoren kommen zu dem Schluss, dass solche Extremismus-Theoretiker und die politischen Verfechter einer »wehrhaften Demokratie« letztlich auf undemokratisches Freund-Feind-Denken und die diktatorische Ausgrenzung von Minderheiten durch eine selbstdefinierte Mehrheit hinzielen. Der Skandal, den Uwe Backes auslöste, als er sich Anfang des Jahres 2000 hinter die Verurteilung des Hitler-Attentäters Elser in einem Artikel seines Kollegen Fritze stellte, ist vielleicht noch erinnerlich. PDS-Rechtspolitiker Bartl sieht Anzeichen dafür, dass Backes und Jesse den ideologischen Hintergrund für das Verhalten von sächsischer Union und Staatsregierung liefern. Obgleich auch aus dem Verfassungsschutzbericht herausgelesen werden kann, dass rechtsextremes Potenzial und deren Straftaten ungleich schwerer wiegen, scheint der Hauptfeind nach wie vor links zu stehen.

Der Antifaschismus etwa wird mittlerweile zu einer Haltung herabgewürdigt, die das Landeskriminalamt oder der Verfassungsschutz nur noch in Gänsefüßchen zu setzen vermag. 1999 sorgte beispielsweise das von Innenminister Klaus Hardraht (CDU) vorgestellte »Lagebild Staatsschutzkriminalität« ebenso für Empörung wie für Gelächter. Harmlose Sonntagsspaziergänge und Fahrraddemos vor allem des »Grünen Jugendbündnisses« wurden in ein extremistisches Umfeld gestellt und »vorsorglich kriminalisiert«, wie eine Zeitung schrieb. Im Jahr zuvor hatte sich ein junger Mann offenbart, der vom Verfassungsschutz in die Anti-Atomkraft-Bewegung eingeschleust werden sollte. Er gab zugleich Methoden und finanzielle Köder des Geheimdienstes preis.

»SOKO Links«

Seit Jahren wirkt beim Landeskriminalamt eine »Sonderkommission Rechtsextremismus«. Sie verhindert zwar nicht den schleichenden Vormarsch braunen Gedankenguts, war aber gegen rechte Straftaten erfolgreich. Nach autonomen Übergriffen gegen einen Marsch von 2.000 Nazis zum Leipziger Völkerschlachtdenkmal am 1. September 2001 forderte nun Sachsens Innenminister Hardraht auch eine »Soko Links«. Eine ähnliche Verwechslung von Ursache und Wirkung vollzog sich in der gleichen Stadt am 3. November. Sogar gegen friedliche Gegendemonstranten eines wiederum genehmigten Nazi-Aufmarsches, darunter mehrere Abgeordnete, ging die Polizei vor. Währenddessen konnten Nazis ungehindert »Ruhm und Ehre der Waffen-SS!« rufen, weil Sachsens Generalstaatsanwalt Jörg Schwalm diese Parole formaljuristisch für straffrei erklärt hatte. Ist er deshalb ein Extremist?

Die Polizeiübergriffe beschäftigten den Landtag, das Projekt einer »Soko Links« oder einer Polizeieinheit »Militante autonome Gewalt« scheint inzwischen in der Schublade verschwunden zu sein. Die allmähliche Verschiebung des öffentlichen Bewusstseins aber hat insbesondere mit der Sicherheitshysterie nach den Terrorangriffen vom 11. September Verstärkung erhalten. Während es mittlerweile zum guten Ton gehört, nicht nur sozialistische, sondern schlichte soziale Ideale zu verteufeln, blühen Nationalismus, Feindbilder und Sicherheitsdenken. Eine von schnellbesohlten Amateuren gestellte »Wachpolizei« oder die beabsichtigte Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes sind sächsische Attribute dieses Prozesses. Und wer aus der linken Dresdner Szene jetzt eine Friedensdemo organisiert, gerät schon in den Geruch, mit Terroristen zu sympathisieren.

In einem Beitrag der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 17. August 2000 hatte Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf noch ein erstaunlich liberales und gegen rechtsextremen Missbrauch des Demonstrationsrechtes gerichtetes »Gesetz zum Schutz der Bürgerfreiheit gegen Gewalt und Gewaltandrohung im politischen Wettstreit« angekündigt. In seinem Innenministerium kann man sich heute nicht einmal mehr daran erinnern.

Wo dieses Innenministerium administrativ gegen Rechts durchgriff, steht der Erfolg leider auch in Frage. Das Verbot der militanten »Skinheads Sächsische Schweiz« (SSS) setzte zweifellos ein richtiges Zeichen. Mittlerweile muss aber auch der Verfassungsschutz zugeben, dass ehemalige Mitglieder weiterhin aktiv sind. So geht eine schwere Körperverletzung in Pirna am 6. Oktober auf drei frühere »SSS«-Angehörige zurück. Es ist ein Allgemeinplatz, dass solch eine »nachsorgende« repressive Bekämpfung wenig ausrichtet. Ein mögliches NPD-Verbot allein dürfte Nazi-Aufmärsche auch künftig nicht ausschließen. Ein geschlossenes Handlungskonzept, einen »Aufstand der anständigen Staatsregierung« oder der sie tragenden CDU ist in Sachsen nicht abzusehen. Erfolgreich kann vorerst nur die präventive Jugendarbeit vor Ort sein. Das »Civitas«-Programm der Bundesregierung hat in dieser Richtung einem bislang schwachen Dresdner Projekt zu neuem Gewicht verholfen. Das »Kulturbüro Sachsen« widmet sich mit mobilen Beratungsteams jetzt der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Nicht von ungefähr dienen den Sachsen dabei Bausteine aus Brandenburg als Vorbild. ●

Schimäre: (lt. Duden) Trugbild, Hirngespinst

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Rückfragen, weitere Diskussionen & Anregungen:

Kulturbüro Sachsen
– Mobile Beratungsteams –
Bautzner Str. 41, D-01099 Dresden
Tel. (03 51) 804 28 20, Fax 804 96 71
E-Mail: buero@kulturstadt-dresden.de
www.tolerantes-sachen.de

AMAL-Hilfe für betroffene rechtsextremer Gewalt
Bautzner Str. 41, D-01099 Dresden
Tel. 0351/889 41 74, Fax 804 96 71
E-Mail: amal-sachsen@ndk-wurzen.de
www.ndk-wurzen.de

Anzeige

INTERVIEW MIT CORINNA KAWATERS

»Aber es ist trotzdem Phantasie«

Bekannt wurde Corinna Kawaters mit einem Szene-Krimi 1984 und traf damit den Nerv der Zeit. 1987 taucht sie unter. In Deutschland wird sie gesucht wegen Mitgliedschaft in der Stadtguerilla-Gruppe »Rote Zora«. Als sie sich 1995 den Behörden stellt, kommt es zum Prozess und es folgt eine Verurteilung zu drei Jahren auf Bewährung. Jetzt hat sie einen neuen Krimi vorgelegt (Zora Zobel auf Abwegen. Espresso Verlag Berlin 2001; 255 S. / Tb / 19,90 DM). Anlässlich ihres Versuches in Berlin eine Wohnung zu finden, wurde dieses Gespräch geführt.

Frage: *1984 erschien bei 2001 Dein erstes Buch, und es war sofort ein Erfolg, mindestens sieben Auflagen und über 20.000 verkaufte Exemplare. Damit hast Du den Grundstein gelegt für das Genre Szene- bzw. Frauen-Krimi.*

Corinna: Das stimmt schon, Anfang der 80er Jahre, als mein erster Zora-Zobel-Roman erschien, wurden die Kriminalromane von Jerry Cotton, Hercule Poirot und Miss Marple – alles Gestalten aus dem bürgerlichen Lager beherrscht. Meine Figur Zora Zobel sollte dazu ein Gegengewicht liefern. Ich wollte ein bis dahin unbeachtetes Stück Realität – die alternative Szene – in die Krimiliteratur einführen. Dass das eine gute Idee war, hat sich ja an den zahllosen Szene-Krimis gezeigt, die danach entstanden sind. Allerdings, was die Frauen-Krimis angeht, da war wohl Pieke Biermaun die erste, die denen einen Krimi gewidmet hat. Und in den USA gab es dieses literarische Genre schon länger. Der erste Lesbenkrimi »Killing Wonder«, den ich gelesen habe, erschien auch zu dieser Zeit, Anfang der 80er in englischer Sprache in einem deutschen Frauenbuchverlag.

Über Dein neues Buch »Zora Zobel auf Abwegen« betonst Du, dass es keine autobiographischen Zusammenhänge gibt, alles erstunken und erlogen, aber die Parallele zwischen deinen acht Jahren Illegalität und Zora Zobel, die ohne Geld und ohne Papiere flüchten muss, drängt sich auf.

Als ich wieder in Deutschland war, wollte ich gerne wieder schreiben, es sollte auch ein Zora-Zobel-Roman sein. Aber nach so vielen Jahren der Schreibabstinenz, war es schwierig, damit wieder anzufangen. Und dann bekam ich ein Autoren-Stipendium des Landes NRW und dazu die Auflage das Buch innerhalb von drei Jahren als gedrucktes Produkt vorzulegen. „Schreiben Sie über etwas, was Sie gut kennen«, so wird jedem geraten, der sich an ein Schreibprojekt heranmachen will. Und was ich nach vielen Jahren Illegalität am besten kannte, war dieses Gefühl, ohne Geld, ohne Papiere und ohne erfreuliche Perspektive herumzuirren. Daher habe ich meine Heldin auch in diese Lage gebracht. Konkret war meine Situation während meiner Illegalität eine ganz andere. Wie Konrad Adenauer schon sagte: Die Wahrheit ist ein kostbares Gut, damit sollte man nicht so um sich werfen...

Konrad Adenauer? Wie kommst Du denn auf den?

Ich war neulich im Kabarett und habe das Programm von Jürgen Becker »Da wissen Sie mehr als ich!« gesehen. Und Becker zitiert diesen Spruch von Adenauer. Außerdem soll Adenauer noch gesagt haben: Sie wissen doch, Politikern darf man nicht alles glauben. Auch Politiker haben die Wahrheit nicht für sich gepachtet. Ich selbst bin Zeuge dafür.» Naja, der Adenauer ist schon lange tot. Auf solch erfrischende Offenheit bei Politikern braucht man heutzutage nicht zu hoffen... da kommt nichts mehr. Da muss man eben die Alten zitieren.

Aber zurück zum Thema: Wie weit lässt sich überhaupt das Schreiben vom Leben trennen?

Ganz gut. Ich weiß von keinem Krimiautor, der selbst zum Mörder wurde.

Nun, es wurden kaum welche erwischt, das stimmt. Es gibt aber Mörder, die z.B. im Knast angefangen haben zu schreiben... Ich meinte damit, dass doch wohl bei den meisten AutorInnen das Schreiben durch bestimmte Lebenserfahrungen und/oder -empfindungen geprägt wurde.

Ja, das ist sicher richtig. Therapeutisches Schreiben, wird ja auch empfohlen, soll Menschen helfen, die schwere Schicksalsschläge erlebt haben. Und natürlich ist es verführerisch meine Lebensgeschichte mit den Zora-Zobel-Romanen zu vergleichen, weil die Romane in der Ich-Form geschrieben sind. Aber es ist trotzdem Phantasie. Den ersten Roman habe ich als Ich-Erzählung geschrieben, weil mir diese Form am leichtesten fiel. Ich hatte da Alfred Hitchcock im Kopf, der mal gefragt wurde, wie er die Spannung in seinen Filmen erzeugt. Und Hitchcock meinte, er stellt sich den Zuschauer als Kind vor, das auf seinem Knie sitzt und dem er seinen Film erzählt. Und der Zuschauer fragt immer: Und was passiert dann? Und dann? Und was danach? Ich habe meiner Leserin auf meinem Knie die erste Zora-Zobel-Geschichte eben in der Ich-Form erzählt, damit es spannender wird. Daher musste ich dann dabei bleiben. Auch, dass meine Heldin Zora heißt und ich wegen Mitgliedschaft bei der »Roten Zora« verurteilt wurde drängt sich als Parallele auf. Da kann ich nur daran erinnern, dass Zora Zobel ein Kind der 80er Jahre ist, und da war Zora in gewisser Weise ein Mode-Name. Ich hatte einen Hund, der so hieß, eine Frau, die ich kenne, hat ihre Tochter so genannt etc. Im übrigen war der Vorname eine Idee von Friedel Geratsch, der damals in der Band »Geier Sturzflug« gespielt hat. Den Hit von denen »Und jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Brutto-Sozialprodukt« kennst Du doch sicher noch... Ich hatte nur den Nachnahmen, den ich klasse fand, Zobel... Jedenfalls fragte ich Friedel, welcher Name denn dazu passt... und er meinte halt: Zora. Dabei ist es dann geblieben. Und was die Inhalte der Bücher angeht: natürlich, man kann nur über Dinge und Erfahrungen schreiben, die man kennt, oder von denen einem deutlich, intensiv berichtet wurde. Also Situationen, die man entweder selbst erlitten oder nah mitgelitten hat. Fred Breinersdorfer beispielsweise ist Anwalt und Krimiautor. Seinen ersten, oder einen der ersten Romane hat er über den »Hammermörder« geschrieben, weil er den Mann verteidigt hat und total erschüttert war von der Geschichte...

Wie war es für Dich eigentlich, als du zurückgekommen bist? Wie war das mit dem Vorwurf des eventuellen Verrats, dem Knast usw.?

Der Verratsvorwurf war schon eine bittere Sache, weil ich darauf gar nicht angemessen reagieren konnte. Heute finde ich es schon fast verständlich, aber immer noch unglaublich gehässig, dass solche Vermutungen angestellt werden, wenn jemand wie ich relativ unbeschadet wieder aus der Versenkung auftaucht...

Was heißt »relativ unbeschadet«? Und Versenkung?

Das heißt, nach mir wurde als Terroristin gesucht, ich war acht Jahre illegal und habe mich dann den Behörden gestellt. Daher kam ich nicht in Untersuchungshaft, sondern musste mich bis zu meinem Prozess regelmäßig bei der örtlichen Polizei melden. Zum Zeichen dafür, dass ich nicht wieder abhaue, sondern mich meinem Prozess stelle. In diesem Prozess wurde ich zu 18 Monaten auf Bewährung verurteilt. Die Bewährungszeit betrug drei Jahre und ist kürzlich abgelaufen. Außerdem muss ich noch die Prozesskosten bezahlen, das sind knapp 50.000 DM. Soviel zu »unbeschadet«.

Ich wusste seinerzeit nicht, wie leicht einen so ein Verratsvorwurf ereilt und banal er letztlich ist, wie wenig Bedeutung er tatsächlich hat. Ich habe nur die Gehässigkeit, die Kleinlichkeit und die Boshaftigkeit daraus empfunden und kam mir blamiert und beschmutzt vor. Ich habe zugelassen, dass meine persönlichen Beziehungen davon überschattet wurden. Wie sich die Verhältnisse in Deutschland nach all diesen Jahren verändert hatten, welche enormen Veränderungen sich durch die Maueröffnung ergeben haben, wusste ich nicht. Und dass da letzten Endes kein Hahn nach kräht, ob mir irgend jemand Verrat vorwirft.

Verfolgst Du den z.Zt. in Berlin laufenden RZ-Prozess?

Ja, unregelmäßig im Internet.

Zora und die Männer, ein Kapitel für sich, wenn alles erfunden ist, gönnst Du ihr nicht die Männer, oder ist es einfach spannender wenn frau trotz aller anscheinenden Gelüste letztendlich Solo bleibt?

Zora Zobel ist eine Kunstfigur, die kann alles machen, was ich nicht tun kann oder will. Ich hätte mich bestimmt nicht auf diesen windigen Zahnarzt eingelassen, wie sie es in »...auf Abwegen« tut. Und Ihre Männerlosigkeit passt zu ihrer Art zu leben. Ich hab schon mal dran gedacht, sie mit Ehemann, Kind und Hund und Reihenhaus und Lebensversicherung auszustatten, so schön bürgerlich,... aber würde sie das überstehen?

Kannst Du vom Schreiben leben?

Nein, ganz und gar nicht. Selbst das oben erwähnte Stipendium betrug nur 6.000 DM insgesamt. Aber vielleicht wird ja »Zora Zobel auf Abwegen« ein Bestseller.

Was machst Du zur Zeit und würdest du denn gerne vom Schreiben leben wollen, oder ist das doch eher ein Hobby?

Ich bin z.Zt. arbeitslos, aber nicht beschäftigungslos. Ja, ich würde gerne vom Schreiben leben, ich denke, das ist das Größte, wenn man sich aus seiner eigenen Kreativität ernähren kann, das ist perfekt. Ich plane gerade mein nächstes Schreibprojekt: Es wird eine Biographie, die Lebensgeschichte einer Frau, die ich im Urlaub kennengelernt habe. Sie ist etwa so alt wie ich, hat aber völlig anders gelebt und einige Schicksalsschläge erfahren, die ihr Leben, so finde ich, erzählenswert macht.

Der SPIEGEL-Artikel über Dich, der ja auch auf der Soli-Site für die Betroffenen der RZ-Prozesse »freilassung.de« dokumentiert ist, war ja eine ziemliche Katastrophe. Da wechselt eine TAZ-Redakteurin zum SPIEGEL, um Artikel im BILD-Zeitungsstil zu veröffentlichen?

Dazu müsstest du Petra selbst fragen. Wenn du meinst, warum ich das zugelassen habe, sage ich dir folgendes: Ich habe mit Petra bei der TAZ in Bochum zusammengearbeitet. Wir haben da beide eine Ausbildung als Journalistin und Redakteurin absolviert. Sie hat dann Karriere beim SPIEGEL gemacht, schön für sie. Petra hatte mich schon gleich nach meiner Rückkehr gefragt, ob wir nicht eine Story über meine Illegalität machen wollten. Damals wollte ich nicht. Aber als das neue Zora-Zobel-Buch rauskam, dachte ich, es wäre eine prima Idee das Buch mit einem Spiegel-Artikel zu begleiten. Ich rief sie also an und fragte, ob sie das Buch nicht vorstellen könnte. »Mist«, sagte Petra, »ich bin nur für die Abteilung Terrorismus zuständig.« Ich habe ihr also ein paar Geschichten aus diesem anderen Leben erzählt und sie hat sie aufgeschrieben, wie sie sie verstanden hat. Dann habe ich daran viel herumgeändert und herumgestrichen und sie hat wieder was nachgelegt. Letzten Endes haben wir uns auf diese Version geeinigt, auch wenn ich in manchen Sätzen in einem seltsamen Licht dastehe. Es ist Petras Artikel und Petras Sichtweise und Verständnis der Dinge, die ich ihr erzählt habe. Und ich finde ihn eigentlich ganz witzig.●

Buchbesprechung: Auf Abwegen

Zora Zobel, so hieß bereits Anfang 1984 die Hauptfigur in einem Literaturgenre welches als »Frauenkrimi« so manchen ökonomisch-lahmenden linken Verlag wieder in Schwung brachte. Komme was da wolle, die Frauenkrimis schossen (!) wie Pilze aus dem Boden. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre schienen plötzlich alle Frauen Krimis zu schreiben. Egal. Interessant innerhalb des Genres »Krimi« ist sicherlich der »Szenekrimi«, weil er nicht mehr in einer imaginären Welt von »Schönen und Reichen« oder »Detektiv und Gangster« etc. spielte, sondern plötzlich lagen die Leichen in Wohngemeinschaften rum, KifferInnen entwickelten detektivischen Spürsinn, und die Fälle wurden – wenn überhaupt – weniger spektakulär gelöst (für »Denksport«-Aufgaben gibt es schließlich die Süddeutsche Zeitung).

Jedenfalls gerät Zora, nunmehr in ihrem dritten Krimi durch die Liebe zu einem Zahnarzt (und wer gibt schon gerne zu, dass er/sie schlechte Zähne hat und Zahnärzte eigentlich hasst) in eine Drogengeschichte, und statt des letzten großen Deals sitzt sie plötzlich mit einer Leiche in einem Wohnmobil. Zora muss zunächst die Flucht ohne Papiere und ohne Geld antreten. Wie schon in den vorangegangenen Zora-Zobel-Krimis wird sie unterstützt von ihrer Freundin Rita, außerdem sind da noch ein Kölner Transvestit in Paris und ein Sozialarbeiter aus Amsterdam. Sie tritt die Flucht nach Paris an, von da in eine Landkommune in Südfrankreich. Dass Reisen in Europa (Grenzenlos?) ohne Papiere nicht so einfach ist, merkt nicht nur sie am eigenen Leibe, auch den Roma und Sintis oder den NichteuropäerInnen, denen sie begegnet, ergeht es so. Dann kommen noch einige Verwicklungen mit einem wilden Hund, Madame Chirac, der damaligen französischen Präsidentengattin, einem abgeschnittenen Ohr in einem genmanipulierten Maisfeld dazu usw. – eben auf Abwegen.

Bei aller Beteuerung, dass alles erfunden sei, scheinen doch einige Parallelen zu ihrem eigenen Leben zu bestehen. Corinna Kawaters flüchtete 1987 als vom BKA gesuchtes RZ-Mitglied nach Frankreich und Spanien. Acht Jahre später stellt sie sich hier in Deutschland den Behörden und wurde zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Während der Verlag in seiner Pressemitteilung auf Kawaters' vermeintliche RZ-Vergangenheit überhaupt nicht eingeht, sieht »Der Spiegel« (1) darin die einzige Möglichkeit das neue Buch der Ex-Taz-Kollegin zu promoten, und das in einem Stil, der eher der BILD-Zeitung entsprechen würde.

Lange fand sie sich hier nach ihrer Rückkehr nicht zurecht. Arbeits- und Wohnsituation war lange Zeit ungeklärt. Dank eines Stipendiums war es ihr möglich dieses Buch zu schreiben. Am liebsten würde sie nach Leipzig ziehen, die Stadt gefällt ihr, aber entschieden hat sie sich nun für Berlin, wo ich sie während der Wohnungssuche traf. (2)

Es bleibt eine missliebige Konstante in den Kawaters-Krimis: Zora Zobel hat einfach kein Glück mit den Männern.●

Jochen Knoblauch

Corinna Kawaters: Zora Zobel auf Abwegen. Espresso Verlag Berlin 2001. 255 S. / Tb / 19,90 DM

(1) Der Spiegel, Ausgabe vom 2.6.01: »Als wenn es mich nicht gäbe« von ???
Der Artikel ist auch im Internet auf der Homepage zu den aktuellen RZ-Prozessen www.freilassung.de einzusehen.

(2) Daraus entstand auch das kleine beigefügte Interview vom 26.7.01

SPENDENAKTION FÜR DIE FREILASSUNG VON AXEL, HARALD UND SABINE

Tausend blaue Scheine

Seit dem 19.12.1999 sitzen Axel, Harald und Sabine nun schon in U-Haft – auf Basis des terroristischen Paragraphen 129a und auf Grundlage der notorischen Kronzeugenregelung. Laut Bundesanwaltschaft (BAW) sollen die drei Mitglieder der RZ sein, vorgeworfen wird ihnen eine Beteiligung an militanten Aktionen gegen die staatliche Flüchtlingspolitik aus den Jahren 1986/87.

Sie sitzen in den Knästen in Wuppertal (Axel), Düsseldorf (Harald) und Frankfurt/Main (Sabine). Natürlich müssen sie so schnell als möglich wieder raus aus der staatlichen Gefangenschaft und Isolation. Sie gehören in den »Mehringhof«, zu ihren FreundInnen und KollegInnen, in die Projekte, an denen sie arbeiten.

In Solidarität mit den dreien hat sich eine Kampagne formiert, die eine breite Öffentlichkeit informieren und mobilisieren will, um politisch Druck zu machen und die Freilassung der drei zu beschleunigen. Im Rahmen dieser Kampagne soll der repressive 129a und die Kronzeugenregelung attakkiert werden. Die staatliche Flüchtlingspolitik der 80er Jahre war Wegbereiter der heutigen rassistischen Durchstrukturierung in Deutschland und Europa. Dies wird ebenso thematisiert werden wie die dagegen gerichteten vielschichtigen Widerstandsformen der letzten 15 Jahre.

Für die Unterstützungsarbeit in diesem Jahr brauchen wir natürlich auch Geld, sehr viel Geld. Allein die monatlichen Honorare für mehrere AntwältInnen, deren Reisekosten in die Knäste sowie Kosten für die Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit machen vorsichtig geschätzt 10.000 DM pro Monat: Das sind 12 x 10.000 DM = 120.000 DM

Eine Menge Geld, und gegenwärtig laufen bereits einige Soli-Aktivitäten aus Mehringhof, Projekten, Häusern und von Einzelpersonen. Dies wird allein jedoch nicht reichen, deswegen haben wir eine Idee, deren Gelingen aber von Euch abhängt.

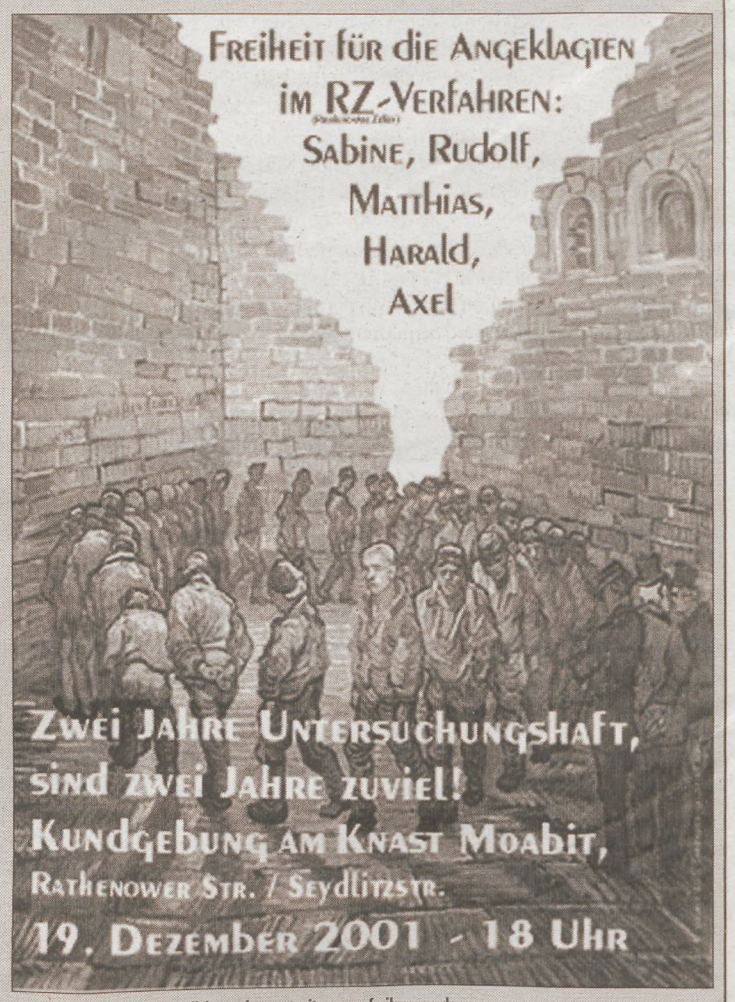
Wenn 200 Leute aus dem Umfeld des Mehringhofes bzw. von Axel, Harald und Sabine je vier FreundInnen, GenossInnen, KollegInnen, Partner, Bekannte, Verwandte etc. ansprechen, sie sollen Einhundert Mark für die Freilassung und Kampagne spenden, dann haben wir 100.000 DM – eine gute Grundlage, um die drei aus dem Knast zu holen.

Also, wenn Ihr Axel, Harald und Sabine und die Kampagne unterstützen wollt, dann sprecht vier Leute aus Eurem Umfeld an (aber keinen von den anderen 200!), gewinnt sie für die Kampagne und überweist die 500 DM auf folgendes Konto:
Martin Poell, Kto-Nr. 2705104, BLZ 100 100 10, Postbank Berlin, Stichwort »Freilassung«.

Die (Soli-)Cassette zur Kampagne!
88 Min. feinster Mestizo aus dem Baskenland, Spanien, Italien, Frankreich und Lateinamerika!

Salsa, Ska, Calypso, Reggae, Hip Hop, Latino gegen Grenzen und für www.freilassung.de

Zu bestellen für 10 DM (+ Porto) bei:
Mauern und Grenzen einreißen, c/o Infoladen Köln, Ludolf-Camphausen-Str. 36, D-50672 Köln



Aufruf aus der ständig aktualisierten Internetseite www.freilassung.de

REPRESSIVER KURS:

Hamburg – Heim für rassistisch Ausgegrenzte?

»Wer ist der jetzt festgenommene 14 Jahre alte Räuber? Mirko ist gebürtiger Jugoslawe, Angehöriger einer dort verfolgten Minderheit. Er wohnt in Hausbruch bei seiner Mutter. Besucht die Sonderschule. Aber nur ab und zu, heißt es. Die Polizei kennt ihn schon länger.« Die tonangebende Regionalzeitung Hamburger Abendblatt forderte ihrem Publikum eine kleine Denkleistung ab, wo sie vor einigen Jahren noch kurz und bündig von »Zigeunern« schrieb. Der Aufmacher »Jugendbande raubt alte Frauen aus« vom 22. November über »eine Serie brutaler Überfälle auf Rentnerinnen« endete dann aber doch noch mit einem gängigeren rassischen Etikett: »Die Räuber flüchteten über den Balkon, der Beschreibung nach zwei Jugendliche, 16 bis 17 Jahre alt. Und beide Südländer.« Die wurden nicht gefasst, aber der 14-jährige Mirko sitzt seit dem 20. November in Hamburgs Jugendgefängnis Hahnöfersand.

Von Gaston Kirsche (gruppe demontage) ● Dass 14-jährige dort eingesperrt werden, ist auch zu Zeiten vorgekommen, als in Hamburg die SPD regiert hat. So wurden im Februar 1999 einige minderjährige Migranten dort mehrere Wochen lang inhaftiert, weil sie aus Protest gegen die Verhaftung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan einen Raum in der Hamburger SPD-Zentrale mitbesetzt hatten. Aber nach dem Regierungswechsel im Stadtstaat Hamburg am 31. Oktober wird die Rechtsentwicklung beschleunigt. Nur wenige Tage vor Mirkos Festnahme hatte sich Hamburgs neuer Innensenator Ronald Barnabas Schill von der Schill-Partei PRO im Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt dafür ausgesprochen, schnellstmöglich ein geschlossenes Heim für jugendliche »Drogendealer und junge Gewalttäter« einzurichten. »Wir brauchen etwa 100 bis 200 Plätze«, erklärte Schill. Mit dem Heim solle »verhindert werden, dass jugendliche Dealer nach der Festnahme gleich wieder auf der Straße sind.« So soll das Jugendgericht umgangen werden, dass nach Meinung von Schill bisher viel zu selten Haft für Jugendliche anordnet.

Schill machte in dem Gespräch keinen Hehl daraus, welche Leute er als Dealer verdächtigt: Es müsse verhindert werden, dass minderjährige unbegleitete Flüchtlinge »falsche Altersangaben machen, um das mildere Jugendrecht zu nutzen. In Zukunft sollen bereits über die Ausländerbehörde Altersgutachten angeordnet werden – noch bevor die Jugendlichen straffällig werden.« Aber nicht nur Schill sieht junge Flüchtlinge generell als verdächtig an. Bereits der im September abgewählte rotgrüne Senat richtete vor einem Jahr die Drogeneinsatzgruppe DEG ein: Zivilfahnder, die nach kleinen Menschenansammlungen Ausschau halten, die sie für Drogenverkäufer halten. Im Juli wurde der auch zwangsweise Brechmitteleinsatz bei Verdächtigen, die vor der Festnahme vielleicht Drogenkugeln verschluckt hätten, vom rotgrünen Senat beschlossen, . Kürzlich erklärte der Chef der DEG, Kriminaloberrat Ulf Schöder, dass die Einsätze der DEG und der Brechmitteleinsatz erfolgreich seien: In den vergangenen Monaten sei die Zahl der »sichtbaren schwarzafrikanischen Dealer an den Brennpunkten sichtbar zurückgegangen.« So wird deutlich gemacht, wer gemeint ist, wenn in Hamburg von Dealern die Rede ist. Um die Festgenommenen vermehrt anzuklagen, hat Schill jetzt 15 neue Staatsanwälte eingestellt. Schill dazu gegenüber dem Eimsbütteler Wochenblatt: »Schon in wenigen Wochen wird man auch im Schanzenviertel davon etwas spüren.«

Der repressive Kurs von Innensenator Schill wird vom gesamten neuen Hamburger Senat mitgetragen. Vorletztes Wochenende trafen sich die Senatoren von FDP, CDU und Schill-Partei zu ihrer ersten Klausurtagung. Bürgermeister Ole von Beust, CDU, erklärte anschließend: Etliche Arbeitsaufträge seien erteilt worden – darunter auch die Einrichtung eines geschlossenen Heimes für straffällige Jugendliche. Bei Justiz und Polizei wird eingestellt: Neben den 15 Staatsanwälten auch 252 Angestellte im Polizeidienst, eigentlich eine Beamtendomäne. Aber die sollen von kleineren Aufgaben entlastet werden, um sich auf »die Jagd nach Dealern und anderen Kriminellen konzentrieren« zu können.

Jung, »schwarz«, verdächtig

Noch nicht beschlossen wurde der massive Ausbau der DEG, die bisher schwerpunktmäßig in der Innenstadt nach »sichtbaren schwarzafrikanischen Dealern« Ausschau hält. Schill möchte gerne mehr Einsatzgruppen in weiteren Stadtteilen – etwa dem Schanzenviertel, wo bereits jetzt kaum unbehelligt von der Polizei zu Fuß unterwegs sein kann, wer ins polizeiliche Dealer-Raster passt: Jung, »schwarz« – verdächtig. Die Aufstockung der DEG ist ebenso wie der Verzicht auf die Notwendigkeit einer staatsanwaltlichen Anordnung zur zwangsweisen Verabreichung von Brechmittel aber bisher erst ein Plan von Schill – und noch nicht vom Senat beschlossen: »Im Moment gilt noch das Paket, welches der ehemalige Innensenator Olaf Scholz auf die Reise geschickt hat«, erklärte der Polizeisprecher Reinhard Fallak dazu. Aber es seien Treffen geplant, um Schills Vorschläge von den Amtsleitern genauer ausarbeiten zu lassen: Demnächst wird es mehr No-Go-Areas für »Schwarze« in Hamburg geben. Das liegt nicht nur an Neonazis – die im innerstädtischen Hamburgs nicht viel zu melden haben, oder an der Polizei.

Bitter ist, dass Politik und Polizei bei der rassistischen Ausgrenzung von jungen Schwarzen von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werden. Zum Beispiel von Margitta Duve, die ihr Ressentiment aufgeschrieben hat – veröffentlicht wurde es am 6. November im Hamburger Abendblatt: »Das Drogen-Elend vor meinem Haus«. Sprachlich redundant wird das Konstrukt Schwarz = Dealer dort mehrmals wiederholt: »... Und so erzähle ich vom ganz normalen Alltag am Pulverteich. Von den schwarz-afrikanischen Dealern, die Tag und Nacht entlang der Adenauerallee patrouillieren ... die schwarzen Dealer ... 17.10 Uhr: Junge, schlanke Afrikaner patrouillieren entlang der Adenauerallee. 17.30 Uhr: Andere Afrikaner laufen hintereinander durch den Pulverteich, der vordere direkt neben einem Junkie... 18.10 Uhr: Ein Afrikaner sondiert die Lage, patrouilliert die ... Adenauerallee immer wieder entlang.«

»Schwarzafrikanische Dealer durch Sozialhilfe gesponsort«

Im Internet kann im Forum auf der Webside des Hamburger Abendblattes über solche Artikel und selbstgewählte Themen diskutiert werden. Das wird rege frequentiert: »Wir haben 1.226 registrierte Benutzer«. Oft geht es in den Beiträgen um Dealer. Auch hier findet Hamburgs Kleinbürgertum bei der Stigmatisierung von Migrantinnen und Flüchtlingen ein deutsches Wir. Da fragte etwa ein Lothar Lion am 14.11.2001 um 11:28, ob wirklich den Staat beherrscht, wer den Drogenmarkt kontrolliert: »In logischer Konsequenz wären die wahren Herrscher unseres Landes kurdische, kolumbianische und afghanische Syndikate mit ihren meist albanischen oder schwarzafrikanischen Dealern? Ein wenig weit hergeholt, oder?« Es antworte ihm ein v. Breitenberg am 15.11.2001 um 20:34: »Es ist nicht weit hergeholt. Die o.g. Syndikate sind nicht Herrscher unseres Landes sondern Beherrscher des Drogenmarktes. Die schwarzafrikanischen Dealer werden dabei noch durch Sozialhilfe gesponsort.« Wer nun glaubt, derartige Äußerungen seien nur in der LeserInnenschaft einer Springerzeitung anzutreffen: In dem Video »Kippt das Schanzenviertel!« von 1999 ist dokumentiert, wie sich AnwohnerInnen dieses alternativ geprägten Stadtteils abfällig bis aggressiv gegen junge Schwarze äußern, die sich im Stadtteil aufhalten, weil sie mit Drogenverkäufern gleichgesetzt werden. Seit die Polizei Razzien gegen vermeintliche Dealer durchführt, hat sie wieder eine höhere Akzeptanz im Schanzenviertel. Außer der linksradikalen Szene rund um das besetzte Stadtteilzentrum Rote Flora protestiert kaum jemand gegen die systematischen Festnahmen von jungen afrikanischen Flüchtlingen und schwarzen Deutschen.

Es wundert vor dem Hintergrund der Begeisterung für noch mehr Law-and-Order nicht, was Hamburgs Bürgermeister von Beust bei seiner ersten Rede Mitte November im Bundesrat erklärte – Schilys Anti-Terror-Paket sei zu lasch: »Der wichtigste Komplex für eine Stärkung der inneren Sicherheit zum Schutz vor Ausländerextremismus und Terrorismus wurde überhaupt nicht geregelt, und das sind durchgreifende Maßnahmen im Bereich des Ausländerrechts.« Es sei notwendig, Leute gar nicht erst einreisen zu lassen, die »unter Terrorismusverdacht stehen«. Von Beust denkt an eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz, wenn jemand ohne deutschen Pass einreist.

Ähnliches steht im Vertrag, den von Beust für die CDU, Schill für die Schill-Partei und Rudolf Lange für die FDP am 19. Oktober unterzeichneten: »Zukünftig erfolgt eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Einbürgerung von Ausländern.« In dem »Vertrag über eine Koalition für die Legislaturperiode 2001 – 2005« werden Menschen ohne deutschen Pass nur unter den Stichworten Innere Sicherheit, Justiz, Drogen und Terrorismusbekämpfung erwähnt, während sie bei Soziales, Kultur, Familie, Wirtschaft, Stadtplanung usw. nicht vorkommen. Einzige Ausnahme ist die Schulpolitik: »Gut ein Jahr vor der Einschulung erfolgt eine Sprachüberprüfung bei Kindern nichtdeutscher Muttersprache. Bei erheblichen Defiziten erfolgen verbindliche Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung, so dass ausreichende Deutschkenntnisse bei allen Kindern zum Zeitpunkt der Einschulung sichergestellt sind.« Wo bei der SPD-Regierung noch von Förderung die Rede war, soll jetzt schon im Kindergarten die Kontrolle Vorrang haben. Aber Protest kommt nur von der Bildungsgewerkschaft. »Die GEW hält es für einen Skandal, Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht mehr einschulen zu wollen«, erklärte Anna Ammon, Vorsitzende der Hamburger GEW, und: »darüber hinaus sollen offenbar die positiven Ergebnisse bilingualer Alphabetisierung über Bord geworfen und durch Eingangstests und Sprachtraining für Kinder nichtdeutscher Muttersprache ersetzt werden. In der Entscheidung der Koalitionäre sieht die GEW eine Einschränkung des Grundrechtes auf Bildung für MigrantInnenkinder.« Der neue Schulsenator Rudolf Lange wird auf Protest stoßen. Seine bisherige Tätigkeit spricht nicht dafür, dass er sich von der GEW etwas sagen lassen wird. Bis zum Wahlkampf leitete er als Konteradmiral die Führungsakademie der Bundeswehr, wo die Offiziersausbildung stattfindet. Tipps dafür, wie Schule funktionieren sollte, holte er sich letzte Woche bei der Hamburger Handelskammer, die für mehr Konkurrenz, Elite und Förderung von leistungsstarkem Nachwuchs eintritt.

Von vier Polizisten fixiert, während eine Ärztin die Nasensonde legt: Demo in Hamburg Foto: Markus Scholz

Multi-Kulti-Polizisten

Hierzulande aufgewachsene sogenannte Ausländer werden meist schlecht ausgebildet und sozial benachteiligt. Wer von Polizei und Justiz sanktioniert wird, muss laut Hamburger Koalitionsvertrag neben einer Verurteilung häufiger als bisher mit doppelter Bestrafung rechnen: »Ausreisepflichtige Ausländer werden konsequent abgeschoben.« Aber entsprechend der unterschiedlichen sozialen Lage von MigrantInnen macht auch der neue Senat Angebote im Rahmen einer Multi-Kulti-Repression. Eine Chance zum Mitmachen für Einige, die Mittlere Reife oder Abitur haben: »Es werden vermehrt ausländische Bewerber sowohl bei der Polizei als auch bei den Angestellten im Polizeidienst eingestellt, um ihre Sprach- und Kulturkenntnisse für die Bekämpfung von Straftaten zu nutzen. Ziel ist eine Verstärkung der uniformierten Präsenz in vorwiegend von Zuwanderern bewohnten Gebieten.« Multi-Kulti-Polizisten können dann Schlägereien in Dönerbuden schlichten oder den Abschiebescheid übersetzen. Aber kaum rassistische deutsche Diskobesitzer verhaften – sie sollen ja bei ihrer »Kultur« bleiben.

Eine Beschleunigung von staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus hat es auch unter dem rotgrünen Senat gegeben. 2.000 Menschen wurden im letzten Jahr aus Hamburg abgeschoben. Das ist die höchste Zahl seit 1995. Nur das Bundesland Bayern schiebt Menschen so rigoros ab wie Hamburg unter Rotgrün. Der Hamburger Flüchtlingsfonds listete auf, wie sozialdemokratische Behörden die Abschiebungen durchführen ließen: »Überfallartige Festnahmen in Unterkünften in den frühen Morgenstunden; sofortiger Transport zum Flughafen, ohne dass AnwältInnen oder ÄrztInnen informiert wurden; Familien wurden auseinandergerissen, Familienangehörige in Abschiebehaft genommen.«. Nicht umsonst hat Innensenator Schill etwa den bisherigen Leiter der Hamburger Ausländerbehörde, Ralph Bornhöft, ausdrücklich für seine Arbeit gelobt. Bornhöft wird im Amt bleiben.

Wenn in Hamburg ein allgemeines Wahlrecht nicht nur für Deutsche gelten würde, sowie das kommunale Wahlrecht für die Bezirksversammlungen nicht nur für Deutsche und StaatsbürgerInnen anderer EU-Staaten, dann wäre die Wahl wohl anders ausgegangen: 260.000 HamburgerInnen durften nicht mitwählen, weil sie keinen deutschen Pass haben. Nur 30.000 wurden seit 1997 eingebürgert. Die Hamburger Ausländerbeauftragte, Ursula Neumann, hat im August 2001 eine Befragung durchgeführt unter 6.000 Migrantinnen über 16, die im Vorjahr eingebürgert wurden: 80% der Befragten hatten vor, wählen zu gehen. Davon wollten 55, 4% die SPD wählen, 8,7% die Grünen/GAL. Und 8,5% für die CDU, 2,1% für die FDP. Die Schill-Partei schnitt schlecht ab: 1% wollten sie wählen. Von den wahlberechtigten HamburgerInnen mit deutschem Pass gingen 850.311 am 23. September zur Wahl. Von denen wählten 36,5% die SPD und 8,5% die GAL. Die CDU schnitt unter den Deutschen mit 26,2% wesentlich besser ab, ebenso die FDP mit 5,1% und die Schill-Partei – mit 19,4%. Wer beide Ergebnisse anteilsmäßig zusammenrechnet, kann eine rechnerische Mehrheit für SPD und GAL feststellen. Dumm nur, dass-

Fortsetzung auf Seite 6

Rot-Grün trägt Mitverantwortung

Tod durch Brechmittel

Der neunzehnjährige Achidi J. aus Kamerun wurde unter dem Verdacht auf Drogenhandel am 9. Dezember 2001 festgenommen und zur Beweissicherung in das Institut für Rechtsmedizin überstellt worden. Am 12. Dezember wurde der Tod durch Herzversagen festgestellt.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Ihm wurde unter Gewaltanwendung mit einer Nasen-Magen-Sonde ein Brechmittel eingeflößt, um die Beweismittel sicher zu stellen. Dabei wurde in der Speiseröhre ein Nerv berührt, der das Herz zum Stillstand brachte. Als der neunzehnjährige vom Stuhl kippte, haben sich die anwesenden Ärzte offenbar noch gar nicht viel dabei gedacht, denn »das kommt schon des öfteren vor«. Erst später, als er »auffallend ruhig« blieb, hat man eingegriffen.

Achidi J. starb nicht nur als Opfer der Ärzte sondern auch als Opfer rot-grüner Wahlkampftaktik. Erst im Juli 2001 ist die Brechmittelvergabe im Rahmen des »Handlungskonzepts St. Georg« vom rotgrünen Senat durchgesetzt worden, obwohl aus juristischer Sicht der Einsatz von Brechmitteln nicht notwendig ist. Bisher galt es als ausreichend für einen Haftbefehl, wenn Polizeibeamte bei Verdächtigen »Schluckbewegungen« beobachtet haben. Seit dem Senatsbeschluss im Juli ist es in Hamburg zu dreißig Brechmitteleinsätzen gekommen. Lediglich in zwei Fällen resultierte daraus eine Anklage.

Bei den Brechmitteleinsätzen geht es nicht um Beweissicherung, sondern um öffentlichkeitswirksame Ersatzstrafe – ohne dass die Betroffenen tatsächlich verurteilt worden wären. Ein rechtsstaatlicher Skandal. Der Tod von Achidi J. rückt die Brechmittelvergabe aber auch in die Nähe von staatlich organisiertem Totschlag und Folter. Die zwangsweise Sicherstellung von Beweisen unter Missachtung und Verletzung der körperlichen und physischen Unversehrtheit ist nichts anderes!

Die seit Oktober regierende Rechtskoalition aus CDU, FDP und der Partei des Rechtspopulisten Schill zeigt sich durch den Tod von Achidi J. wenig beeindruckt und verkündet eiskalt, an der bisherigen Praxis festhalten zu wollen: schließlich handele es sich ja um Dealer, die Not und Elend über unsere Jugend bringen. In der Konsequenz einer solchen Denkweise sind vermeintliche Täter vogelfrei, sie sind schuldig ohne jedes rechtskräftige Urteil und die Brechmittelvergabe ist letztlich eine Sanktion, bei der der Tod billigend in Kauf genommen wird – und die Bevölkerung applaudiert dazu.●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Wir haben es satt

Wir greifen uns jetzt an den Hals, wenn wir lesen, mit welcher Leichtfertigkeit das Terrorismus-Bekämpfungsgesetz (der sogenannte Otto-Katalog) des Innenministers und die entsprechenden Entwürfe in anderen westlichen Staaten und auf europäischer Ebene Gummistrikke drehen, die wir glücklich losgeworden zu sein gehofft hatten.

Wir sind verblüfft und entsetzt, dass unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit höhnischem Gelächter und dem süffisanten Verweis auf den Rechtsstaat beantwortet wird. Wir sind entsetzt, wie selbstverständlich von hochrangigen Politikern gebilligt wird, dass die vermeintlichen Anstifter des Terroranschlags mit einer grotesk übermächtigen Militärmaschinerie umgelegt werden. Beweise für ihre Schuld? Geheim und wohl doch auch überflüssig! Haben deutsche Politiker bereits die amerikanische Begeisterung für die Todesstrafe übernommen?

Wir sind entsetzt, mit welcher Dumpfbackigkeit Gegnern des Kriegseinsatzes in Afghanistan entgegengehalten wird, dass Krieg gegen Terroristen helfen kann. Weshalb traut sich niemand an die Waffenhändler in den USA und in der Bundesrepublik heran? Weshalb versuchen die USA mit allen Mitteln, die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs zu verhindern?

Natürlich wollen wir, dass ein unabhängiges Gericht und nicht der Oberbefehlshaber der stärksten Armee der Welt entscheidet, ob die vorgelegten Beweise eine Verurteilung der vermeintlichen Hintermänner des Terroranschlags rechtfertigen.

Wir sind entsetzt darüber, dass ganz nebenbei schon die Diskussion um die Anwendung der Folter salonfähig wird. Sind die Mächtigen in den westlichen Staaten nicht auf dem besten Wege, Verhaltensweise, Denkstruktur und Wertesystem einer Terroristenbande anzunehmen?

Wir haben es einfach satt

Wir haben es satt, dass unter dem Banner von Freiheit und Demokratie gegen unsere Interessen regiert wird. Wir haben es satt, uns für dumm verkaufen zu lassen. Wir haben es satt, uns das platte Geschwätz auf Parteitagen anzutun. Wir haben Volksvertreter satt, die unsere Interessen nicht vertreten und das auch noch als Erfolg feiern. Wir haben einen Bundeskanzler satt, der um der Macht willen Abgeordnete dazu bringt, ja zum Krieg zu sagen, wenn sie nein meinen, und nein zu sagen, wenn sie ja meinen.

Wir machen nicht mit, wenn Kriegseinsätze mit Worthülsen wie »Verantwortung übernehmen«, »der neuen Rolle Deutschlands in der Welt«, mit »Politikfähigkeit« und »der Durchsetzung der Rechte der Frauen« verharmlost werden. Wir verweigern uns diesem Krieg.

Nur eine Diktatur braucht linientreue Parteisoldaten. Demokratie braucht mündige Bürger. Lassen wir Medien, Parteien, Kultur und Wissenschaft nicht von röhrenden Funktionären gleichschalten.

Die erbärmlichen und erschreckenden Umstände der Rot-Grünen Entscheidung für den Krieg lassen keinen Raum mehr für parteitaktische Spielchen, für die Sorge um den eigenen warmen Arsch - machen wir endlich den Mund auf!

Reden wir mit unseren Kindern und mit unseren Eltern über diesen Krieg, über Gerechtigkeit in Deutschland und der Welt und über die Rechtsstaatlichkeit, die uns zwischen den Fingern zu zerrinnen droht! Wir haben 1989 gelernt, dass es Sinn hat, zu widersprechen.●

Berlin, den 13. Dezember 2001

Kontakt: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin, Fax (0 30) 204 12 63
Die Liste der UnterzeichnerInnen sowie Debattenbeiträge zu diesem Aufruf ist abrufbar unter:
www.wir-haben-es-satt.de
E-mail: post@wir-haben-es-satt.de

Foto: Sebastian Ballenthin

IM E-MAIL-POSTFACH

Mensch sei Dank, dass es noch Publikationen gibt, die linke Tradition weitertragen. Die Amnesie in Germoney erlebt ihre Hochzeit und man möchte glauben, dass 90% der Bevölkerung an Alzheimer leidet.

Antiamerikanismus ist begründbar und in geschichtlicher Betrachtung gerechtfertigt. Das Gespenst des Weltimperialismus ist zum Leben erwacht und bombardiert die Wahrheit mit Benzinbomben und Maulkörben. Dass, was sich seit dem 11.9 verändert hat, ist die faktische Legalisierung von Staats-Terror. Dass was früher verdeckt und im geheimen passierte, findet nun mit Billigung der Weltbevölkerung statt.

Das Spiel mit der Angst wäscht Gehirne und lähmt den Verstand. Beweise dafür gibt es weltweit, ob Israel, Russland, China, Afghanistan überall spricht man von Terrorbekämpfung, was über die wahren Ursachen hinwegtäuschen soll. Wer's glaubt, hat sich wohl am Virus der Lügner angesteckt.

Frustration führt zu Aggression oder Depression, welche im schlimmsten Fall zum Terror führt. Letztlich ist Terror das letzte Mittel der Selbstbehauptung und ein Mittel, dass wir aus unserem persönlichem Erleben kennen gelernt haben. Bringen wir deshalb unsere Freundin oder Kinder um, wenn sie uns terrorisieren oder haben wir als Anhänger von Humanismus nicht schon lange erkannt, dass Gegenterror zu Krieg und Vernichtung führt, aber an der Problematik nichts zu ändern vermag?

Einstig die Aufklärung, was zur Frustration führt, erscheint dabei eine Aussicht auf Lösungsansätze zu haben. Nicht Eskalation verschaff uns eine Chance auf Klärung, sondern eine Analyse auf Humanpsychologischer Grundlage, die das Zeitalter der Aufklärung wiederbelebt.

Peter Gabler, Reinighof
E-Mail: www.info@der-reinighof

An die Redaktion

Vielen Dank an Christian Biermann für den klugen Leserbrief in der Dezember-Ausgabe. Hoffentlich bin ich nicht der einzige, der keine Zeit gefunden hat, ähnliche Worte zu schreiben, und jetzt erleichtert ist, dass Ihr Euch als Redaktion doch noch von dem Sigrist-Text distanziert habt. Ansonsten wäre es schön, wenn sich Eure Autoren zumindest darum bemühen würden, ihre Artikel von polemischer Arroganz und Ressentiment freizuhalten und Andersdenkenden nicht einfach eine minderwertige Intelligenz oder Heuchelei zu bescheinigen. Gegenöffentlichkeit hat vielleicht auch etwas mit Umgangsformen zu tun, die sich von den in dieser Gesellschaft üblichen unterscheiden.

Herzliche Grüße
Jan Engbers, Karlsruhe

Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen

Nach den Anschlägen vom 11.09.2001 erlebt Samuel P. Huntingtons Werk »Der Kampf der Kulturen« nicht zuletzt aufgrund seines expliziten Anti-Islamismus eine unerwartete Renaissance und klettert in den Sachbuch-Bestseller-Listen unaufhörlich nach oben.

Ähnlich en vogue ist z.Zt. Bassam Tibis »Krieg der Zivilisationen«. Gazi Caglar nimmt sich kritisch ihrer Werke an und weist nach, dass beide zyklischen Geschichtsphilosophien anhängen und in direkter Nachfolgeschaft z.B. eines Oswald Spenglers stehen. Er entlarvt ihr Zivilisationsparadigma als Geschichtskonstrukt, dessen Hauptfunktion die Schaffung eines Feindbildes zur Definition des brüchig gewordenen Selbstbildes des »Westens« ist. In der Tradition der Aufklärung mythologisieren sie Begrifflichkeiten, um sie anschließend als Kampfbegriffe gegen das Fremde/Andere einzusetzen. Ihre Theorien sind wissenschaftlich nicht zu halten, sondern nur als ideologische Brandsätze zu verstehen.●

dp

Gazi Caglar: Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen – Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons »Kampf der Kulturen«. 190 S., 25,50 sFr, 26,80 DM, 14 EUR [D] ISBN 3-89771-414-0, Unrast-Verlag

FORTSETZUNG VON SEITE 5

SPD und GAL gar nicht offensiv das allgemeine Wahlrecht unabhängig von deutscher Staatsbürgerschaft propagieren. Im Gegenteil ließen sie die Ausländerbeauftragte Neumann alleine im Regen stehen, als das unvermeidliche Hamburger Abendblatt und die CDU sich über die von ihr verantwortete Befragung aufregten. Im Zeitungskommentar hieß es: »Aber die Zuwanderer danach zu fragen, welcher Spitzenkandidat oder welche Spitzenkandidatin für die Bürgerschaftswahl künftig mehr oder weniger Einfluss haben sollte, das geht nun doch etwas zu weit.« Heinz Vahldieck, Innenpolitiker der CDU, protestierte umgehend gegen die Umfrage: »Den Stand der Integration zu erkunden ist vertretbar. Aber ich halte überhaupt nichts davon, die Parteipräferenzen zu erfragen.«

Bei der Abschlusskundgebung der linksradikalen Demo gegen die Amtseinführung des neuen rechten Senates fragte ein Redner, ob die Demo denn auch so gut besucht wäre, wenn es gegen die erneute Amtseinführung des vorherigen Innensenators Olaf »Brechmittel« Scholz gegangen wäre: 3.000 Leute riefen ja. Im Demoaufruf hieß es: »Schill, CDU und FDP können mit ihrem Law-and-Order-Geschwätz an vielen Punkten da weitermachen, wo Rotgrün aufgehört hat. Scholz verkündete beispielsweise stolz: »In Hamburg wird effektiver abgeschoben als in Bayern!« Das wird sich in Zukunft wohl kaum ändern. Gerade im Bereich der Flüchtlingspolitik wird der CDU/FDP/Schill-Senat die Rotgrüne Ex-Regierung in puncto Rassismus noch übertreffen ... Es gibt eine Alternative zu Rotgrün und »Bürgerblock«.« Zumal die Hamburger SPD wie die GAL nach der Wahlniederlage an der reaktionären Variante von Rotgrün nichts auszusetzen haben. Olaf Scholz ist nach der Bürgerschaftswahl von der Hamburger SPD wieder zum Landesvorsitzenden gewählt worden. Er ist mit seiner Law-And-Order-Politik in der SPD hoch angesehen: Am 20. November wurde er auf dem Nürnberger Bundesparteitag der SPD auch erstmals in den Bundesvorstand gewählt. Nächstes Jahr wird er wieder in Altona als Direktkandidat bei der Bundestagswahl am 22. September kandidieren.

Hoffentlich entwickelt sich gegen Scholz, Schill, von Beust, Lange und Co Protest, der über das linksradikale Milieu hinausgeht.●

KNAST WEGEN PAROLE AM KNAST

»Hier baut die Bundesrepublik an unserer Zukunft«

1983 den Knast bemalt – jetzt sitzt Hanns Heim erneut für diese Parole.
Hanns Heim, 62 Jahre alt, ist ehemaliger »Arbeiterpriester« des Jesuitenordens. Er wurde am 14. November 01 verhaftet und zur »Erzwingungshaft« in die JVA Lehrter Strasse verbracht - auf »seiner Akte« steht als Entlassungsdatum: 13. Mai 2002.

Umbruch-Bildarchiv, Berlin ● Am 20.11.01 schreibt er in einem Brief an seine Freunde: *»... Es war vor etwa 20 Jahren, wenn ich mich entsinne in der Nacht, nachdem das Parlament den sog. Nato-Doppelbeschluss billigte, dass ich an die Gefängnismauer des damals im Bau befindlichen Frauenknastes Plötzensee hinsprühte: »Hier baut die Bundesrepublik an unserer Zukunft«. Das war eine Art Kriegserklärung: Ein Staat, der sowas tut, und ich – wir, das geht nicht zusammen. Dafür erhielt ich eine mehrwöchige Ersatz-Freiheitsstrafe, die ich bis zum letzten Tag absaß. Dann blieb aber noch die Schadensersatzforderung von 500 DM für die Reinigung der »beschmutzten« Gefängnismauer. Ich weigerte mich. Der Gerichtsvollzieher kam, fand aber nichts zum Mitnehmen; schließlich die Aufforderung, einen Offenbarungseid zu leisten. Ich weigerte mich, bis sie mich letzten Mittwoch vom Frühstück weg abholten.... Nun, ich werde nicht bezahlen und auch keinen Eid leisten und ich will auch nicht, dass irgendjemand sonst das tut.... Die Aufregung um den Nato-Doppelbeschluss hat sich zwar gelegt unterdessen. Der Kalte Krieg ist zuende. – Aber die Waffen sind weitgehend geblieben... Nein, auch aus heutiger Sicht kann ich den Spruch, den ich vor 20 Jahren an die Wand sprühte, nicht als bloßen Schaden abtun lassen, den ich wieder gut zu machen hätte! Soweit meine »Bekenntnisse«.«*

Die Freunde Hanns Heims ergänzen: Die Ursprungssumme betrug 500 DM, sie [illegible] sich im Laufe des Verfahrens auf 1.300 DM erhöht. Täglich wird Hanns jetzt ein Betrag von ca. 230 DM in Rechnung gestellt. Hanns ist alleine für seinen Unterhalt zuständig, arbeitet als Taxifahrer bei der Kreuzberger Taxigenossenschaft eG. Nach juristischem Verständnis dient die »Erzwingungshaft« der Beugung des Hanns, nunmehr diesen Offenbarungseid zu leisten. Sie ist abzubrechen, wenn dieser Zweck nicht erreicht werden kann. Wir sind sicher, dass sie im »Fall Hanns« ihren Zweck nicht erreichen wird. Er schreibt in einem Brief: *»Die Szene sieht mich wohl z.T. als würdigen Nachfolger des Herrn Don Quichotte, die Christen als Propheten, Künstler(!), Märtyrer oder auch als Sturkopf oder dummen Jungen«.*

Der Frauenknast Plötzensee, 1983

Also trotz unterschiedlicher Bedenken in seiner Umwelt bleibt er unerschütterlich bei seiner Position. Und weiterhin: diese Beugungsmaßnahme soll unbedingt »angemessen« sein: in Wirklichkeit ist sie »maßlos« – sowohl was Höhe des Ursprungsbetrags wie auch die Dauer des Verfahrens betrifft.

Juristisch handelt es sich hier lediglich um ein »völlig unpolitisches« Privatverfahren zwischen einem Schuldner (Hanns) und einem Gläubiger (dem Land Berlin). Für dieses Verfahren gilt dann, dass es jederzeit durch einseitige Erklärung des Gläubigers abzubrechen ist.

Wer ist denn da eigentlich zuständig: der AL-Justizsenator Wieland (eigentlich nicht als Law-and-Order-Mensch bekannt ?) oder der ach so freundliche Wowereit oder bald der Rechtsanwalt Gysi?

Fragt die doch mal – und erst recht den neuen Senat – wann sie mit dem Quatsch aufhören wollen...!●

Kontakt: Armin Meyer (0 30) 920 99 76, amhsh@gmx.de und Christian Herwartz, Tel. (0 30) 614 92 51, christian.herwartz@web.de

Hanns freut sich über Briefe: Hanns Heim, JVA Lehrter Strasse 61, D-10557 Berlin..

18.12.2001: Hanns Heim wurde »auf Anordnung des Justizsenators« wieder aus der Haft entlassen.
Herzlichen Glückwunsch!

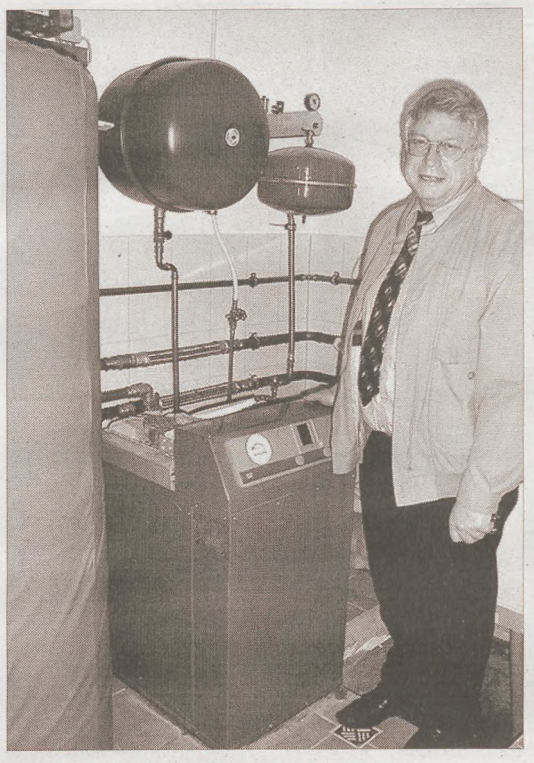
Heizen mit Erdwärme

Energieideen

Wohnzimmer warm – Ölpreis egal

Ein Haus, das zum Heizen keine fossilen Energien wie Öl oder Gas benötigt: unmöglich oder Zukunftsvision? Für Heinrich Schmidt ist dies schon heute greifbar nahe. 80 Prozent seiner benötigten Energie gewinnt er durch Erdwärme.

Kerstin Eulitz, Redaktion Bremen-Umland ● Bis vor kurzem beheizte Heinrich Schmidt sein Wohnhaus in Stuckenborstel noch herkömmlich mit Öl. Dann entschied sich der Ingenieur für Mess- und Regelungstechnik zwei 80 Meter tiefe Löcher in seinen Vorgarten bohren zu lassen. Heute hat er eine warme Stube durch kostenlose Wärme aus der Erde. »Die Blumen im Garten waren zwar weg nach den Bohrarbeiten, aber dafür sparen wir uns die teure Ölrechnung und die Kosten für den Schornsteinfeger«, so Schmidt.



Heinrich Schmidt aus Stuckenborstel neben dem Wärmetauscher (eckiges Gerät) und dem großen Speicher (links) Foto: Kerstin Eulitz

Fußbodenheizung von Vorteil

Die Bauarbeiten dauerten insgesamt fünf Tage. Günstig ist es, wenn das Haus schon eine Fußbodenheizung hat. Das war auch bei den Schmidts in Stuckenborstel der Fall. Bei Erdwärme wird mit geringerem Wärmeunterschied auf großer Heizfläche geheizt. Dann kosten der Umbau und die Wärmepumpenanlage etwa 15.000 EUR. Eventuell gibt es von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Frankfurt/Main) noch Fördergelder dazu: »KfW CO_2-Minderungsprogramm«, Anträge über die Hausbank.

Ein wichtiger Aspekt für Heinrich Schmidt war die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und deren Marktanbietern. Natürlich denkt der Ingenieur auch an die geringere CO_2-Emission. Weitere Vorteile sind: keine Feuer- und Explosionsgefahr, keine Wartung, geringer Platzbedarf, überall anwendbar sowie unabhängig von Jahreszeit und Witterung. »Die Wärmepumpe ist auch nicht lauter als die Ölheizung aber die Geräusche liegen in höheren Frequenzen«, beschreibt Schmidt die für ihn noch ungewohnten Geräusche. »Die geologischen Bedingungen für Erdwärmesonden sind in unserem Raum hervorragend.« Der Erdboden besteht zum Großteil aus Sand. Die Bohrarbeiten sind dadurch einfacher. Mit Wasser wird der Sand aus dem Loch gespült. Im Gegensatz zu Felsgestein, wo eine Art riesiger Presslufthammer verwendet wird. Außerdem kann das Grundwasser in sandiger Erde schnell fließen und liefert der Erdwärmesonde somit ausreichend Energie. Bei Lehm oder Felsgestein müssen mehr oder tiefere Sonden in den Erdboden gebohrt werden.

Funktioniert wie ein Kühlschrank

Eine Sonde besteht aus zwei U-förmigen Rohren. Durch diese wird ständig eine Mischung aus Wasser und Frostschutzmittel gepumpt, Sole genannt. Mit einer Temperatur von 10 Grad kommt die Sole aus dem Erdreich nach oben und fließt durch die Wärmepumpe. In dieser Pumpe wird ihr Energie entzogen und mit 2 Grad fließt die Sole wieder nach unten. Mit diesem Temperaturunterschied von 8 Grad kann mit Hilfe einer Wärmepumpe ein ganzes Haus beheizt werden. Das Prinzip ist vergleichbar mit einem Kühlschrank. Die kostenlose Umweltenergie wird zunächst zum Verdampfer der Wärmepumpe geleitet. Hier befindet sich ein Kältemittel, das bei einer Wärme von 10 Grad verdampft. Der Verdichter saugt das Gas an und presst es zusammen. Der Druck erhöht sich und somit auch die Temperatur – etwa bis auf 35 Grad. Im Wärmetauscher wird die Wärme aus dem Kältemittel an den Heizungskreislauf abgegeben. Dabei wird das gasförmige Kältemittel wieder flüssig.

80 Prozent kostenlose Umweltenergie

Heinrich Schmidt ist auch Bauherr eines Bürogebäudes in Sottrum. Dort steht in einem kleinem Raum im Erdgeschoss die etwa 2 x 2 Meter große Wärmepumpenanlage. Neben dem Gebäude reichen vier Erdwärmesonden 80 Meter tief in die Erde. Diese liefern 80 Prozent der gesamten Nutzenergie des Gebäudes. 100% Heizenergie = 80% Erdwärme plus 20% Strom für die Wärmepumpe. Derzeit werden die restlichen 20 Prozent noch aus der Steckdose genommen. »Aber sobald die Solarzellen etwas preisgünstiger sind, wird alle verbrauchte Energie in diesem Gebäude ohne fossile Brennstoffe erzeugt werden«, so der zukunftsorientierte Bauherr.●

Hier wird das Loch für eine Erdwärmesonde gespült

Erdwärme kontrovers

Da wird eine Erdwärmepumpe über den grünen Klee gelobt und quasi zur Nachahmung empfohlen. Dazu folgendes: Wohnzimmer warm – Ja! Wärme umsonst? Nein, denn natürlich kostet die Anlage erst mal Geld, und zwar deutlich mehr als ein Heizkessel. Diese Heizung braucht für den Betrieb Fremdenergie, und zwar Strom! Und das gar nicht so wenig. Woher der Strom in unseren Breiten kommt, dürfte hinlänglich bekannt sein. Auf dem Umweg über die Steckdose hat man/frau also doch fossile Energie und Atomenergie »verheizt«. Es gibt nur wenige Fälle, in denen eine Wärmepumpe unter Umweltgesichtspunkten Sinn macht. Tatsache ist jedoch, dass von interessierter Seite (Stromwirtschaft, Wärmepumpenhersteller) die Wärmepumpe massiv beworben wird. Frage ist also wie so oft: Cui bono? Die Unabhängigkeit von Anbietern fossiler Brennstoffe wird eingetauscht gegen die Anhängigkeit von einem Stromversorger.

Hartmut Eichhorn

Wärmepumpe und Umbau kosten rund 15.000 EUR. »Energiekosten null« bezieht sich also auf den Rohstoff Erdwärme als Alternative zu Gas und Öl. Für 100% Energie werden 80% Erdwärme und 20% Strom eingesetzt. Je nach Wirkungsgrad der Anlage ist sie ökologisch einer normalen Öl- oder Gasheizung in der Ökobilanz überlegen oder unterlegen. Das sollte bei der Planung einer entsprechenden Anlage vorweg anhand der lokalen Rahmenbedingungen geprüft werden.

Götz Paschen

Strom selber machen

Ein schlauer Fuchs, der Dachs!

Selber umweltbewusst Energie herstellen und dabei noch Geld sparen. Die Firma Senertec präsentiert mit dem Dachs hauseigene Kraftwerke zur Erzeugung von Strom und Wärme gleichzeitig. In Sottrum, Hellwege und Scheeßel, Ottersberg und Fischerhude laufen schon sieben Dachse in den Kellern.

Martin Anton, Redaktion Bremen-Umland ● Die Kraftwärmekopplung ist bei Insidern schon lange als ökologische Alternative für Großbetriebe und Kraftwerke bekannt. Doch leider war sie für Ottonormalverbraucher nur schlecht nutzbar. Selbst kleinste Blockheizkraftwerke (BHKW) verfügten noch über mindestens 32 kW thermische Leistung. Genug, um 20 Wohneinheiten mit Wärme zu versorgen. Die Lösung hat nun die Firma Senertec (Sachs energy technology) gefunden. Der Dachs, so heißt die 10 Jahre lang in Feldversuchen getestete Maschine, ist seit 1996 auf dem Markt. Das erste in Serie produzierte Kleinst – BHKW, inzwischen umgetauft auf HKA (Heiz-Kraft-Anlage) sieht auf den ersten Blick aus wie ein grüner Wäschetrockner ohne Klappe.

Fakten, Fakten, Fakten

100 cm hoch, 72 cm breit und 107 cm tief, das sind die äußeren Maße dieser Anlage. Ruhig brummt sie mit gerade 56 dzB vor sich hin – eine schleudernde Waschmaschine ist lauter. Unter dieser schalldämpfenden Haube verbirgt sich der 1 Zylinder Viertakter Sachs Motor, mit 579 cm^3 Hubraum. Ein kleiner Automotor. Dieser treibt einen Hochleistungsgenerator an, der Strom erzeugt. Als Brennstoff wird Erd-, Flüssiggas oder Heizöl verwendet. Über einen Schornstein werden die Abgase nach draußen geleitet. Motor, Generator und Abgase, von allen dreien wird die Abwärme genommen. Bei ersteren beiden ganz einfach durch das nötige Kühlwasser, bei letzterem durch einen Wärmefilter, der die Abgase von über 800 Grad auf 160 Grad runterkühlt. Der Strom geht ins Netz. Die Wärme in die Heizanlage. Die thermische Leistung liegt zwischen 10,4 kw und 12,5 kw. Nach ihr richten sich die Laufzeiten des Dachses. Nur wenn Wärme gebraucht wird, schaltet sich die HKA an.

Seit kurzem bauen unter anderem die Firmen Dettmer (Scheeßel) und Hüsing (Sottrum) neben herkömmlichen Heizkesseln auch Dachse ein. Eine spezielle Schulung durch Senertec war nötig, um die optimale Betreuung des Kunden zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Wartung, die alle 3.000 Betriebsstunden bei Heizöl und alle 3.500 Stunden bei Erdgas durchgeführt werden müssen. »In der Regel hält so eine Anlage 80.000 Betriebsstunden«, versichert Dettmer mit einem Blick auf die Maschine, »Bei einer Ideallaufzeit von 6.000 Betriebsstunden im Jahr erreicht sie ein Alter von 13 bis 14 Jahren.«

Öko ist nicht teuer!

Die Stärke der HKA ist, dass sie die Primärenergie (den Brennstoff) »doppelt« nutzt, und somit die Schadstoffemissionen vermindert. Andererseits spart, wer selber seine Lampen zum Glühen bringt, Stromkosten. Doch kann auch jeder den Dachs optimal nutzen? Energiefachberater Michael Püschel hat sich auf alternative Energien spezialisiert und berät hauptsächlich Kunden im Bereich der Samtgemeinde Sottrum. Vom Dachs ist er begeistert. »Wir haben hier und jetzt eine ausgereifte Technik, die einfach ist und überzeugt«, sagt der Profi. Ist jemand an der Anschaffung einer HKA interessiert, analysiert Herr Püschel mit dem Kunden die Voraussetzungen. Dabei ist es wichtig, dass der Wärmeverbrauch des Objekts hoch genug ist. »Für ein Einfamilienhaus ist ein Dachs wenig sinnvoll«, gibt Püschel zu. »Vor allem Hotels, mittelständische Betriebe oder Mietshäuser profitieren von dieser Technik.« Ein Dachs kostet normalerweise mit Installation zwischen 15.000 EUR und 25.000 EUR. Bei guten Laufzeiten beträgt die Amortisationsdauer 3 bis 5 Jahre. Nach diesem Zeitraum spart man gut 2.500 EUR pro Jahr an Stromkosten, Mineralöl- und Stromsteuer (ab 2002). Der Dachs verdient Geld!

Trotz Dachs noch genug Platz im Heizungsraum für den Friseur Temp aus Sottrum und seine Wäsche

Tankwart

Eine Tankstelle bei Scheeßel hat eine Waschanlage, die das ganze Jahr über viel Warmwasser verbraucht. Auch der Strom wird komplett verwertet. Ein Musterbeispiel für den effektiven Einsatz einer HKA. Der Besitzer selbst wollte sich zu seiner fortschrittlichen Anlage nicht äußern,

Fortsetzung auf Seite 8

Politische Initiative ankurbeln

Die Einspeisevergütung für Betreiber von Heizkraftanlagen (HKA) liegt zur Zeit bei einer Mindestvergütung von nur 3 Pfennig pro Kilowattstunde. Um die Anschaffung einer solchen Anlage trotzdem rentabel zu machen und somit die Verbreitung der Kraftwärmekopplung zu fördern, haben die Elektrizitätswerke Schönau/Schwarzwald (EWS) zusammen mit der Firma Senertec die »1.000-Keller-Initiative mit dem Schönauer Sonnenpfennig« ins Leben gerufen. »Im Preis jeder Kilowattstunde des ökologischen »Watt Ihr Spart«-Stroms von den EWS ist ein solcher Pfennig enthalten«, erklärt Ursula Sladek, Geschäftsführerin der EWS. »Dieses Geld zahlen wir den Betreibern von Senertec HKAs in Höhe von acht Pfennig zusätzlich zu der normalen Rückspeisevergütung.« Einen Antrag zur Teilnahme an diesem Programm kann jeder stellen, für den sich ein Dachs sonst nicht lohnen würde. »Wir erhoffen uns eine bundesweite Reaktion, die die Regierung zur Nachahmung bewegt,« so Sladek. Zur Zeit begnügt sich die Politik allerdings noch mit halbherzigen Gesetzesentwürfen, die nicht wirklich Abhilfe schaffen. Also los und zeigen, dass Interesse besteht! Anträge gehen an Ihren Dachs-Heizungsbauer. Wer keinen Dachs will, die Idee aber trotzdem gut findet, hilft eben mit durch den Kauf von »Watt Ihr Spart«-Strom: EWS Tel. 07673-8885-0.●

Martin Anton

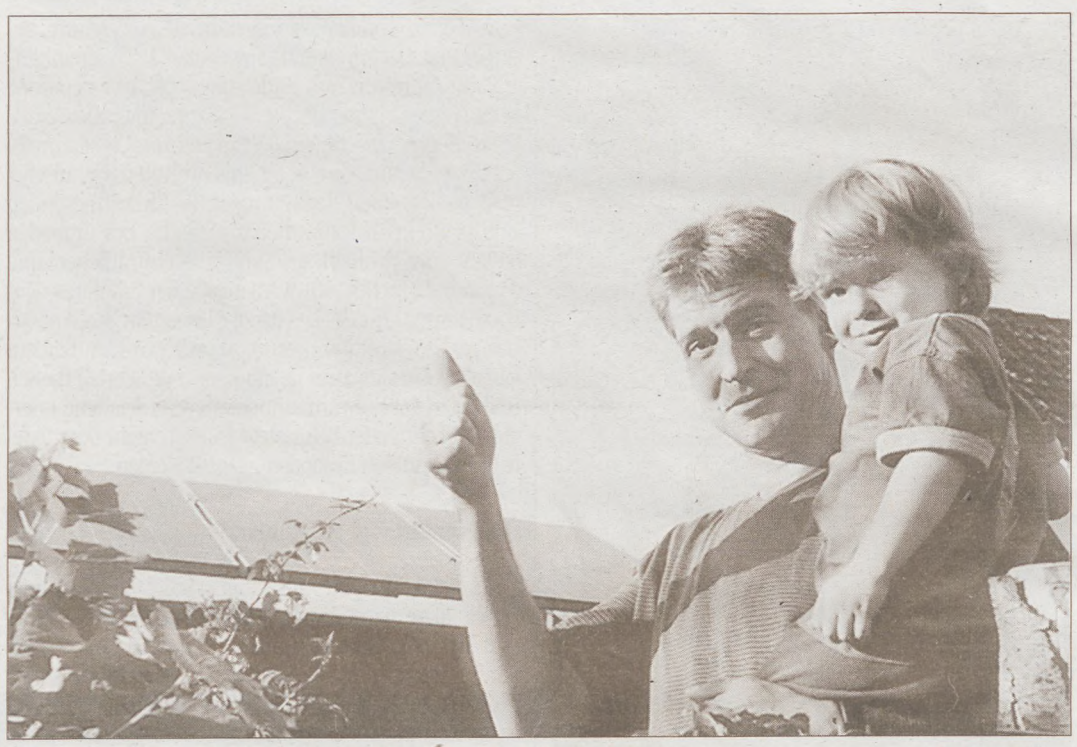
Ursula Sladeck und der Dachs: zwei Motoren für grünen Strom

Photovoltaik aktuell

Energieideen

94 Pfennig ab 2002

»Egal wie man rechnet, eine Photovoltaik-Anlage lohnt sich immer. Ich frage mich, warum nicht jeder Hausbesitzer so eine Spardose hat?« Ralf Borngräber aus Rotenburg meint, dass sich auch Neuanlagen ab 2002 mit »nur« 94 Pfennig je kWh lohnen.



Ralf Borngräber und Sohn Hauke schwören beim Strom auf Solarmodule auf dem Dach und am Gartenteich Foto: Carmen Füllgraf

Carmen Füllgraf, Redaktion Bremen-Umland ● Ralf Borngräber besaß schon vor dem Energieeinspeisegesetz 1999 die vierte Photovoltaik-Anlage in Rotenburg. Damals haben ihm die Stadtwerke Rotenburg, seinen Überschussstrom für 1,50 DM pro kW abgenommen. Privat und politisch engagiert sich Borngräber, Leiter einer Orientierungsschule, seit zwanzig Jahren im Umweltschutz. Er geht davon aus, dass langfristig gesehen der konventionell erzeugte Strom teurer wird. Es ist auch interessant zu beobachten, wie große Mineralölkonzerne wie BP und Shell in die Solarenergie einsteigen. Borngräber: »Sie finanzieren mit Macht in alternative Techniken, um für die Zeit nach dem Öl ein festes Standbein zu haben. Erdölreserven gehen zu Neige. Fossile Energieträger werden teurer. In der Wüste ist viel Platz für Solaranlagen, und der Wirkungsgrad ist dort um ein Vielfaches höher als in unseren Breitengraden.«

Die Photovoltaikbranche erlebt ein starkes Wachstum. Auch politisch wird der Markt vorangetrieben. 1999 trat bundesweit das Energieeinspeisegesetz EEG in Kraft, dass alle Energieversorger dazu verpflichtet, Solarstrom zu höheren Preisen abzunehmen. Und zwar, baut jemand eine Photovoltaikanlage, speist er seinen komplett produzierten Strom ins öffentliche Netz ein. Und er kassiert dafür 99 Pfennig pro Kilowattstunde, zwanzig Jahre garantiert. Das sind zwei Drittel mehr, als für eine Einheit bezahlt werden muss. Ein zweiter Schritt, um diese Technik zu fördern, ist die Möglichkeit einen fast zinslosen Kredit für den Bau einer Anlage, zu beanspruchen. Dieses leistet die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW, mit dem 100.000 Dächer-Solarstrom-Programm. Die Kredite laufen ausschließlich über die Hausbanken, die diese Leistung für eine Bearbeitungspauschale übernehmen müssen.

Aktueller Stand

Die Europäische Union ist sich einig bei der Förderung von alternativem Strom. Stetig wird das Energieeinspeisegesetz erweitert und vom Europaparlament wurde eine Einspeiserichtlinie verabschiedet, die eine Steigerung des Ökostromanteils vorsieht. Es hapert manchmal an den Energieversorgern. Frankreich zum Beispiel tut sich da schwer. Die Franzosen haben einen hohen Atomstromanteil.

Neu gegründet hat sich der Weltrat für Erneuerbare Energien. Sprecher ist der Bundestagsabgeordnete und Eurosolar-Präsident Herman Scheer (SPD). Sie entwickeln Ansätze von einer abstrakten Ausgangslage zu eher praktischen Lösungen zur CO_2-Verminderung. Der Weltrat für Erneuerbare Energien soll ein Gegengewicht zum Welt-Energie-Rat bilden, der von den Interessen der konventionellen Energiewirtschaft dominiert wird. Ab dem Jahr 2002 bekommt der Bauherr einer neuen Photovoltaikanlage »nur« noch 94 Pfennig pro Kilowattstunde Einspeisevergütung, aber damit rechnet sich die Anschaffung auch noch. Mittlerweile ist die Nachfrage so stark, dass die Hersteller Engpässe bekommen. Nachdem letztes Jahr die Antragsteller im 100.000-Dächer-Programm mit Wartezeiten von bis zu zwölf Monaten rechnen mussten, ist der Topf dieses Jahr noch gut gefüllt. Rund 15.000 Solarstromanlagen können noch ein zinsgünstiges Darlehen erhalten. Zur Zeit liegen durchschnittlich drei bis vier Wochen zwischen Eingang eines Antrages und Bewilligungsbescheid.

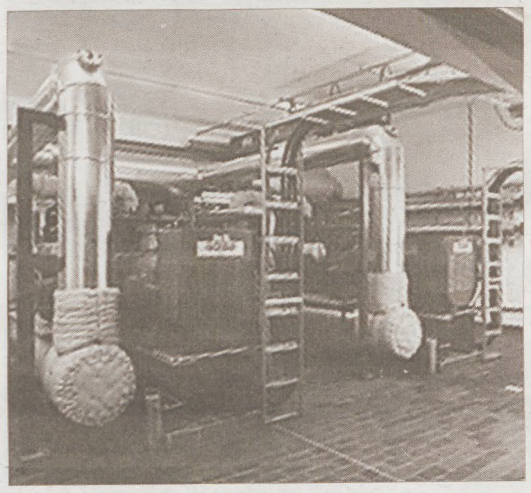
Brauchwassererwärmung

Während die Photovoltaikanlage eine große Förderung genießt, hält sich die Möglichkeit der thermischen Solaranlage im Stillen. Diese Brauchwassererwärmung hat eine wesentlich höhere Effektivität und rechnet sich von alleine. Diese Anlage leistet einen erheblichen Anteil zur Kohlendioxid-Verminderung. Die thermische Solaranlage ist zwar im nachträglichen Einbau aufwendig, bringt aber ökologisch mehr. Bedingt durch die thermische Spannung ist die Standzeit allerdings nicht so lange wie beispielsweise die einer Photovoltaikanlage, deren Standzeit für zwanzig Jahre Garantie bietet.●

Blockheizkraftwerke

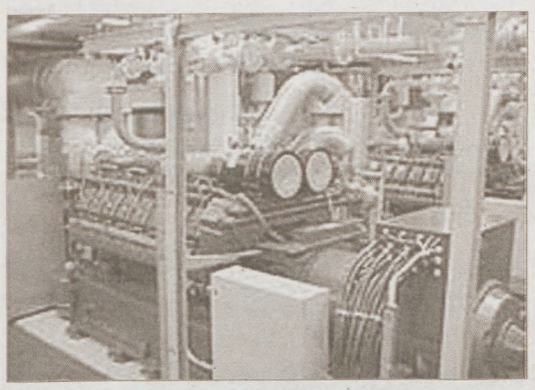
TurboÖkologie in Achim

Vier 16 Zylinder Turbogasmotoren sorgen in der Stadt Achim für Wärme und Strom. Und sind dabei auch noch gut für die Umwelt. Warum das funktioniert und warum es nicht mehr davon gibt, erklären Herr Müller und Herr Ellmar von der Stadtwerke Achim AG.



Die beiden Turbogasmotoren für Wärme und Strom im Achimer Krankenhaus

Martin Anton, Redaktion Bremen-Umland ● Seit Jahrzehnten wird das Prinzip der Kraftwärmekopplung in Blockheizkraftwerken umgesetzt. Die Motoren treiben die Stromgeneratoren an. Die durch Reibung und Rohstoffverbrennung entstehende Wärme der Motoren wird zum heizen genutzt. Mit Isolation, Abgaswärmefiltern und Kühlwasserkreisläufen werden heutzutage bis zu 95% der Abwärme gewonnen. Ökologisch ist eine solche Anlage vor allem interessant, weil für zwei Produktionsvorgänge (Kraft = Strom, Abwärme = Wärme) nur einmal Brennstoff verbraucht wird. Die Primärenergie (meistens Erdgas oder Öl) wird mit einem Nutzungsgrad von rund 90% im Gegensatz zu 34% bei herkömmlichen Kraftwerken in Strom und Wärme umgesetzt: 1/3 Strom und 2/3 Wärme. Die gekoppelte (gleichzeitige) Erzeugung von Strom und Wärme erspart im Vergleich zur getrennten (in zwei Brennvorgängen) 31% Brennstoff. Gleichzeitig werden bis zu 47% weniger CO_2 und bis zu 25% weniger Stickstoffmonoxid ausgestoßen. Und: Kein Atomstrom! Es gibt bis heute nur wenige Kraftwerke, die diese Technik nutzen, da sie keine Abnehmer für die Wärme haben. Die Stadtwerke Achim AG betreibt ein Fernwärmenetz, mit dem sie ihre Wärme zum Kunden bringt.



Gasmotoren sorgen für Strom und Wärme in der Friedrichstrasse Achim und am Krankenhaus

In die Ferne wärmen

Seit 1983 betreibt die Stadtwerke Achim AG ein Blockheizkraftwerk. 1995 wurden die 4 alten Aggregate durch neue ersetzt. Jedes ist circa 4,50 m lang, 1,50 m breit und 2 m hoch. Es handelt sich um 16 Zylinder – Turbogasmotoren. Die insgesamt 4.500 kW elektrische Leistung werden in das Stromnetz eingespeist und decken rund 20% des Strombedarfs der Stadt ab. Die Motoren setzen sich nur in Gang, wenn ihre Abwärme gebraucht wird, sonst wären sie unwirtschaftlich. Hier hatte die Stadtwerke AG die Idee, ein Fernwärmenetz einzurichten. Vergleichbar mit der Stromversorgung laufen bei so einem Netz Rohre in unterirdischen Systemen zu den Endverbrauchern. Diese Rohre müssen besonders gut isoliert sein, damit das Wasser, das beim Endverbraucher ankommt, noch heizfähig ist.

»Im Moment gehen bei der Fernwärmeversorgung noch 10 bis 15% der Wärme verloren,« gibt Herr Müller, Leiter des Bereichs Gas-/Fernwärme zu. Die Aktiengesellschaft, deren größten Anteil die Stadt Achim besitzt, plant deswegen eine vollständige Erneuerung des Netzes. Die Schwankungen erklärt Herr Müller folgendermaßen: »Das Netz ist witterungsgesteuert. Heißt: Die Außentemperatur bestimmt die Vorlauftemperatur des Wassers.« Damit ist die Temperatur gemeint, die das Wasser hat, wenn es den Wärmespeicher der BHKWs verlässt. Im Winter ist diese demnach höher als im Sommer. Ein mit Fernwärme betriebenes Haus braucht keinen Kessel mehr, sondern lediglich Wärmewechsler, die die Wärme von einem externen Wasserkreislauf auf den hauseigenen übertragen. Bezahlt werden muss die verbrauchte Wärmemenge, die mit einer einfachen Formel berechnet wird: (Vorlauftemperatur – Rücklauftemperatur) x Wassermenge. Die Abwärme der vier Aggregate reicht aus, um einige Mehrfamilienhäuser, öffentliche Gebäude, die Schwimmbäder und das Rathaus zu wärmen.

Es rechnet sich

Fernwärmenetze bilden eine Möglichkeit, das ökologische Potenzial der BHKWs für Städte auszunutzen. Besonders für Einfamilienhäuser, die mit den kleinen Verwandten, den Heizkraftanlagen nichts anfangen können. Auf der Homepage der Stadtwerke Achim AG finden Sie anschauliche Rechenexempel zum Erdgas-, Fernwärme- und Stromverbrauch. Nur durch den Kauf von sauberem Strom kann dieser auch gefördert werden.

»Anfangs hat sich das Blockheizkraftwerk fast überproportional rentiert«, erinnert sich Herr Ellmar, Leiter des Strombereichs. »Inzwischen rechnet es sich gerade noch so.« Das ist aber nicht die Schuld der Technik, sondern die von Politik und Stromwirtschaft, also auf die Socken, und informieren: Stadtwerke Achim AG, Gaswerkstr. 7, 28832 Achim, Tel. (0 42 02) 510-0 www.stadtwerke-achim.den●

Fotos: Stadtwerke Achim

Das Fernwärmenetz: Ein unterirdisches Rohrsystem

FORTSETZUNG VON SEITE 7

sondern begnügte sich mit zweifelhaften Äußerungen über langhaarige Redakteure – nicht so fortschrittlich. Aber ein guter Beweis, dass man kein Öko sein muß, um sich einen Dachs zuzulegen.

Friseur

Herr Temp, Eigentümer eines Einfamilienhauses mit Friseursalon in Sottrum, hatte in einer Illustrierten über die Kraftwärmekopplung gelesen und war sich nach der Beratung mit Herrn Püschel sicher: Ein Dachs muß ins Haus. »Für den Friseursalon brauchen wir viel Warmwasser. Deswegen lohnt sich die Anschaffung für uns.« Dazu kommen noch 300 qm Raum, die im Winter beheizt werden müssen. Da Herr Temp nicht 100% des selbstproduzierten Stromes verbraucht, speist er den Rest ins Netz und bekommt Geld dafür. Zwischen 3 und 8 Pfennig pro Kilowattstunde bei der derzeitigen Lage auf dem Strommarkt. Zwar hat er den Dachs erst seit Frühling dieses Jahres, doch er ist jetzt schon vollauf zufrieden: »Es macht einen ja auch stolz, was für die Umwelt zu tun.«

Hotelbesitzer

Der Gasthof Prüser hat seit Juni diesen Jahres eine HKA im Keller stehen. Seit 15 Jahren hatte man sich für eine derartige Anlage interessiert. Als vor einem halben Jahr ein befreundeter Gastwirt einen Dachs gekauft hatte, wagte man endlich den Schritt. Allerdings musste neben den Zimmern auch ein Schwimmbad (100 qm x 1,35 m) beheizt werden. Ein Dachs reichte nicht, also wurde ein zusammenhängendes »Kaskadensystem« von drei Motoren in den Keller gestellt. Je nach Wärmebedarf werden eine, zwei oder alle drei Maschinen ein- und stufenweise auch wieder zurückgeschaltet. Der Computer passt außerdem auf, dass alle Mini-BHKWs ungefähr die gleichen Laufzeiten haben. Die Wärmeenergie reicht aus, um gut 40 Gästezimmer, das Schwimmbad und die Gaststätte zu heizen beziehungsweise mit Warmwasser zu versorgen. »Überrascht hat uns, dass der Ersatzkessel seit Juli erst 8 Stunden gelaufen ist.« Mit so einer Effizienz hatte die Familie Prüser nicht gerechnet. Die 16,5 kW Strom bringen im Monat rund 500 EUR Entlastung für den Etat. Hotelier Prüser: »Diese Anschaffung war auf jeden Fall die richtige Entscheidung. Vor allem die Kollegen sollten über so ein Gerät nachdenken.« Obwohl es sich natürlich rechnen muß, spielt bei ihm auch die Umweltfreundlichkeit eine wichtige Rolle. Neben dem Dachs hat der Gasthof auch noch eine Aufbereitungsanlage für das Schwimmbadwasser. Es wird gefiltert und in den Badezimmern des Hotels als Toilettenspülung genutzt.

Auf geht's

Alle Gesprächspartner waren sich einig: Ein Dachs ist die beste Lösung für mittelständische Betriebe. Doch auch Mietshäuser, landwirtschaftliche Betriebe und Wohnsiedlungen können von der grünen Energie profitieren. Der Flecken Ottersberg lässt in der Grundschule Fischerhude und der Turnhalle der Haupt- und Realschule Ottersberg den Dachs laufen. Und auch Einfamilienhausbesitzer ruinieren sich sicher nicht, wenn sie sich einen Dachs anschaffen, es dauert nur etwas länger, bis er sich rentiert. Die Firma Senertec hat auch Leasingangebote. Sie ist zwar nicht die einzige Frima, die HKAs herstellt (Valentin – ecopower unter www.ecopower.de), jedoch die einzige, die ein derart ausgereiftes und lang getestetes Produkt vorweisen kann. Ihre Händlerliste gibt es bei Senertec Kraft-Wärme Energiesysteme GmbH, Carl-Zeiss Strasse 18, 97424 Schweinfurt, Tel. 0 97 21 – 65 10, www.senertec.de

Alternativer Sprit

Energieideen

Salatöl im Tank

1 Mark 9 Pfennig der Liter Sprit! Gibts im Supermarkt. Pflanzenöl heißt der günstige Kraftstoff. Susanne Dörner hat das Experiment gewagt und ist ihren Golf mit Pflanzenöl gefahren.

Susanne Dörner wagte das Experiment und fuhr ihr Auto mit Pflanzenöl aus dem Supermarkt. Der Ölfilterwechsel ist nach den ersten Kilometern obligatorisch.

Fotos: Kerstin Eulitz

Kerstin Eulitz, Redaktion Bremen-Umland ● Sie sitzt gemütlich in ihrem Bauwagen. Drinnen ist es warm und riecht nach Holz. Draußen vor der Tür steht ihr roter Golf TDI Kombi. In der Garage ihr Motorrad, eine 20 Jahre alte BMW mit 1.000 ccm, hat sie gerade auseinandergenommen. Ungewöhnlich für eine Frau, aber Susanne Dörner liebt das Schrauben und Basteln. In erster Hinsicht natürlich, um Geld zu sparen: »Ich habe nie eingesehen, die teuren Werkstattrechnungen zu bezahlen.« Auch im vergangenen Herbst waren die hohen Benzinkosten aus-

An Motoren schrauben ist eine Leidenschaft von Susanne Dörner. Demnächst will sie einen PKW-Dieselmotor in ein Motorrad einbauen.

schlaggebend: Die 35-Jährige suchte nach einer preiswerteren Tankalternative. Erster Versuch Biodiesel. Früh morgens beim ersten Anlassen räucherte kräftiger, weißer Nebel aus dem Auspuff und es roch nach »Frittenbude«. Aber die Sozialpädagogin fand den Geruch angenehm. Allerdings brachte der Biodiesel auch Nachteile mit sich: Zehn Prozent weniger Leistung sprich 15 km/h weniger Endgeschwindigkeit. Den Ölfilter musste sie austauschen, weil der Biodiesel Ablagerungen aus dem Tank löste und diese sich im Filter ansammelten. Das viel größere Problem waren die Gummidichtungen im Kraftstofftrakt. Laut Hersteller ist der Golf erst ab Baujahr 1995 für Biodiesel geeignet. Der Golf von Susanne Dörner ist Baujahr 1994. »Ich wollte nicht mehr Schaden als Nutzen an meinem Auto anrichten und probierte den anderen Weg mit Pflanzenöl.«

Kistenweise Pflanzenöl

Aus Zeitschriften und durch das Internet hatte die motorbegeisterte Frau von dieser Möglichkeit gehört. Im Supermarkt kaufte sie kistenweise Pflanzenöl. Zuerst gemischt 25 Prozent Pflanzenöl und 75 Prozent Diesel. Später probierte sie auch reines Pflanzenöl. »Da war der Motor allerdings morgens bei vier Grad plus nicht zündwillig.« Schließlich fuhr sie zwei Tankfüllungen mit 75 Prozent Pflanzenöl und 25 Prozent Diesel. Das Auto qualmte auf den ersten Kilometern furchtbar und roch mild nach Pommes. »Die Leistung war topp,« erinnert sich Susanne Dörner. »Aber die hohe Müllproduktion war bescheuert.« Die leeren Ölflaschen entsorgte sie im Gelben Sack. Dauer-Pflanzenöl-Fahrer können sich ihren Sprit auch in großen Tanks liefern lassen.

Umrüstung zu teuer

Danach erfuhr sie, dass Pflanzenöl wegen des hohen Einspritzdruckes ungesund ist für die Einspritzpumpe ihres Golf TDI. Ihre nächste Überlegung war, das Auto umzurüsten auf eine Zweitanklösung: Diesel zum Anlassen und ein großer Tank Pflanzenöl zum Fahren. Die Umrüstung hätte 5.300 DM gekostet – war also zu teuer. Das Experiment Pflanzenöl war damit für Susanne Dörner gescheitert. Jetzt fährt sie wieder mit Diesel. »Ab und zu mit Biodiesel, wenn ich Lust auf Pommes habe«, scherzt sie. »Aber Biodiesel ist nur ein fauler Kompromiss. Beim Raffinieren des Rapsöls entsteht Glycerin und das zu entsorgen, ist sehr problematisch.«

»Mein Auto hat reinen Nutzwert«, deshalb muss es auch ein Kombi sein, der dann zehn bis zwölf Jahre hält. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln fährt sie ungern. Sie hasst die Atmosphäre, die Hektik. Das von der Autoindustrie angepriesene Drei-Liter-Auto sei für den Otto-Normal-Verbraucher unrentabel. »So wird das nichts mit der Ökologie«, ist ihr Kommentar. In der Zukunft hofft sie auf den Wasserstoff-Motor, dessen Abgase nur aus Wasser bestehen. »Wir müssen aufhören, fossile Energien zu verbraten.« Außerdem ist sie der Meinung, Städte müssten besser konzipiert werden. »So dass man nicht auf das Auto angewiesen ist, alles regionaler und mit dem Fahrrad erreichbar ist«, so Susanne Dörners Vorschlag zur Abgasverringerung.●

Biodiesel Subventions-Billigprodukt

Hinten riecht's nach Fritten

»Als Abgas riecht es wie in einer Pommes-Bude. Kunden empfinden das als unangenehm. Bisher gibt es keine Möglichkeit, die Geruchsbelästigung abzustellen«, so Herr Schröder.

Malies Kreutzfeld / Götz Paschen, Red. Bremen-Umland ● Ein Geruchstest an der Zapfsäule fällt allerdings positiv aus: frisch wie Salatöl duftet der Biodiesel in der Nase. Nur von Herstellern für Biodiesel freigegebene Fahrzeuge dürfen damit gefahren werden. In der Fahrzeugliste finden sich alle Fabrikate, aber nicht alle Modelle. Manche Fahrzeugtypen laufen auch mit einer Beimischung zwischen fünf und dreißig Prozent. Herr Schröder erklärt den Grund dafür: »Biodiesel ist ein aggressives Produkt. Schläuche und Zuleitungen quellen auf oder werden schneller porös. Hier muss öfter kontrolliert und ersetzt werden als bei der Verwendung von herkömmlichem Diesel. Außerdem sollte beim Tanken darauf geachtet werden, dass nichts daneben tropft. Kleckert etwas auf den Lack, wird die Farbe blass und blättert bald ab.« Obwohl der Preis für Biodiesel gegenüber dem üblichen erheblich geringer ist (ca. 15 Pfennig), muss man diese Dinge berücksichtigen. »Die Leistung der Motoren bleibt mit beiden Treibstoffen gleich«, bestätigt der Geschäftsführer.

Dreifacher Ertrag

Von einem Hektar Ackerfläche werden 1.300 l Biodiesel gewonnen. Der Marktanteil dieser Energie liegt inzwischen bei dreißig Prozent und soll nach Angaben Schröders noch gesteigert werden. »Der Raps wird von unseren Mitgliedsbetrieben angebaut. Mit dieser Marktnische haben Landwirte eine weitere Möglichkeit zum Verdienen. Zudem können hierzu Stillegungsflächen genutzt werden, die andernfalls grün eingesät oder verwildern würden. Beim Rapsanbau darf auf diesen Flächen auch Gülle ausgebracht werden.« Und für den Zuschuss braucht nur noch der Antrag eingereicht zu werden. Höher als für den Gertreideanbau, aber das soll ab dem Jahre 2002 anders geregelt werden. Der Rapsanbau wird für die Landwirte durch Vertragsanbau für die Genossenschaft und Doppelprämien weiterhin attraktiv bleiben. »Der günstigere Preis für das Endprodukt reizt aber unsere Bauern überhaupt nicht, selbst auf diesen Kraftstoff für den Trekker umzusteigen.« Schröder dazu: »Für herkömmlichen Diesel gibt es die Gasölbetriebsbeihilfe, bei Biodiesel nicht. Verständlich, wenn ein Landwirt den gewohnten Treibstoff beibehält.« Bleiben als Kunden nur PKW- und LKW-Fahrer.

Wer gewährleistet die Treibstoffqualität? Der Geschäftsführer: »Es gibt eine Arbeitsgemeinschaft Qualitätsmanagement Biodiesel e.V. Die Mitgliedsbetriebe überwachen genauestens das erzeugte Produkt. Die DIN-Normen müssen erfüllt sein. Niemand muss befürchten, sein Fahrzeug mit irgendeinem gepanschtem Sprit zu ruinieren.« Auf der Liste finden sich ein österreichischer und ein französischer Partner. Die EG machts möglich.

»Bio«, aber nicht wirklich

Hört sich alles wunderbar an. Gut für den Landwirt, gut für die Genossenschaft. Der Umweltschutz kommt trotz »Bio« zu einem anderen Ergebnis. Für die Herstellung einer Kalorie aus dem nachwachsenden Rohstoff werden zehn Kalorien fossiler Energie benötigt für Traktoren, Düngemittel, Pestizide, Beregnungsanlagen, Transporte usw. Die Schonung der Ressourcen bleibt auf der Strecke. Der Biodiesel ist durch die Zuschuss- und Prämienpolitik der europäischen Gemeinschaft trotzdem preislich attraktiv. Das Umweltbundesamt meldet: »Rapsöl-Diesel bringt keine entscheidenden Vorteile für die Umwelt. Der Kohlendioxidausstoß kann auf anderen Wegen billiger und effektiver gesenkt werden.«

Karl-Heinz Ludewig vom Arbeitskreis Verkehr und Umwelt UMKEHR e.V. aus Berlin, bundesweit sicherlich das kritischste verkehrspolitische Sprachrohr, meldet: »Es werden Flächen für die Nahrungsmittelproduktion in Anspruch genommen, und die Ökobilanz ist nicht positiv. Auch Biodiesel-Fahrzeuge machen noch zuviel Lärm, sind potentielle Unfallverursacher und verbrauchen durch Fahren und Parken viel Fläche.« In der »3. Welt« verdrängt der Zuckerrohralkoholanbau zu Autobrennstoffzwecken Tausende von Kleinbauern von ihren Flächen zugunsten der Zuckerrohrplantagen. Wirtschaftsexperte Fernando Homem de Melo: »Für jeden Liter Alkohol gibt es ein Kilo weniger Reis oder Bohnen für die armen Leute.«●

GREENPEACE ENERGY EG, HAMBURG

Strom aus kontrolliertem Anbau

Der Stromversorger Greenpeace energy eG zieht anlässlich seines zweiten Geburtstags eine positive Bilanz. Die im November 1999 gegründete Genossenschaft hat heute bundesweit über 13.000 Haushalte und Gewerbekunden unter Vertrag, bei Steigerungsraten von mehreren hundert Kunden pro Monat. Damit beweist sie, dass die bundesweite Vollversorgung ohne Atom- und Kohlestrom zu realistischen Preisen funktioniert.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Trotz zum Teil unverschämt hoher Netznutzungsgebühren und den Dumpingpreisen anderer Stromanbieter haben wir uns als führender Anbieter von sauberem Strom etabliert«, erläutert Robert Werner, Vorstand von Greenpeace energy eG die aktuelle Entwicklung der Genossenschaft anläßlich ihres zweijährigen Bestehens. »Wir liefern rund um die Uhr saubere Energie mit einem hohen Anteil an Sonnenstrom. Der Erfolg zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.« Der Neubau von Anlagen ist fester Bestandteil des Konzeptes. Seit Juni 2001 versorgt Greenpeace energy seine Kunden mit Solarstrom aus einer eigenen, neu errichteten Fotovoltaik-Anlage in Schwäbisch Hall.

Preissenkung erwartet

Im Laufe des nächsten Jahres erwartet Werner entgegen des Branchentrends eine Preissenkung für Greenpeace energy Strom, da die erwartete Senkung der Netznutzungsgebühren an die Kunden weitergegeben wird. »Wir haben unsere Strompreise absichtlich von Anfang an auf Basis des realen Marktpreises für sauberen Strom kalkuliert und nicht mit Billigangeboten gelockt. Damit ersparen wir den Verbrauchern plötzliche Preiserhöhungen, die die niedrigen Einstiegsangebote ausgleichen sollen.«

Weit über die Hälfte des Strompreises besteht aus Steuern und Netznutzungsgebühren. Diese werden nach Erwartungen von Greenpeace energy im nächsten Jahr sinken. Hierzu wird die Genossenschaft in den kommenden Wochen verstärkt juristische Wege einschlagen. »Die maßlose Abkassiererei vieler Netzbetreiber muss endlich ein Ende haben«, betont der Vorstand. Dass juristische Schritte lohnen, zeigt das Beispiel der Stadtwerke Crailsheim, gegen die Greenpeace energy im Februar Beschwerde bei der Landeskartellbehörde Baden-Württemberg eingelegt hatte. Noch während des Verfahrens der Kartellbehörde nahmen die Stadtwerke den Preis von 14,51 Pf/kWh auf 11,50 Pf/kWh zurück.

Kampagne »Stromwechsel«

Die Genossenschaft ist aus der Greenpeace-Kampagne »Stromwechsel« hervorgegangen, die im Sommer 1999 für den Wechsel zu einem umweltfreundlichen Stromanbieter geworben hatte. Dies führte zur Gründung von Greenpeace energy. Die eingetragene Genossenschaft war von Beginn an wirtschaftlich unabhängig. Eigentümer sind über 8.200 Genossenschaftsmitglieder. Dank der Einlagen der Mitglieder wird auch in Zukunft die Stromversorgung ohne jedes Fremdkapital gewährleistet sein. Mit den insgesamt 18 Mitarbeitern in Hamburg und Schwäbisch Hall kann in diesem Jahr einen Umsatz von ca. 5 Mio. Euro realisiert werden. Der Vorstand will bereits Ende 2002 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen und liegt damit gut in der erstellten Planrechnung.●

Weitere Informationen unter www.greenpeace-energy.de

Anzeige

Energie in Sicht

Energieideen

Atomkraft – vom Winde verweht

Offshore-Windparks: Viel Wind und keine Entscheidung. Die Fischer sind dagegen. Greenpeace ist dafür. Die Politiker sind sich nicht sicher. Und was denkt Frau Meier von nebenan?

Svenja Nierentz, Redaktion Bremen-Umland ● »Offshore« heißt vor der Küste. Dort vor Nord- und Ostseeküste könnten riesige Windparks entstehen. Wir haben uns im Supermarkt in Oyten umgehört. Johann Groß meint: »Jeder vernünftig denkende Mensch sollte sich heute darüber Gedanken machen, wie wir unsere Umwelt schonen. Und die können wir nur dann schonen, wenn wir die Ressourcen schonen.« 100 Windräder auf 40 bis 80 Quadratkilometern verteilt 30 Kilometer vor der Küste. So sieht der Idealfall aus. Ein Windpark dieser Größe ersetzt ein Atomkraftwerk.

Johann Groß: »Ressourcen schonen«

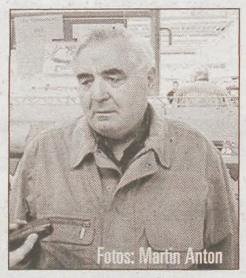
Atomkraft – Nein danke! Ist Windkraft die Lösung? Die Fischer sind dagegen. Wer durch Cuxhaven schlendert, kann an den Fischerbooten Protestplakate lesen. Sie fürchten um ihre Fanggründe. Und der Fremdenverkehr um die seinigen. Nachher fahren die Landratten nicht an die See, weil der Ausblick von Windrädern getrübt wird. Man sieht sie aber nur bei allerbestem Wetter schemenartig am Horizont, wahrgenommene Größe circa 1 Zentimeter. »Es sieht landschaftliche nicht schön aus. Ich bin nicht begeistert. Das sind Störenfriede, wenn ich in die Landschaft gucke,« so Frau Schwiebert aus Oyten. Ungefähr 80 bis 100 Meter hohe Masten, Rotordurchmesser ebenfalls 80 bis 100 Meter – so sehen sie aus, die Störenfriede. Vergleichbare Anlagen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

an Land sehen nicht besser aus und produzieren bis zu 40% weniger Strom. Grund dafür sind höhere und konstantere Windgeschwindigkeiten auf See. Dänemark hat vor, 50% seines gesamten Strombedarfs mit Offshore-Windparks zu decken und bereits mit der Umsetzung begonnen.

Deutsche Bürokratie?

»Einige Anträge hängen seit 1992 in der Genehmigungsschleife,« so Sven Teske von Greenpeace Hamburg. Je nach Entfernung von der Küste sind entweder der Bund (Distanz zur Küste über 12 Meilen) oder die Länder (Distanz unter 12 Meilen) zuständig. Bedenken gibt es wegen möglicher Schiffsunfälle. Nur drei Bergungschlepper stehen für die deutschen Gewässer zur Verfügung. Das ist nicht nur in Bezug auf Offshore-Windparks ein Problem. Hugo Rubin aus Oyten findet allerdings: »Schiffsunfälle sind keine Begründung. Dann dürfte man nicht mal eine Brücke über einen Fluss bauen.« Auch die Schönheitsfrage kann er nicht verstehen »Ich will keine Atomkraftwerke, aber Strom will ich haben. Dann will ich keine Windräder, aber Strom will ich haben. Was will ich den?« Gute Frage. Für Sven Teske von Greenpeace ist klar: »Es muss jetzt was passieren.« Die Bedingungen sind günstig. Bis 2006 gilt das Gesetz Erneuerbare Energie. Das garantiert den Betreibern eine Mindestvergütung pro Kilowattsstunde.



Hugo Rubin: »Windkraft? Klar«

Seewind kann CO_2-Werte senken

Jetzt erspart die Windkraftnutzung Deutschland rund 4,8 Millionen Tonnen CO_2. Und bereits 2005 könnten es 12,7 Millionen Tonnen sein. 15 bis 20% der Gesamtstromversorgung könnte Deutschland durch Offshore-Windparks abdecken. Und es bleibt immer noch genug Fläche für Fischfang, Erholungs- und Naturschutzgebiete, Schiffahrt und andere Nutzung. Doch dies ist alles graue Theorie. Aus einem Positionspapier der Bundesregierung wird klar: bis 2003 werden keine Anlagen aufgestellt. Und bis 2030 wird es nur Parks mit maximal 40 Windrädern geben. Das ist weniger als die Hälfte, von dem was möglich wäre. Im Moment sind Offshore-Anlagen etwa 60 % teurer als Anlagen an Land. Grund: Kosten für die Fundamente und den Anschluss an das Stromnetz. Langfristig gesehen bringen Offshore-Anlagen aber wegen höherer Erträge höhere Gewinne. Die Windräder können wieder vollständig entfernt werden. Die Ressource Wind ist unbegrenzt verfügbar. Die Kosten für die Netzanbindung fallen nur einmal an. Und unsere tierischen Freunde? Klar, wo ein Windrad steht, da wächst keine Alge mehr. Aber was wächst bei einer Ölplattform oder in der strahlend schönen Gegend eines Atomendlagers? In Dänemark und Schweden wurde außerdem beobachtet, dass Seevögel die Anlagen umfliegen und nicht gefährdet sind. Fazit: Saubere Umwelt und glückliche Viecher. »Clear energie now!« – fordert Greenpeace.●

Frau Schwiebert: »Sieht nicht schön aus«

Schadstoffarm mit Autogas

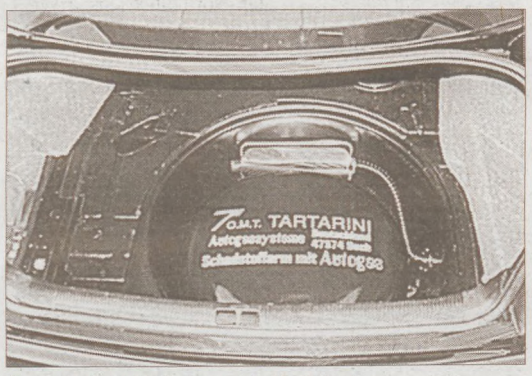
Autogas: Halb so teuer wie Benzin

»Die Holländer und Polen nörgeln nicht über 'nen Koffer, den sie weniger ins Auto reinkriegen. Die wollen sparsam fahren. Aber die Deutschen sind ein Völkchen für sich,« so Herr Baltzer, Flüssiggastankstellenbesitzer und Umrüster aus Hodenhagen über die Deutschen und ihr liebstes Spielzeug.

Svenja Nierentz, Redaktion Bremen-Umland ● Die Vorteile gegenüber anderen Kraftstoffen sind bei Flüssig-und Erdgas gleich: Schadstoffe, die Smog entstehen lassen, werden um bis zu 80% reduziert. Das Abgas ist praktisch geruchlos. Und der Verbrennungsvorgang verläuft leiser als bei anderen Kraftstoffen. Die Geräuschabstrahlung ist bei einem Flüssiggasmotor zum Beispiel nur halb so hoch wie bei einem Dieselmotor. Der Preis liegt bei beiden deutlich unter dem Benzinpreis. Und trotzdem hat sich das »Gasauto« noch nicht durchgesetzt. Vielleicht liegt es an der Leistung? »Morgens richtig spritzig anfahren geht nicht. Das ist vergleichbar mit einem alten Diesel,« so Rolf Hoins, Elektriker bei den Stadtwerken Rotenburg, die seit sechs Jahren zwei Erdgasfahrzeuge im Betrieb haben. Der Antrieb bei Flüssig- und Erdgasfahrzeugen ist normalerweise bivalent: das heißt, der Motor funktioniert sowohl mit Gas als auch mit Benzin. Zum Starten wird Benzin benötigt und während der Fahrt kann über einen Schalter umgeschaltet werden. Monovalente Antriebe nur mit Gas stehen aber auch zur Verfügung. Sie rentieren sich hauptsächlich für schwere Nutzfahrzeuge. Umgerüstet werden kann jeder benzinbetriebene Viertaktmotor, Dieselfahrzeuge nicht. Bei Baltzer fahren alle Firmenfahrzeuge mit Flüssiggas, selbst der Rasenmäher.

Vorurteile gibt es genug

»Männer sagen: 'Oh ja und das mach ich, ich fahr ja soviel und dann spar ich ja 'ne Menge Geld.' Und Frauen fragen dann: 'Aber ist das nicht gefährlich?'«, so Baltzer. Schließlich hat jeder Mensch mit Fernseher sie schon gesehen, die explodierenden Autos in schlechten Actionfilmen. Aber die Realität sieht anders aus. Tests haben gezeigt, dass Gas keine zusätzliche Gefahr bei Unfällen ist. Auch die Verordnung, dass Gasfahrzeuge nicht in Tiefgaragen geparkt werden dürfen, wurde aufgehoben da keine Gefahr besteht. Also auf in den Familienurlaub. Die Frau mit Karte auf den Beifahrersitz, Kind und Hund auf die Rückbank und wohin mit den Koffern? Kein Problem!



So passt der Gastank in die Reserveradmulde. Und statt Reserverad gibt es ein Pannenspray

Erdgasfahrzeuge gibt es bereits serienmäßig mit Gastank im Boden. Nur bei Flüssiggasautos muss man sich noch entscheiden: Bleibt Frau, Kind, Hund oder Gepäck zu Hause? Oder nur das Reserverad (siehe Foto)? Und tanken? Ein 80 Liter Erdgastank reicht für circa 280 Kilometer und ein genauso großer Flüssiggastank reicht sogar für circa 500 Kilometer. Außerdem kann man noch umschalten auf Benzin. Das Tanken von Gas dauert an Gastankstellen nicht länger als das Tanken von Benzin. Also kein wirkliches Argument gegen gasbetriebenen Autos. Und die 10% mehr Verbrauch der Autos sind bei solch niedrigen Gaspreisen auch nicht erwähnenswert.

Das liebe Geld

Zwischen 2.000 und 3.000 EUR kostet die Umrüstung auf Erd-oder Flüssiggas. Und ein Neuwagen mit serienmäßigem Erdgastank kostet auch etwa so viel mehr. Aber dank des Gesetzes für erneuerbare Energie sind der Steuersatz und die Anhebung der Preise für Gas bis 2009 festgeschrieben und die günstigen Preise damit gesichert. Woran liegt es also, dass nicht alle begeistert sind und zur Rettung unserer Umwelt wenn schon nicht Fahrrad, dann doch bitte Gasautos fahren? Rolf Hoins von den Stadtwerken glaubt: »Interessant wird Erdgas für Privatleute, wenn es mehr Tankstellen und Werkstätten gibt. Aber das wird sich schon entwickeln.« Man wartet also auf die Industrie. Und die? Die wartet auf die Nachfrage. Herr Baltzer aus Hodenhagen ist sich nicht sicher ob im Bereich Flüssiggas noch viel passiert: »Auf einer Veranstaltung, auf der 500 Leute waren, da hat sich einer für ein Flüssiggasauto entschieden. Und nur von einer Gastankstelle kann keiner leben. Früher habe ich mich da mal gewaltig reingekniet. Heute ist mir das im Grunde egal.«●

BÜRGER GEGEN ATOMREAKTOR GARCHING:

Kein Schutz gegen Terror beim neuen Münchener Atomreaktor

Auch der neueste deutsche Atommeiler hält eine gezielte Attacke mit einem Großflugzeug nicht aus.

Gina Gillig, Redaktion Göttingen ● In Garching, 10 km nördlich von München, bauen die TU München und die Bayerische Staatsregierung mit der Firma Siemens/Framatome einen neuen Atomreaktor, den Forschungs-Reaktor München II (FRM II). Der gemeinnützige Verein *Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V.* beschäftigt sich seit über 10 Jahren mit diesem neuen Atomprojekt, dem ersten Atomreaktorneubau in Deutschland nach der Katastrophe von Tschernobyl.

Seit dem 11. September 2001 kann die Möglichkeit von Anschlägen auf Nukleareinrichtungen nicht mehr so einfach als Restrisiko abgetan werden. Dies zeigt auch ein geplanter Terrorangriff im August 2000 auf den Atomforschungsreaktor in Sydney während der Olympischen Spiele (Infos: www.frm2.de).

Eine neue Beurteilung der Sicherheit von allen Atomanlagen sowie eine Neubewertung der Sicherheit des noch nicht in Betrieb genommenen Atomforschungsreaktors FRM II im Ballungsraum München ist nach Ansicht der Bürgerinitiative dringend erforderlich. Der FRM II liegt nur etwa eine Flugminute vom Großflughafen München entfernt. Durch den offenen Universitätsbetrieb mit Studenten aller Nationen besteht – im Gegensatz zu einem Atomkraftwerk mit fester Belegschaft – beim FRM 2 zusätzlich das Risiko eines Anschlages von innen durch Selbstmordattentäter. Auch der geplante Einsatz von atombombenfähigem, hochangereichertem Uran ist neu zu bewerten.

Ende November 2001 führten die *Bürger gegen Atomreaktor Garching* in München eine Informationsveranstaltung mit dem Vorsitzenden der Reaktorsicherheitskommission (RSK), Lothar Hahn, durch. Hahn räumte ein, dass auch der neue Münchner Atomforschungsreaktor nicht ausreichend gegen Terrorangriffe gesichert ist. »Es gibt ab bestimmten Einwirkungen keinen Schutz mehr. Das muss man sich eingestehen«, so Hahn.

Wenige Wochen vor den Terroranschlägen vom 11. September hatte die RSK zum FRM II Stellung genommen. Über den Inhalt gab Hahn keine Auskunft, da es sich um ein laufendes Genehmigungsverfahren handele. Es sei auch nicht geplant, diese Stellungnahme nach den Attentaten in den USA zu aktualisieren. Hahn verwies auf die Mitte Oktober vorgelegte erste Stellungnahme der RSK zu Terroranschlägen und Sicherheit von Atomanlagen. Für den Münchner Reaktor wurde nur berechnet, ob die Kuppelwand gegen einen unabsichtlichen Absturz eines schnell fliegenden Militärjets geschützt ist. Ein gezielter Angriff mit einem großen Verkehrsflugzeug ist nicht berücksichtigt worden.

Die Initiative *Bürger gegen Atomreaktor Garching* fordert vehement eine erneute Sicherheitsprüfung unter Einbeziehung der neuen Gefahrenlage. Derzeit liegen die Unterlagen mit vorgeschlagener Betriebsgenehmigung vom Bayerischen Umweltministerium beim Bundesumweltministerium.●

Kontakt: Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V., Danziger Str. 19, 85748 Garching
Tel. (0 89) 31 77 28 13, Fax 31 77 28 14, www.frm2.de

GÖTTINGEN:

Mit der Atomgesetznovelle in den Atomstaat?

Am 3. Dezember 2001 fand in Göttingen eine Veranstaltung zur Atomgesetznovelle statt. Eingeladen hatte die Sprecherin des Göttinger Agenda 21-Initiativenplenums, Vera Mena Hacker. Auf dem Podium saßen Traute Kirsch, atompolitische Sprecherin des BUND-NRW, Hans-Jürgen Wolters, Probst des Kirchenkreises Lüchow, Prof. Dr. Rolf Bertram, Physikochemiker, Sebastian Wertmüller, DGB-Regionsvorsitzender und die Politikerinnen Heidi Lippmann, MdB PDS; Monika Ganseforth, MdB SPD und Rebecca Harms MdL Bündnis 90/Die Grünen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Redaktion Göttingen ● Zum Hintergrund: Die Vereinbarung zum Atomkonsens wurde am 11. Juni 2001 von den Energieversorgungsunternehmen und der Bundesregierung unterzeichnet. Die Atomgesetznovelle (AtG-Novelle) soll den Atomkonsens in bindendes Recht umsetzen. Der Atomkonsens und das neue Atomgesetz versprechen laut Umweltminister Trittin den »schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie«. Otto Majewski, Chef des Bayernwerks und Präsident der Lobbyistenvereinigung »Deutsches Atomforum«, meinte dagegen zum Atomkonsens: »Unser erklärtes Ziel, die deutschen Kernkraftwerke zu wirtschaftlich akzeptablen Bedingungen weiterhin nutzen zu können, haben wir erreicht. Die rot-grüne Bundesregierung wäre durchaus in der Lage gewesen, den Bestand und den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke nachhaltig zu beeinträchtigen.«

Ob die AtG-Novelle zum »umfassenden und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie« führt, wie es die rot-grüne Bundesregierung im Koalitionsvertrag von 1998 festgehalten hat, bleibt mehr als fragwürdig. So verlangt die Bundesregierung, dass die Bevölkerung einen größten anzunehmenden Unfall (GAU) als unumgängliches Risiko in Kauf nehmen müsse.

Auf die Frage, inwieweit das verbleibende Risiko einer Atomkatastrophe den Bürger/innen zumutbar sei, erklärte Heidi Lippmann die Ablehnung der AtG-Novelle durch die PDS im Bundestag. Ganseforth betonte hingegen, das Eigentumsrecht der Atomindustrie habe verfassungsmäßigen Rang. Der Atomkonsens sei ein Erfolg, da es keine langwierigen Prozesse und Entschädigungszahlungen gäbe. Der Preis dafür seien die Laufzeitgarantien. Harms sagte, man müsse bei aller Kritik die machtpolitische Lage beachten. Bundeskanzler Schröder wolle keinen offenen Konflikt mit der Atomindustrie und zudem hätte die Ökologiebewegung nicht mehr die Stärke der 70er und 80er Jahre. Die vier Vertreter aus Umweltverband, Wissenschaft, Gewerkschaft und Kirche lehnten die Atomenergie einhellig ab. Ihren Positionen wird in separaten Beiträgen auf dieser Seite Raum gegeben.

Das mit der AtG-Novelle beabsichtigte Verbot des Neubaus von AKWs wird wenig Wirkung zeigen, denn es kann – z. B. durch andere politische Mehrheiten – zurückgenommen werden. Darüber hinaus sollen die Forschungsarbeiten an neuen europäischen Druckwasserreaktoren (EPR) ungehindert weitergehen. Der AtG-Novelle fehlt ein Entsorgungskonzept für die wachsenden Atommüllberge. Die Betriebsdauer aller Atomkraftwerke soll allein durch die vereinbarte, noch zu produzierende Strommenge von gut 2600 Tera-Watt-Stunden festgelegt werden. Dies würde die jahrzehntelange Weiterproduktion von etwa genau der Menge Atomstrom bedeuten, die bisher seit 1968 in der Bundesrepublik produziert wurde.●

GEWERKSCHAFTEN:

Atomausstieg – ein fauler Kompromiss

Die Gewerkschaften und der DGB tun sich bekanntermaßen nicht ganz leicht mit dem Atomausstieg. Die Angst um den Verlust von hochqualifizierten Arbeitsplätzen bestimmt vielfach das Denken und Handeln der direkt betroffenen Gewerkschaften.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sebastian Wertmüller, Göttingen ● Nichtsdestotrotz hat der DGB sich schon vor Jahren für einen schrittweisen Abschied von der Kernenergie ausgesprochen. Die Papierlage nach dem Grundsatzprogramm von 1996 ist eindeutig: »Die Gewerkschaften halten aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gründen an einer Energiepolitik fest, die es ermöglicht, so rasch wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie zu verzichten. Um diesen Verzicht sozialverträglich durchzuführen, muss eine Neubewertung der gesamten Energiepolitik erfolgen.«

Das ist der Maßstab um die Atomgesetznovelle mit dem angeblichen Atomausstieg kritisch auf den Prüfstand zu legen. Und da schneidet das Ausstiegsvorhaben reichlich schlecht ab. Nicht nur, dass die Novelle keinen Weg zum Ausstieg beschreibt, sondern eine Bestandssicherung vornimmt, ist ärgerlich. Mit dem 30-Jahre-»Kompromiss« für Laufzeiten der Atomkraftwerke hat sich die Regierung Schröder zum Spielball der Atomwirtschaft degradieren lassen und das Primat der Politik abgegeben. Kritik an diesem Etikettenschwindel ist angebracht, Gründe den Widerstand gegen die Atomenergie einzustellen, gibt es nach wie vor nicht.

Für die Diskussion in den Gewerkschaften gilt, dass auch sie nicht beendet sein kann. Das – berechtigte – Interesse der in der Atomwirtschaft Beschäftigten an einem sicheren Arbeitsplatz darf dabei nur ein Teil der Debatte sein, dagegen steht die Forderung nach einer sicheren und umweltverträglichen Energieerzeugung und damit auch nach neuen, anderen Arbeitsplätzen. Der DGB tut gut daran hier auf Zukunftsträchtigkeit und Nachhaltigkeit zu setzen. Und das heißt Atomausstieg und der Einstieg in neue Energiepolitik, bei der Energiesparen im Vordergrund steht, aber auch die Erschließung und Nutzung alternativer Energiequellen, und damit auch die Erschließung neuer qualifizierter Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen.●

Sebastian Wertmüller ist Vorsitzender der DGB-Region Südniedersachsen/Harz.

Technisch-wissenschaftliche Bewertung der Atomgesetznovelle

Vor dem Hintergrund wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse bewertet der Physikochemiker Rolf Bertram, emeritierter Professor der TU Braunschweig, das Atomgesetz und die vorliegende Atomgesetznovelle:

1. **Eine unschädliche Strahlendosis gibt es nicht.** Mit der Behauptung, unterhalb eines bestimmten Strahlenpegels gäbe es keine gesundheitsschädigende Wirkung, wurde die Öffentlichkeit jahrzehntelang getäuscht.
2. **Eine Inkorporation von Radionukliden ist unvermeidbar.** Entgegen der Behauptung der Betreiber atomtechnischer Anlagen, werden diese Radionuklide bereits während des sogenannten Normalbetriebs freigesetzt.
3. **Besonders verhängnisvoll sind in den Körper gelangte »heiße« Teilchen.** Dabei handelt es sich um in der Atmosphäre schwebende radioaktive Partikel, die mit der Atemluft aufgenommen werden. Im Lungengewebe kann in der Umgebung der Haftstelle eine gigantische Strahlendosis auftreten, da die Strahlung weder durch Zerfall noch durch Ausscheidung aus dem Körper wesentlich abnimmt.
4. **Die im amtlichen Strahlenschutz verwendeten dosimetrischen Beziehungen verlieren im Bereich dichtionisierender Niedrigstrahlung (z.B. Alphateilchen, Neutronen) ihre Gültigkeit.** Zahlreiche Forschungsergebnisse der letzten Jahre zeigen, dass die Schadwirkung auf lebendes Gewebe z. T. um das Tausendfache unterschätzt wird.
5. **Bei Festlegung der Sicherheitsstandards von radioaktiv bestrahlten Werkstoffen, gibt es schwerwiegende Fehleinschätzungen.**

Am Beispiel der Atommülltransporte wird dies wie folgt belegt:

- Die aus Gusseisen bestehenden CASTORen sind mit tragbaren panzerbrechenden Waffen zu zerstören. Die Freisetzung nur eines Teils des Inhalts führt zu einer nachhaltigen radioaktiven Verseuchung.
- Die aus der CASTOR-Füllung stammende radioaktive Strahlung zerstört mit der Zeit das neutronenabschirmende Material, so dass gefährliche Strahlung nach außen dringt.
- Bei der Zerstörung des Materials entsteht Wasserstoff, der in der CASTOR-Wandung zur Versprödung und Rissbildung führt.

Resümee: Die vorliegende Atomgesetznovelle missachtet,

- dass die Atomtechnologie prinzipiell nicht beherrschbar ist,
- dass der Betrieb atomtechnischer Anlagen zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen von Gesundheit und Lebensraum führt,
- dass noch Tausende von Generationen nach uns an den Folgen erkranken und sterben werden,
- dass der Transport und die Zwischenlagerung von Atommüll mit großen Sicherheitsrisiken verbunden ist,
- dass die sichere Endlagerung von Atommüll nicht gewährleistet werden kann.

Der Stand von Wissenschaft und Technik wird nicht berücksichtigt.

ATOMMÜLL:

Sicher gelagert für eine Million Jahre?

Zur Frage der Endlagerung des Atommülls nimmt Folker Thamm, Vorsitzender des Umwelt- und Bauausschusses der Landessynode der ev. Luth. Landeskirche Hannover, wie folgt Stellung:

»Die Auswahl des Standortes Gorleben als Endlagerstandort konnte uns nie richtig einsichtig gemacht werden. Wir haben sie immer als unglücklich, eher politisch als von Sachkriterien geleitet, kritisiert.

Auch die Entscheidung, dort ein Zwischenlager einzurichten, wo ein geplantes Endlager höchst umstritten ist, war eine politische Fehlentscheidung ersten Ranges. Sie hat weitere Diskussionen in Gorleben so stark überlagert, dass selbst die besten Kriterien inzwischen die wohlwollendsten Bürger nicht werden überzeugen können. Das politische und psychologische Klima in der Region ist dermaßen belastet, dass nur durch einen offenen Diskurs über die Frage eines endgültigen Standortes wieder Frieden gestiftet werden kann.

Aus diesem Grund begrüße ich ausdrücklich, dass das Bundesumweltministerium den »Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte« einberufen hat. Seine zweite Tagung in Mörfelden-Waldorf hat deutlich gemacht, dass dort sehr ernsthaft an einsichtigen Kriterien für einen Endlagerstandort gearbeitet wird. All dies macht jedoch keinen Sinn, wenn nicht neben Gorleben noch eine weiterer Standort erkundet wird. Solange darf in das Zwischenlager nach Gorleben kein Castortransport stattfinden, weil sonst der Eindruck entsteht, Gorleben sei doch eher geeignet als andere mögliche Endlagerstandorte.

Zudem muss nach den bisherigen Diskussionen gefragt werden, ob wirklich ein Endlager für den gesamten Atommüll angemessen und sachgerecht ist, oder ob nicht vielmehr für die verschiedenen Formen des Atommülls auch verschiedene Endlager eingerichtet werden müssen.«●

ETIKETTENSCHWINDEL:

Ausstiegsgesetz stellt Betrieb sicher

Wer das geänderte Atomgesetz – das Atomkraftwerke noch über 20 Jahre laufen lässt und damit einen Bestandsschutz bis zum technisch bedingten Ende gewährt – Ausstiegsgesetz nennt, betreibt Etikettenschwindel.

Traute Kirsch, Beverungen ● Mit den sogenannten »Restlaufzeiten« erhalten die Atomfirmen ein uneingeschränktes Recht zur Erzeugung einer bestimmten Menge an Strom. Die atomaren Risiken, die im Super-GAU, in der Zwischenlagerung und in der Verdoppelung des Atommüllberges bestehen, werden dabei ausdrücklich und uneingeschränkt akzeptiert. Die Nutzung der Atomkraft ist nur möglich, wenn die Menschen kompromisslos diesen Risiken ausgeliefert werden. Dazu hat sich die Bundesregierung bekannt. Indem Bundesumweltminister Trittin erklärte, dass die Möglichkeit eines gezielten Absturzes eines Flugzeuges auf ein Atomkraftwerk kein Grund sei, Atomkraftwerke stillzulegen, hat er dies unmissverständlich offiziell bekundet.

Im geänderten Atomgesetz hat dieses Denken seinen Niederschlag gefunden, vor allem in der neuen Zweckbestimmung: »Zweck des Gesetzes ist es, ... bis zum Zeitpunkt der Beendigung den geordneten Betrieb sicherzustellen.« Das bedeutet: Der Staat darf in Zukunft nicht mehr in den Betrieb der Anlagen eingreifen und ist sogar verpflichtet, den störungsfreien Betrieb zu gewährleisten!!!

Die Bedeutung des geordneten Betriebs, mit dem die Zusage des »störungsfreien Betriebs« aus den Konsenszusagen erfüllt wird, liegt in der Befreiung von Genehmigungsauflagen, auf Grund derer die Atomfirmen die schadlose Entsorgung sowie die Sicherheit der Anlagen zu gewährleisten haben. Das erfreuliche Ergebnis für die Atomindustrie besteht in der Beendigung der sogenannten Nadelstichpolitik und der Sicherung des Bestandsschutzes für ihre Anlagen.

Die Politik entmachtet sich damit selbst und beraubt sich jeder Einflussnahme und Beschlussfassung zum Schutz der Bürger. Damit wird das Recht der Bürger auf Leben und Gesundheit aus Artikel 2 Abs. 2 Grundgesetz zu Gunsten des Rechtes der Atomfirmen auf und aus Eigentum missachtet.●

13 Gruppen und Betriebe gestalten gemeinsam das Verdener Ökozentrum

»Selbstverwaltung hoch 13«

Wer das Ökozentrum in Verden durch den Haupteingang betritt, steht meistens schon mitten drin im Projektleben: aus der grüngestrichenen Bürotür flitzt ein Attac-Mitarbeiter, oft genug gefolgt von Journalisten auf die Treppe nach oben zu. Beim Ökoarchitekten steht die Tür offen, er telefoniert mit dem Baby auf dem Arm. Auf dem Fußboden malen zwei Teilnehmerinnen des »freiwilligen ökologischen Jahres« an einem Transparent gegen den Krieg, ein Kunde des Biobaustoffladens betrachtet gerade den baubiologischen Lehrpfad.

Verdener Ökozentrum Foto: Archiv

Von Jutta Sundermann aus Verden ● Im Ökozentrum befinden sich 13 selbstverwaltete Betriebe, politische Initiativen und eine Wohngruppe – eine bunte Mischung. Das erste Anliegen des selbstverwalteten Projektes ist lebendig in die Tat umgesetzt: Arbeiten und Wohnen, Kollektivbetriebe und Politische Initiativen unter einem Dach ergänzen und unterstützen sich.

Nutzungsstatuten legen Spielregeln fest

Die NutzerInnen haben gemeinsam Statuten entwickelt, die als Grundlage für jeden Neueinstieg und die alltägliche Betriebs- und Initiativenarbeit gelten. In erster Linie ist damit die Selbstverwaltung festgeschrieben, die sowohl innerhalb der Betriebe und Initiativen beherzigt werden muss als auch für das ganze Haus.

Außerdem legen die Nutzungsstatuten fest, dass ökologische Standards einzuhalten sind und es ein Solidarprinzip verbunden mit recht weitgehender Transparenz z.B. über Finanzen und Strukturen im ganzen Haus gibt: einmal im Jahr kommen alle Gruppen des Hauses zusammen und legen ihre Finanzberichte vor. Wo es die betriebliche Situation hergibt, ist eine Mieterhöhung angesagt, wo es gerade knapp wird, kann eine Senkung gemeinsam beschlossen und durch die anderen mitgetragen werden.

Das Gesamtprojekt in den Händen seiner Nutzungsgruppen

Die Selbstverwaltung des gesamten Ökozentrums hat sich in den Jahren seit dem Start ganz gut eingespielt, wenn auch mehr Leute aktiv sein könnten. Da das Ökozentrum weder eine/n feste/n GeschäftsführerIn noch eine/n HausverwalterIn hat, sind die vielfältigen Aufgaben von Finanzfragen über Instandhaltung bis Öffentlichkeitsarbeit auf alle NutzerInnen verteilt. Tauschringartig ist das *»ÖZI-System«* aufgebaut, in dem jede Gruppe im Haus ein bestimmtes Stundenkontingent erbringen muss – eine Stunde bleibt eine Stunde, egal ob in dieser Zeit die Wege vor dem Haus gefegt, die Computeranlage gewartet oder die DarlehensgeberInnen betreut werden müssen.

Die fünf vertraulichsten Aufgaben – Finanzen, Instandhaltung, Arbeitskoordination (für das *ÖZI-System*), Kontaktperson und Vereins-Beauftragter – werden per Wahlverfahren durch das NutzerInnentreffen besetzt und ihre Inhaber übernehmen auch weitere anfallende geschäftsführende Tätigkeiten. Beschlüsse werden im Plenum der Nutzungsgruppen gefasst. Der gemeinnützige Verein *Ökozentrum e.V.* ist Eigentümer und Träger des gesamten Projektes und zahlreicher gemeinsamer Aktivitäten. Mitglieder können nur die Nutzungsgruppen sein, so dass die Mitbestimmungsrechte an die Zugehörigkeit zum Projekt gebunden sind. Eine Sonderstellung hat dabei die Genossenschaft *»AllerWohnen e.G.«*, die auch die Eigentümerin der Wohnräume im Ökozentrum ist und ebenfalls durch ihre BewohnerInnen selbstverwaltet ist. Die *AllerWohnen* besitzt auch einen ehemaligen Bauernhof 8 km von Verden entfernt, auf dem derzeit 13 Erwachsene leben und teilweise auch in Betrieben dort arbeiten.

Vielfältige Formen von selbstverwalteten Betrieben unter einem Dach

Seit dem Kauf des Gebäudes 1997 sind alle Beteiligten um viele Erfahrungen reicher, wer sich für die Wirrungen und Lösungen kollektiver Betriebsstrukturen interessiert, findet vielfältige anschauliche Beispiele, vier seien hier genannt:

Der größte Betrieb, der Bio-Baustoff und Einrichtungsladen *Biber* ist von vier auf zehn MitarbeiterInnen gewachsen. Struktur der Wahl war von Anfang an die GmbH, der in den ersten Jahren alle vier GründerInnen als Gesellschafter-Geschäftsführer angehörten. Inzwischen wählen *»die Biber«* aus ihrer Mitte zwei GeschäftsführerInnen, die im Alltagsgeschäft den betriebswirtschaftlichen Überblick bewahren. Sie sind dem Team zu weitgehender Transparenz verpflichtet. Sie erhalten wie die anderen KollektivistInnen auch den Einheitsstundenlohn. Eine strenge Kollektiv-Einstiegsregel hat sich das Biberteam auferlegt, um den Kollektivgedanken und die Verantwortlichkeit jedes Einzelnen aufrecht zu erhalten: nach spätestens zwei Jahren steigen Mitarbeiter als Gesellschafter auch formal in die GmbH ein mit einer Geschäftseinlage in Höhe von 10.000 DM. Eine einzige Ausnahme gibt es inzwischen, weil eine engagierte »Biberin« nach schlechten Erfahrungen anderswo sich keinen erneuten Kollektiveinstieg vorstellen konnte.

Das Architektenbüro *Ö-Contur*, das schon den Umbau plante und ausführte, ist als Kollektivbetrieb weiter im Haus vertreten: Drei Architekten haben sich zu einer GbR zusammengeschlossen, sich aber an drei verschiedenen Standorten niedergelassen. *Ö-Contur* kann so ständig Erfahrungen austauschen und Kapazitäten verschieben – und gleichzeitig in mehreren Einzugsgebieten ökologische Projekte vom Einfamilienhaus über Kindergärten bis zum Kulturzentrum bearbeiten. Die Architekten treffen die wesentlichen Entscheidungen im Konsens. Die einzelnen Bauprojekte haben klare Zuständigkeiten (Projektleitung) mit technischer und ökonomischer Entscheidungsfreiheit. Während alle Bürokosten gemeinsam getragen werden und die »Repro-Arbeit« im Büro zu einem Einheits-Stundenlohn berechnet wird, werden die Projekte getrennt abgerechnet. Nach Abzug aller Bürokosten wird der Gewinn des Projektes unter den beteiligten Architekten im Anteil der geleisteten Arbeitsstunden aufgeteilt. De facto führt das zu einer unterschiedlichen Bezahlung der Beteiligten. Allerdings liegt in der Praxis das Stundeneinkommen bei Bauprojekten oft unter dem vereinbarten Satz für Büroarbeiten, da *Ö-Contur* viele arbeitsintensive Selbsthilfeprojekte betreut.

Das Kneipenteam bestand in der Gründungsphase aus einer relativ heterogenen Gruppe, die einen Kollektivbetrieb aufbauen wollte. Diese Gruppe wurde durch Anzeigen und persönliche Kontakte vom Ökozentrum zusammengeführt. Der Rumpfgruppe fehlten Gastronomie-Erfahrungen und -Kompetenzen, um alleine zu starten. Darüber hinaus sollte die Kneipe von Anfang an als »sozialer Betrieb« eine großzügige Landesförderung bekommen. Zu diesem Zweck suchte und fand das Ökozentrum eine Geschäftsführerin »von außen«. Eine verhängnisvolle Entscheidung, wie sich später herausstellte: Trotz anderslautender Vereinbarungen wurde der Betrieb von der Geschäftsführerin als Chefin-Betrieb geführt. Alle Anstrengungen des Teams auf Mitsprache wurden untergraben. Ein ausgesprochen schlechtes Betriebsklima, wiederholte fristlose Entlassungen und mehrere Verstöße gegen die zunächst mitgetragenen Nutzungsstatuten des Ökozentrums führten zum Bruch mit dem Liekedeeler, obwohl die Gastronomie mit Mittagstisch, Cafe- und Restaurantbetrieb, Biergarten und zahlreichen Fest-Gesellschaften in Verden angenommen und gern besucht war. Die Suche nach einem Nachfolgeteam läuft – Bewerbungen werden gerne entgegen genommen.

Das *»Institut für Mensch und Natur«* hat gleich zwei Strukturen: eine GbR führt Labor- und Analysetätigkeiten mit Kundenberatung durch, wo der Verdacht auf Wohngifte, Elektrosmog, Altlasten oder Feuchtigkeits-Folgen besteht. Der gemeinnützige Verein Institut für Mensch und Natur e.V. hat die Bildungsarbeit in seinen Händen und eine öffentliche Umweltberatung.

Das *Ballettstudio Christa Weise* läuft seit Jahren als Ein-Frau-Unternehmen, inzwischen ab und zu mit Unterstützung junger Tanzpädagoginnen. Als Vereine organisiert haben sich das *Tagungshaus »Forum«* und der Kindergarten *»Grashüpfer«*. Die gleiche Rechtsform bevorzugten auch die Initiativen von *Attac*, der *Umweltwerkstatt* und dem *Permakulturprojekt* bis hin zur *Frauenprojektschmiede Alraune*.●

Mehr Infos gibt es unter www.oekozentrum.org sowie www.verbunt-netzwerk.de
Anfragen und Besuche sind gerne gesehen:
buero@oekozentrum.org
Ökozentrum, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden/Aller, Tel. (0 42 31) 957-0 (Tonband mit allen Durchwahlen) oder -555 Verdener Umweltwerkstatt.

Anzeige

Local Player
Unterstützung für Barfußärzte und lokale Gesundheitsdienste in Lateinamerika
medico international
Hilfe im Handgemenge
www.medico.de - Tel. 069-944380

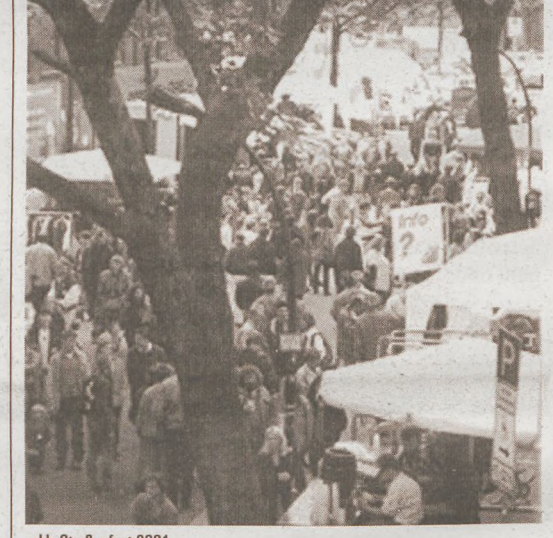
Düsseldorfer Kulturzentrum: 25 Jahre jung

Ganz subjektiv: zakk

»Jugendzentrum«, »Kulturbaustelle«, »Trendsetter«, »etabliertes Kulturzentrum«, das »zakk – Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation« in Düsseldorf muss mit vielen Bezeichnungen leben, es kommt ganz auf den Standpunkt an, von dem die alte, umgebaute Fabrik mit ihrem fast täglichen Programmangebot betrachtet wird. »Wir wollen ein modernes und politisches Kulturzentrum sein«, so würden es die MacherInnen selbst am ehesten formulieren.

Jochen Molck, zakk ● Das Programm ist vielfältig: Über die »Zukunft der Stadt« wird hier debattiert oder wie es gelingen könnte, die viel diskutierte Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« nach Düsseldorf zu holen. Für die lokale Musikszene werden Festivals und Konzerte organisiert, Weltklasse-Musiker wie *Diamanda Galas, Taj Mahal* oder die *Fun Lovin Criminals* stehen auf der Bühne. Im Herbst 2001 brachten wir unter dem Motto »Global listening« eine high-class Weltmusikreihe an den Start. Poptheorie ist ein Thema, Popliteraten füllen den Saal. Literatur weckt großes Interesse bei den Gästen, von der klassischen Lesung bis zum National Poetry Slam. Mehrere Opern wurden bereits im *zakk* aufgeführt, genauso wie Jugendtheater zum Thema »Alltäglicher Rassismus« (24mal ausverkauft). Der Frauenschwoof und die »...über-30-Partys« sind die z. Zt. beliebtesten Discos, doch auch Dancehall-Reggae oder HipHop im Club sind im Kommen. Montags treffen sich die Jongleure und Einradfahrer, am Dienstag der lokale Ableger des Chaos Computer Club, Mittwoch die Bauchtanzgruppe und am Donnerstag die Senioren zum Frühstück und Internet-Treff ... insgesamt gibt es über 500 Veranstaltungen im Jahr, zu denen mehr als 180.000 Gäste kommen.

Es wäre leicht, eine simple Erfolgsstory des *zakk* zu schreiben: Von der kleinen Initiative zum großen Kulturzentrum, das mittlerweile 16 hauptamtliche MitarbeiterInnen, über 50 Teilzeit-, Aushilfskräfte und Zivis beschäftigt und einem Umsatz von über 4 Mio. DM macht. Interessanter scheint es mir jedoch, einige Themen zu beleuchten, mit denen wir uns z. Zt. beschäftigen.



zakk-Straßenfest 2001

»Zakk in die Stadt stellen« war über einige Jahre hinweg das interne Leitmotiv unserer Arbeit. Wir wollten mehr als nur bestimmte »Szenen« erreichen und zugleich auch auf die Verhältnisse in der Stadt einwirken. Dazu gab es nicht nur Diskussionsveranstaltungen mit auswärtigen und lokalen Experten sondern auch Förder-Konzepte für die lokale Musikszene oder kleine Festivals mit lokalen Dichterinnen.

Nachdem wir aktuelle Themen wie »Armut, Verkehrs- und Drogenpolitik, Jugend in der Stadt« abgearbeitet haben, stehen wir nun vor der Frage, ob und inwiefern dieser Bereich für uns noch interessant ist.

»www.zakk.de – eine gute Adresse« ist der Slogan, mit dem wir unsere Internetaktivitäten nach außen »verkaufen«. Seit '95 beschäftigt uns die virtuelle Realität. In Düsseldorf eröffneten wir das erste Internetcafé und schrieben zusammen mit anderen Non-Profit-Gruppen ein interaktives, elektronisches »St@ttbuch« (www.stattbuch.de). Zurzeit halten abwechselnd die Senioren sowie der benachbarte Kinder- und Jugendclub unseren provisorischen Medienraum »besetzt«. Mittlerweile zählen wir ebenso viele virtuelle BesucherInnen auf unseren Seiten im Netz, wie reale BesucherInnen in unserem Haus. Auch hier die Frage, wo wir neue Akzente setzen können.

Nach einer frühen Phase der Professionalisierung der Arbeit, die dazu geführt hat, dass ehrenamtliches Engagement auf nahezu Null zurückgefahren wurde, sind wir wieder dabei, Menschen von außen als Praktikanten bzw. Ehrenamtler zu gewinnen. Ähnliches gilt für Kooperationen mit Partnern von außen, vom Frauenbüro über die Diakonie bis zur Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule, die bei uns einen hohen Stellenwert haben. Andererseits stellen wir Gruppen kostenlos Räume zur Verfügung. Im Laufe der Jahre hat sich dieser Bereich aber ziemlich abgekoppelt. Die Besprechungen drehen sich um alltägliche Fragen: Wie verbessern wir die Kommunikation der Abteilungen untereinander? Können wir noch eine weitere Disco anbieten, wenn ja, welche? Wie bekommen wir die steigenden Personalkosten in den Griff? Macht uns die Euroumstellung ernsthaft Probleme?

Das inhaltliche Profil des Zentrums ist weicher geworden; was früher einzigartig für die Soziokultur war, machen heute auch andere Veranstalter in der Stadt. Unter dem permanenten ökonomischen Druck der letzten Jahre ist der Raum für Experimente geringer geworden, vielleicht auch nur im Kopf. Natürlich ist die Konkurrenz gewachsen. Das Interesse an gesellschaftlichen Themen ist aber keineswegs pauschal zurückgegangen. Im Frühjahr z. B. war ein Zeitzeugengespräch mit einem KZ-Überlebenden mit über 200 BesucherInnen restlos ausverkauft. Es reicht aber schon lange nicht mehr, drei lokale Politiker auf die Bühne zu setzen und zu hoffen, dass der Saal voll wird. Wir müssen auch neue Formen entwickeln, gesellschaftspolitische Fragen zu thematisieren.

Im nächsten Jahr feiert das zakk seinen 25. Geburtstag. Vor der großen Party ist das eine gute Gelegenheit, einmal in den Spiegel zu sehen. Da stellen sich Fragen. Sind wir erwachsen geworden? Wo stehen wir, wo wollen wir hin? Wir haben uns vorgenommen, die weit über zehn Jahre alten »Ziele der zakk-Arbeit« neu zu formulieren, mindestens aber zu überarbeiten und auf den Stand der Zeit zu bringen.

Ich bin selbst gespannt, was dabei herauskommt.●

Aus: Informationsdienst Soziokultur Nr. 44/2001

GENOSSENSCHAFT FÜR DIENSTLEISTUNG UND MANAGEMENT, HAMBURG

Mehr als ein gemeinsames Dach über dem Kopf

Die Genossenschaft für Dienstleistung und Management (GDM) e.G. ist ein branchenübergreifender Zusammenschluß von Existenzgründern und Jungunternehmern mit dem Ziel der erfolgreichen Bewältigung der Gründungs-, Aufbau- und Absicherungsphase ihrer Unternehmen. Seit Anfang 1999 hat die GDM ihren Sitz in Hamburgs City Nord. Sie verfügt dort über gut 1.000 qm Büroflächen, die sie an 30 von zur Zeit 55 ihr angeschlossenen Unternehmen als Büros mit Büro-Services vermietet.

Ralf Lubnow, Red. Genossenschaften ● Der Ursprung der GDM liegt in der gemeinsamen Erfahrung ihrer Gründungsmitglieder: Junge Unternehmensgründer sahen sich zu Beginn ihrer Selbständigkeit 1996/1997 nach einem Netzwerk Gleichgesinnter um und riefen die »Hamburger Gründertreffs« ins Leben. Sie waren zuvor Teilnehmer eines Hamburger Pilotprojektes, das die Förderung von Firmengründungen aus der Arbeitslosigkeit zum Ziel hatte. Wie sich im Verlauf der regelmäßigen Gründertreffs 1997 herausstellte, sahen sich diese »Start-Ups« – obwohl in unterschiedlichen Branchen tätig – ähnlichen Herausforderungen gegenüber:

- die Erfahrung des »Einzelkämpfer-Daseins« im laufenden Tagesgeschäft und der fehlende Austausch mit anderen Firmengründern;
- die Suche nach kompetenten, kurzfristig erreichbaren Ansprechpartnern bei fachlichen Fragen (in steuerlicher oder rechtlicher Hinsicht oder in Fragen der Einstellung von Mitarbeitern);
- praxisnahe und auf den Gründungsalltag zugeschnittene Trainings- und Beratungsangebote;
- geeignete, bereits ausgestattete Büroräume, die der Dynamik der Gründungs- und Aufbauphase entsprechen, z.B. mit kurzen Kündigungszeiten und kurzfristigen Erweiterungsmöglichkeiten

Dieser offensichtliche Bedarf nach Austausch, Kooperationen und Support führte zur Idee eines Zusammenschlusses von Selbständigen und Unternehmern in Form einer neu zu gründenden Genossenschaft. Gesagt – getan. Der Norddeutsche Genossenschaftsverband in Kiel stimmte schließlich dem Wirtschaftskonzept der Genossenschaft zu. Anfang des Jahres 1999 wurde die GDM in das Genossenschaftsregister eingetragen.

Unter einem Dach

Zu Beginn stand die Finanzierung und die Bereitstellung von günstigem Büroraum für die Genossenschaftsmitglieder im Vordergrund. Im Verlauf von wenigen Monaten konnten geeignete Räumlichkeiten ausfindig gemacht und umgebaut werden. Ab Februar 1999 zogen die ersten Unternehmen in die Etagen ein: Eine Fachvermittlung für Führungskräfte arbeitet Tür an Tür mit einem Architekturbüro, eine Trendproduktfirma gegenüber einem Multimedia-Betrieb, eine Werbeagentur neben einer Softwarefirma usw. Nach und nach konnte ein gut funktionierendes BüroCenter-Management aufgebaut werden. Ausgestattet u.a. mit einem besetzten Empfangs-Counter, Internet-Standleitungen und Konferenzräumen mit entsprechender Präsentationstechnik.

In dieser ersten Phase der GDM (Ausbau der Büroumgebungen und -dienstleistungen) zeigte die tägliche Praxis des Nebeneinanders der Firmen auf den Fluren ein lebendiges geschäftiges Bild. Schon bald bahnten sich die ersten Geschäfte an, sowohl der Firmen untereinander als auch Kooperationen von Firmen bei der Durchführung von externen Aufträgen. Eine PR-Agentur z.B. entwirft für ihren Kunden nicht nur ein schlüssiges PR-Konzept und führt die Mediaplanung durch, sondern zieht für die Gestaltung und den Druck der Printmedien die benachbarte Werbe-Agentur hinzu.

Wissensübertragung

Der Beginn von Phase zwei ist gekennzeichnet durch informelle »Flur-Coachings« und Knowhow-Transfer zwischen Tür und Angel: Fragen, Tips, und Hinweise rund um das tägliche Gründungs-Business der Firmen. Im weiteren Verlauf wurden Fachleute aus den eigenen Reihen und externe Referenten / Trainer zu Vorträgen, Seminaren und Beratungen in der GDM verpflichtet, etwa zur Vorbereitung von Bankgesprächen oder Verkauftrainings. Die zunehmend professionelle Durchführung von Fortbildungs- und Beratungsangeboten zu den Bereichen »Unternehmensgründung /-sicherung« in Verbindung mit dem praxiserprobten Gründungs-Knowhow der Firmen führte zur Akquisition des ersten Großkunden.

Im Auftrag des Arbeitsamtes Hamburg – dem größten Arbeitsamt Deutschlands – wurde der »Beratungsdienst der GDM« als die zentrale Informations- und Anlaufstelle der Hansestadt für angehende Firmengründer etabliert, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig machen. Der Beratungsdienst koordiniert in diesem Zusammenhang hamburgweit das nach ESF-Kriterien gewährte Coaching-Programm für Unternehmensgründer mit Überbrückungsgeldbezug.

Gemeinsame Angebote

Die in der GDM kooperierenden Klein-Unternehmen agieren flexibel und innovativ für ihre Kunden und im Markt. Bei größeren komplexeren Aufträgen werden solche Kooperationen immer häufiger gewünscht, aber auch zusätzliche Sicherheiten. Die GDM beantwortet diese Entwicklung durch die Übernahme von Vertragspartnerschaften, wenn zur Auftragssicherung eine breitere finanzielle und personelle Struktur erwartet wird. Sie werden auch erforderlich durch die zunehmende Akquisition von Großaufträgen, die dann an Arbeitsgemeinschaften der Mitgliedsfirmen delegiert werden.

In diesem Zusammenhang konzentriert sich die GDM zunehmend auf den Ausbau der gemeinsamen Vertriebsaktivitäten. Zunächst wurden die Produkte der Mitgliedsfirmen erfasst und dann zu branchenbezogenen »Leistungspaketen geschnürt«. Den Kunden kann so im Bereich Neue Medien z.B. ein Komplettangebot von Internetzugang und Web-Hosting, Konzeption und Realisation von Internetpräsenzen bis hin zu Web-Design und multimedialen CD-Rom-Anwendungen aus einer Hand geboten werden. Im Bereich Hardware-Software-Handel etwa reicht das Angebot von der Programmierung und Software-Entwicklung, über Einrichtung von Netzwerken, deren Pflege und Support, bis hin zum Vertrieb, der Konfiguration und Wartung von Soft- und Hardware.

Nachahmung erwünscht

Im Unterschied zu staatlich subventionierten Gründer-Zentren stellte sich die GDM von Anfang an den Bedingungen des Marktes und konnte sich bis heute erfolgreich entwickeln. Für viele neue StartUps aus dem benachbarten Gründungszentrum und dem Hamburger Wirtschaftsraum ist die Genossenschaft eine attraktive Adresse. Die Satzungsziele der GDM gehen in der Praxis auf:

- Nach innen fördert die Genossenschaft die Zusammenarbeit, das Wachstum und Synergie-Effekte der in ihr kooperierenden Firmen.
- Nach außen tritt die GDM als gemeinsame Repräsentantin auf und übernimmt den Vertrieb branchenbezogener Lösungen.

Kontakt: Genossenschaft für Dienstleistung und Management e.G., Mexikoring 27-29, 22297 Hamburg, Tel: (0 40) 63 30 47, Fax: 63 30 49 99, Email: info@gdmhh.de ●

NEUWERKGENOSSENSCHAFT, KONSTANZ

»Eigenartiger« Ort bleibt erhalten: Künstler und Handwerker kaufen Neuwerk

Eine alte Fabrik, chaotische Zustände, Freaks, Künstler, Gewerbetreibende und Händler – alle unter einem Dach. Geht das? Es geht. Im Konstanzer Neuwerk hat sich eine einzigartige Szene gebildet. Die Baupläne waren lange fertig, ein Fonds zur Finanzierung vorgestellt, die nötigen Arbeiten organisiert: Doch bis vor kurzem fehlte der Genossenschaft das Wichtigste – die Unterschrift unter dem Kaufvertrag. Gemeint ist die NEUWERK eG in Konstanz. Nun haben das 7.700 Quadratmeter große Grundstück und die Gebäude den Eigentümer gewechselt. Seit November fließen die Mieten in die Kasse der Genossenschaft und nicht mehr ans Bundesvermögensamt.

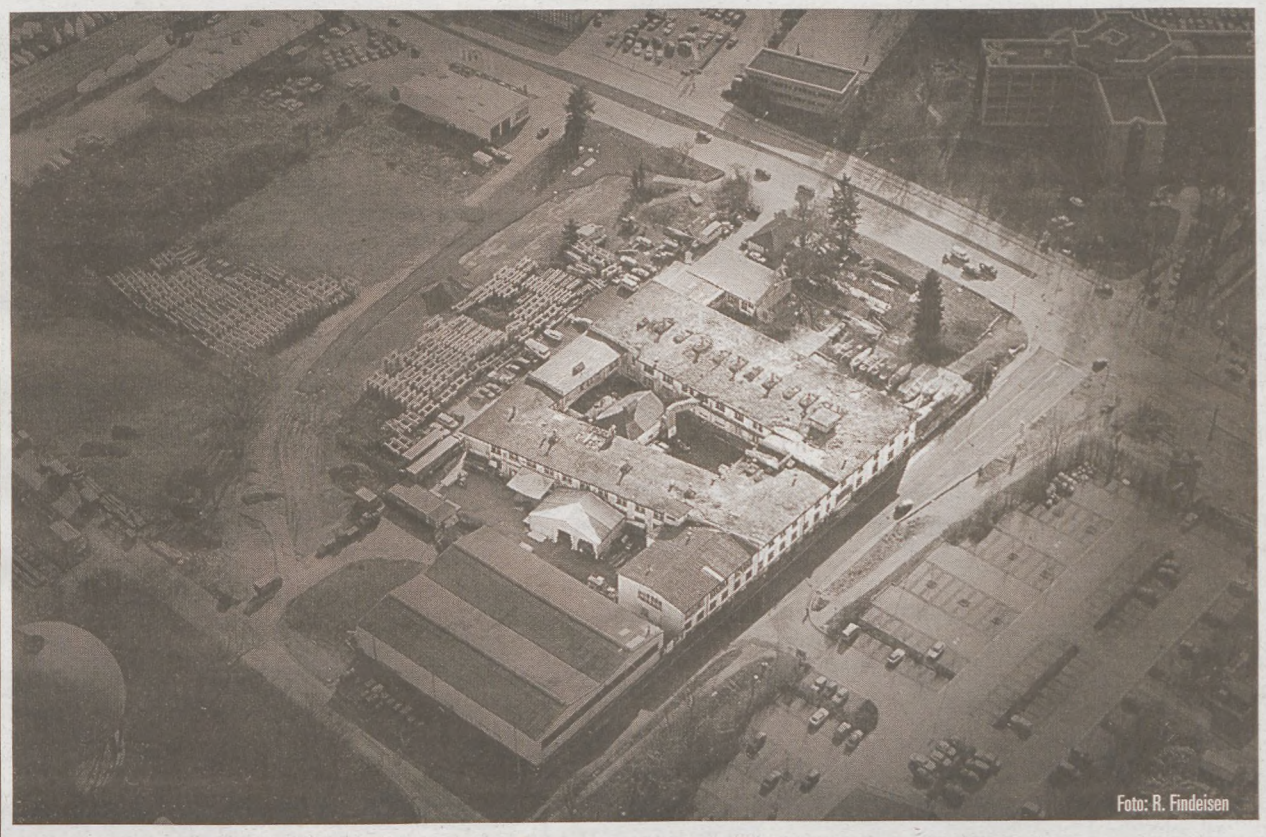


Foto: R. Findeisen

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die alte Stromeyerfabrik an der Konstanzer Reichenaustrasse sollte eigentlich der neuen Bundesstrasse 33 Schweiz weichen. Bis 1960 produzierte hier die Textilfabrik. Mitte der achtziger Jahre kaufte schließlich das deutsche Bundesvermögensamt das Gelände und vermietete die Räumlichkeiten. Es entstand ein einmaliger Ort, an dem bis zu 100 Künstler, Handwerker und Gewerbetreibende zusammen leben und arbeiten. Lange Zeit hatte es in den achtziger und neunziger Jahren nach einem Abriss ausgesehen. Das Neuwerk sollte B-33-Ausgleichsfläche werden.

Symbiotischer Zusammenschluss

Dem ständig drohenden Abbruch stemmten sich die Neuwerkler lange Zeit entschlossen und konstruktiv entgegen. Im März 2000 wurde die Neuwerk-Genossenschaft gegründet, die sich Kauf und Sanierung des Geländes auf die Fahnen und in die Satzung geschrieben hat (siehe auch CONTRASTE Nr. 181). Jetzt endlich konnten Gelände und Gebäude für eine Million Mark gekauft werden. Der Bebauungsplan muss noch die Hürden durch den Konstanzer Gemeinderat nehmen, damit die Sanierung ab 2002 beginnen kann. Die Chancen für das Projekt stehen gut. Die erforderlichen Pläne und Berechnungen wurden bereits in Absprache mit der Stadt vorgelegt.

Laut Matthias Holländer, Aufsichtsratsvorsitzender der Neuwerk-Genossenschaft, ist das Ziel ein aus der Standort-Geschichte gewachsener, grenzüberschreitender, dauerhafter und symbiotischer Zusammenschluss von Kunst, Handwerk und Gewerbe. Im Neuwerk definiere sich Lebensqualität auch als Möglichkeit, sich frei entfalten zu können. Deshalb sollen die bislang billigen Mieten auch in Zukunft bestehen bleiben. So könnten auch Leute mit wenig Einkommen und Umsatz im Neuwerk Räume für ihre Träume finden.

Kreative Finanzierung

Bereits bei der Gründung hatten die Neuwerk-Genossenschaftler eine Million Mark selbst zusammenbekommen. Weil aber die Banken eine weitere Sicherheit verlangten, wurde schließlich der »Neuwerkfonds« gegründet. Mit einer Mindesteinlage von 1.000 Euro ist mensch dabei. Es wird mit sechs Prozent verzinst und liegt fünf Jahre fest. Gebühren fallen keine an. Durch ihr eigenes Geld und den Grundbesitz sichert die Genossenschaft den Neuwerk-Fonds, durch den eine Million der nötigen Fünf-Millionen-Mark-Investition finanziert werden soll. Mit dieser Vorgehensweise kam das Projekt der Rettung des Neuwerkes eine Runde weiter. Für die ganze Bodenseeregion ist dies ein einmaliger Vorgang.

Da es gelang, genügend Anleger zu finden, machen auch die Banken mit. Denen war anfangs trotz des großen Eigenanteils eine Finanzierung des Projektes lange Zeit »zu heiß«. Wenn das Projekt Probleme bekommt, dann fürchten die Finanzinstitute den Druck der Öffentlichkeit, das Projekt nicht scheitern zu lassen. Hinzu kommt, dass keine öffentlichen Gelder im Finanzierungskonzept von fünf Millionen Mark vorgesehen sind. Aber die politische Unterstützung durch die Stadt Konstanz ist gegeben – eine Mehrheit des Gemeinderats gab dem Projekt grünes Licht. Bislang haben 26 Anleger Anteile für rund 200.000 Mark gezeichnet – weitere Anleger sind erwünscht.

Gewerbe trägt Kultur

Mit dem Warten selbst ist es nun vorbei: In den nächsten Wochen werden die von der Straße sichtbaren Flach- und Pförtnerbauten abgerissen. Sie müssen der geplanten neuen B33 weichen. Im Winter ordnet die Genossenschaft die vermieteten Flächen und bringt die Verträge auf den neusten Stand. Ab dem Frühjahr wird saniert, zuerst der Südflügel. Der Umbau dauert drei Jahre. Die Mieter ziehen während der Arbeiten innerhalb des Hauses um. Auch Kunst- und Kulturveranstaltungen wird es während der Bauphase geben. Die Sanierungsarbeiten werden von den Mitteln und Mieteinnahmen der Genossenschaft, dem Fonds und über Bank-Kredite finanziert. Jeder Genossenschaftler muss zudem 100 Stunden Arbeit einbringen, die so genannte »Muskelhypothek«.

Die Genossenschaft sieht den Kauf als Abschluss einer langen Phase politischer Debatten an. Vorstand und Aufsichtsrat erinnern sich mit einem lachendem und einem weinenden Auge an die bisherige Geschichte des Neuwerks: von der Zeltfabrik, die Ende der siebziger Jahre schließen musste, bis zur Genossenschaft, in der Künstler und Gewerbetreibende gemeinsam sozialen Gewerbe- und Kulturraum schaffen. Künstler nutzen ein Drittel der nicht als Lager verwendeten Fläche des Handwerkergewerbehofs Neuwerk als Ateliers und Proberäume. Diese gewachsene Struktur bleibt auch in Zukunft erhalten. Um das zu sichern, ist in die Satzung der Genossenschaft eine flächenbezogene Aufteilungs-Formel »2/3 Gewerbe – 1/3 Kultur« aufgenommen und durch den Zusatz »Gewerbe trägt Kultur« ergänzt.

Preis für Engagement

Für ihr besonderes Engagement und die ungewöhnliche Unterstützung von Kultur erhielt die Neuwerk eG jetzt sogar einen Preis. Diesen rief im diesjährigen internationalen Jahr des Ehrenamtes der »Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.« ins Leben. Beworben hatten sich 33 Genossenschaften. Unter ihnen konnte das Konstanzer Projekt den dritten Platz mit einer kleinen Unterstützung in Höhe von 1.000 Mark erreichen. Aus den Bewerbungsunterlagen wurde deutlich: Neuwerk hat gute Zukunftsperspektiven und die Erfahrungen des Projekts können auch für andere Genossenschaften oder Mitgliedergruppen nützlich sein.

Eine kleine Dokumentation des Wettbewerbs kann angefordert werden beim Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Wernerstraße 24, D-42653 Solingen, Fax (02 12) 383 75 56
E-Mail: pro-geno@t-online.de
Weitere Informationen zum Fonds der Neuwerk eG sind erhältlich bei Johannes Brand, Neuwerk eG, Bahnhofstraße 14, D-78462 Konstanz, Fax: (0 75 31) 2 20 09
E-Mail: info@neuwerk.org

»Der Blues« – Texte der Bewegung 2. Juni

Vor fast 20 Jahren wurde es immer auf den Anzeigenseiten der legendären autonomen Zeitschrift *radikal* angeboten, jetzt ist es wieder erhältlich: Das Antiquariat Schwarzer Stern, ein Projekt der *Gefangeneninitiative Dortmund* (www.free.de/gi) hat das Buch *Der Blues. Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni* nachgedruckt. Die limitierte Auflage beträgt 500 Exemplare, wodurch sich auch der relativ hohe Preis erklärt.

Das Buch ist der ungekürzte Nachdruck des »Blues« von 1982. In ihm fanden und finden sich (alle?) Texte der sozialrevolutionären Stadtguerilla *Bewegung 2. Juni* und Texte anderer Herkunft über Auseinandersetzungen (z.B. Knastkämpfe), Aktionen und Debatten, in die der 2. Juni oder einzelne seiner Mitglieder verwickelt waren. Der zeitliche Bogen spannt sich dabei von der Gründung im Juni 1972 (»Die Bewegung 2. Juni versteht sich als Anfang einer Organisation verschiedener autonomer Gruppen der Stadtguerilla«) über die bekannteren Aktionen, wie etwa die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz 1975 bis hin zum Ende des *2. Juni* im Jahre 1980.

Die Texte liefern ein lebendiges Bild der sozialrevolutionären Bemühungen der ersten Hälfte der 70er Jahre, und die sie tragende Subkultur (HaschrebellInnen etc.) und von der Debatte um verschiedene Fragen des militanten Kampfes (Verhältnis zur RAF und zur legalen Linken etc.). Durch die Dokumentation des Streites innerhalb des *2. Juni* vor seiner Auflösung 1980 (»Kampf zweier Linien«) wird ein Einblick in die Rezeption neuer Politikformen (Stichwort: Bürgerinitiativen/soziale Bewegungen) durch den *2. Juni* möglich. Ein Teil des *2. Juni* schloss sich der *RAF* an, während sich gleichzeitig auf den Strassen Berlins die Anfänge des Häuserkampf und seiner Massenmilitanz zeigten. Das ganze ist zentriert auf Westberlin, da der *2. Juni* sich ziemlich auf Berlin konzentrierte, ja vielleicht sogar nur dort entstehen und agieren konnte.

Leider enthält das Buch überhaupt keine Einleitung, da der *Blues* vermutlich damals beim ersten Erscheinen keine enthielt, noch haben die heutigen HerausgeberInnen ein Vorwort zur Neuherausgabe geliefert. Das ist bedauerlich, da so eine Einordnung des Erscheinungsjahres oder der Autorenschaft von Texten oft nicht möglich ist. Der Zusammenhang muss also, soweit ihnen das überhaupt möglich ist, von den LeserInnen hergestellt werden. Es wäre die Aufgabe der HerausgeberInnen gewesen, eine Einleitung zur Verfügung zu stellen, die z.B. jüngeren LeserInnen die Einordnung der Texte erleichtert. Peniblen wissenschaftlich-historischen Kriterien genügt der Band nicht, aber das ist auch nicht sein Ziel. Es ist im Sinne einer Dokumentation der Geschichte und der Debatten der radikalen Linken zu begrüßen, dass diese wichtigen Dokumente nun wieder zugänglich(er) sind.●

Bernd Hüttner

Der Blues. Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni; 120 DM, 926 Seiten in 2 Bänden. Schwarzer Stern, Hermannstr. 78, 44263 Dortmund, gefini@aol.com. Wiederverkäufer bitte Konditionen erfragen.

Das Wort »sich ergeben« gibt es hier nicht

Am 1. Januar 1994 begann in Mexiko das neue Jahr mit einem Paukenschlag: Die zapatistische Nationale Befreiungsarmee (EZLN) probte in der mexikanischen Provinz Chiapas den Aufstand. Zwar trug die EZLN bisher nicht den Sieg davon, aber besiegt wurde die lokal operierende Guerilla auch nicht. In die Annalen der Revolutionsgeschichte geht wohl ihr Sprecher Subcomandante Marcos ein, der – durchaus einer mexikanischen Tradition des maskierens folgend – anonym bleibt; für Fans und Verfolger.

Marta Durán de Huerta durchbrach im Januar '94 erstmals den militärischen Belagerungsring und versorgte mit anderen StudentInnen die EZLN mit Medikamenten und Lebensmitteln. Sie lebten mit der Guerilla-Truppe zusammen, und so entstand dieses Buch mit Statements des Subcomandanten. Im Vorwort weist sie ausdrücklich darauf hin, dass sie keinen Personenkult um Marcos aufbauen will, und der Subcomandante selbst betont immer wieder, er sei nur das Sprachrohr der verschiedenen indigenen Stämme, die hier um ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen. Aber wie sich Marcos auch zurücknimmt und beteuert: »Sie sind die Chefs, ich gehorche nur« (S.14), so lässt es sich doch nicht leugnen, dass er eben zur weißen Intelligenz gehört. Er sieht sich im Dienste des indigenen Aufstandes, und seine unkonventionellen, oftmals poetischen Erklärungen bringen die Poesie und den Witz in die Revolution, von der die EZLN erklärt, dass sie selbst keine Macht besitzen will.

Diese, sehr libertäre Revolte fand viel Anklang bei den Linken, und der Versuch diese zu globalisieren, findet wohl eher auf der publizistischen Ebene statt. Marcos, der Mann mit der Wollmaske – der Pasamontañas – hat viel zu »übersetzen«, als Dolmetscher zweier Welten, wie es Frau Huerta bezeichnet. Und es geht nicht nur um eine Zivilisationskritik aus indigener Sicht, es geht nicht darum »ins weiße Haus ein[zu]marschieren« (obwohl die Amis das verdient hätten!), nein, er scheint der Dolmetscher zwischen zwei Welten zu sein, die die menschliche von der kapitalistischen trennt.

Das Buch ist nach Themen geordnet: »Lebenslauf« (der von Marcos), »Indianer«, »Unser Land, unsere Fahne«, »Die EZLN und der Krieg«, »Die Berge«, »Unsere Politik«, »Die Massenmedien«, und diese Texte erschienen bereits in »Die Aktion – Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst« Heft 129/132 (Edition Nautilus Hamburg, Februar 1995).

Neu hinzugefügt wurde ein 31seitiges Nachwort von Marta Durán de Huerta mit einem Abriss der zapatistischen Revolution seit 1994. Prekär ist nur noch, dass die Textsammlung aus der »Die Aktion« für die Buchversion »gereinigt« erscheint (so z.B. im Kapitel »Meine Vermarktung ist zum Lachen« ist der letzte Abschnitt verschwunden, der einen Ansatz von Frauenfeindlichkeit zeigt.)

Nein, Marcos ist sicher nicht der Held, der Erste-Welt-political-correctness-AnbeterInnen, aber als »Dolmetscher« hat er uns einiges mitzuteilen, und wir sollten gut hinhören.●

Jochen Knoblauch

Marta Durán de Huerta: Yo Marcos – Gespräche über die zapatistische Bewegung. Edition Nautilus Hamburg 2001, 126 S. / 19,80 DM

Alternative Öffentlichkeit?

Dem kapitalistischen Patriarchat wohnt eine Tendenz zur Langeweile inne. Ob daraus zwangsläufig folgt, dass die Kritik von Kapital und Patriarchat auch langweilig sein muss, ist eine der Streitfragen kritischer Medienarbeit. Verströmen viele Blätter den morbiden Charme des Immergleichen, sind noch alle Versuche interessant zu wirken, im zwanghaften Tabubruch (wie etwa bei der *taz* der 80er Jahre) und der Reintegration vormals alternativer Medienprodukte in die Gesellschaft des Spektakels geendet. Im Zuge der Interneteuphorie gewinnen in den letzten Jahren Vorstellungen einer herrschaftsfreien Kommunikation und einer hierarchiearmen Vernetzung (alle senden, alle empfangen) neue AnhängerInnen.

Gottfried Oy hat selbst als Redakteur der 1997 eingestellten Zeitschrift *links* des Sozialistischen Büros und seitdem als Mitarbeiter des Internetmagazins *comunefarce* (www.copyriot.com/unefarce) Erfahrungen mit alternativer Medienarbeit gemacht. In seiner Dissertation setzt er sich nun mit den Medientheorien und -praxen sozialer Bewegungen der letzten Jahrzehnte auseinander. In einer Tour de force führt er die LeserInnen in die bekannteren theoretischen Grundlagentexte der linken und kritischen Medientheorie ein: Oy unterscheidet drei, selbstverständlich nicht scharf voneinander abgrenzbare Stränge der Auseinandersetzung: Die Manipulationsthese, die die Medienkonsumenten vor allem als Opfer von repressiver Manipulation ansieht. Hierzu zählt Oy etwa die Frankfurter Schule und die deutschen Versuche von Negt/Kluge und Enzensberger, aber auch feministische Kritik an androzentrischen Konzepten von Öffentlichkeit.

Die These der Medien als Produzenten von Konsens wie sie etwa von AnhängerInnen der Cultural Studies (wie etwa Stuart Hall) vertreten wird, bildet den zweiten Approach, der schon aus einer Kritik am ersten Strang gebildet wurde. Den Cultural Studies geht es sehr stark darum, die Interpretationen und Deutungen die die EmpfängerInnen von Nachrichten diesen geben zu untersuchen. Sie untersuchen z.B. gemeinhin »trivial« genannte Formen von Massenkultur wie etwa Fernsehserien oder Billigromane und erklären deren Erfolg aus der Thematisierung von Problemen, die die LeserInnen oder Zuschauer haben und thematisiert sehen wollen.

Den dritten Strang bilden die Netzwerktheorien, die aus einer gewissen technikdeterminierten Euphorie gegenüber den neuen Medien resultieren. Hier werde das klassische Bild der bürgerlichen Öffentlichkeit – jede und jeder darf reden (bzw. heute: senden) – wieder aufgewärmt, ohne zu thematisieren welche Ausschlussmechanismen dem Internet innewohnen.

Im zweiten, umfangreichen Kapitel referiert Oy dann die Publikationspraxis der Linken der letzten Jahrzehnte von der heimatlosen Linken der 50er Jahre über APO und klassische Alternativbewegung bis hin zur zeitgenössischen Auseinandersetzung mit dem Internet. Hier finden sich die vielen Beispiele, die einem/einer einfallen, wenn von Gegenöffentlichkeit die Rede ist: Zeitschriften wie der *Informationsdienst* (ID), die *radikal* oder die *taz* als eine linke Tageszeitung. Aber auch Video- und Radiogruppen werden vorgestellt und die Diskussion über linke Computernutzung und die ersten Mailboxsysteme referiert.

Der Band hat zwei Schwerpunkte, die auch getrennt voneinander gelesen werden könnten: Zum einen die Darstellung kritischer Medien*theorie*, zum anderen die Medien*praxis* sozialer Bewegungen. Er ist also keine in sich kohärente Geschichte der alternativen Publizistik, sondern eher – für Dissertationen nicht ungewöhnlich – eine Literaturstudie. Beide Teile sind nicht eben leicht zu verstehen, und eine Bedienungsanleitung für zeitgenössische emanzipatorische Medienarbeit sind sie auch nicht.

Politische Schlussfolgerungen oder Handlungsvorschläge für mediale Praxis lassen sich aus dem Text schwerlich ziehen, können sich vielleicht bei einer Dissertation auch nicht ziehen lassen. Sicher ist, dass eine auf der Manipulationsthese beruhende Medienpraxis heute nicht mehr angebracht ist. Wie sich aber die auch von Oy in seinem Schlußsatz eingeforderten »anderen Erzählungen«, die Informationen erst kritisch werden lassen, etablieren lassen können, bleibt weiterhin unklar. Auch wenn mittlerweile allen klar ist, dass eine Zeitung keine Bewegung schaffen kann, ist Medienarbeit ohne einen gewissen Glauben an diese These, oder die Hoffnung darauf nicht möglich.

Etwas anderes ist auffällig: Linke Theorieproduktion scheint zunehmend in Form von Dissertationen oder durch DoktorandInnen stattzufinden, für viele andere, in der Vergangenheit gängigere Formen von Theoriearbeit scheint der schrumpfende Sozialstaat die dafür notwendigen Ressourcen zunehmend abzuschneiden.●

Bernd Hüttner

Gottfried Oy: Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2001, 292 S., 24,40 EUR

Landwirtschaft in Thüringen 1945-1989

Das hier anzuzeigende Buch ermöglicht den LeserInnen ein anschauliches Bild der Landwirtschaft in Thüringen von 1945 bis zur sog. Wende. Detailliert und kritisch werden alle Phasen der DDR-Landwirtschaft beschrieben. Vom Kriegsende bis 1952 werden gemeinschaftliche Bewirtschaftungsformen massiv unterdrückt, dann bilden sich erste Formen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und ab 1960 ist der allergrößte Teil der Flächen kollektiviert. Die LPGs sind damals mit ca. 400 Hektar Fläche ungefähr doppelt so groß wie ein Familienbetrieb in den alten Bundesländern heute. Ab ca. 1970 werde dann Pflanzen- und Tierproduktion getrennt und der Aufbau gigantischer »industriemäßiger Anlagen« mit z.B. 2.000 Milchkühen oder mehreren Tausend Hektar Fläche vorangetrieben. Die Landwirtschaft ist industriell organisiert, mit Schichtarbeit etc. Die Effektivität der landwirtschaftlichen Produktion wird aber in den 80er Jahren zusehends geringer, ebenso ist zu vermuten, im Buch werden dazu keine Aussagen gemacht, die Qualität der Erzeugnisse.

In einem zweiten Teil berichten in fünfzehn Interviews ehemalige Beteiligte, die meist in führender Position in LPGs tätig waren, über ihre Geschichte mit und in der Thüringer Landwirtschaft. Diese Berichte sind persönlich und die Probleme und Leistungen der Erzählenden werden deutlich. Viele wehren sich z.B. gegen staatliche Maßnahmen, die sie aus ihrem fachlichen Verständnis von ordnungsgemäßer Landwirtschaft ablehnen.

Der sympathische Vorteil dieses Buches ist, dass es weder die sozialistischen Versuche in der Landwirtschaft verteufelt, wie es in der diesbezüglichen Geschichtsschreibung in der Regel immer noch geschieht, noch die Entwicklung überhöht, sondern sie kritisch und nüchtern betrachtet. Lesenswert sind auch die Interviews, da durch sie die Situation der Handelnden zwischen verhaltener und manchmal offener Renitenz und Anpassung deutlich wird: Soll man oder frau aus Interesse an Landwirtschaft in die (ungeliebte) LPG eintreten, wie ist mit der bürokratischen Reglementierung umzugehen, dies waren und sind Herausforderungen, die von den Erzählenden bewältigt werden müssen.

Ein großes Manko hat der Band: Leider ist nicht angegeben, woher die Unmenge von statistischen Daten stammt, die im Buch in nützlichen und übersichtlichen Tabellen und Schaubildern zusammengefasst werden.●

Bernd Hüttner

Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e.V.: Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung; Jena 1999, 214 S., 29,80 DM, ISBN 3-00-0052887 (Bezug: fon: 03631-901931)

Das richtige Buch zur falschen Zeit?

Verlage sind bemüht bei gewissen Großereignissen – ob Sport oder Terror – möglichst schnell das entsprechende Buch vorzulegen. Schwieriger wird es schon bei Büchern, die eine Diskussion vorantreiben sollen, aber in einer Atmosphäre erscheinen, wo dies kaum möglich zu sein scheint. So hat der Münsteraner Unrast-Verlag – quasie aus der Hüfte heraus – ein Buch zur militanten Politik der westdeutschen Linken im Herbst herausgebracht, in einer Zeit, wo seit den Ereignissen in New York ab dem 11.9. der Slogan »Krieg dem Terrorismus« weltweit alle anderen Probleme zudeckt.

Es ist nicht nur schwer die Geschichte des militanten Widerstandes darzustellen, sondern im Anschluss auch noch über eine Perspektive desselbigen diskutieren zu wollen. Anknüpfend an die derzeit laufenden RZ-Prozesse in Berlin und (vor kurzem in) Frankfurt/M. geht es in verschiedenen Kapiteln um die Anfänge Ende der 60er Jahre, die Häuserkämpfe und Anti-Imp-Debatten der 70er, sowie um die sozialen Kämpfe der 80er und 90er Jahre.

Während dieser fast 30jährigen militanten Politik – hier am Beispiel der Revolutionären Zellen – wurden viele Fehler begangen, Fehleinschätzungen getätigt, und gewollt oder nicht, waren die Opfer zu hoch, die dieser Kampf forderte. Wie konnte es z.B. geschehen, dass die deutsche Linke den Holocaust-Opfern absprechen wollte ein Recht auf ihren Staat (Israel) zu haben – mal ganz davon abgesehen, dass es keine »guten« Staaten gibt und die libertären Ansätze in der Beurteilung von nationalen Befreiungsbewegungen erst mit deren »versagen« wiedergefunden wurde? Zu oft wurde sich auf einen banalen Austausch der Regierungen verlassen, die selten was mit emanzipatorischen Bestrebungen zu tun hatten, oder gar schlimmer waren als die reaktionären Vorläufer (z.B. die Roten Khmer).

Es geht in den Artikeln aber auch um die unterschiedlichsten Protagonisten dieser militanten Politik. Wie z.B. um Hans-Joachim Klein und der Politschickeria aus Frankfurt/M. J. Fischer, Cohn-Bendit und Konsorten, die sich heute auf den unterschiedlichen Seiten der Macht wieder treffen. Außerdem geht es um den OPEC-Prozess, einem Staatsbegräbnis für die »68er«, Stammheim, Startbahn-West usw. Die RZ als Ausdruck einer, im Gegensatz zur RAF, vermeintlich hierarchiefreien Stadtguerilla, die sich mit beiden Beinen in der Realität verankert wähnte, wird hier durchaus kritisch betrachtet. Es ist eine solidarische Kritik, die gerade die Diskussion über ein neues Selbstverständnis militanter Politik aufgreifen will.

Außerdem bemerkenswert ist nicht nur die 15seitige Chronologie am Ende des Buches, sondern auch die sehr poetischen Ausführungen, ja eigentlich ist es wohl ein Gedicht von Judith David »Von der Militanz der Angst« wo die beiden Schlusszeilen lauten: »Die Geschichte der Militanz ist der Triumph, sich neu und andre / anders zu sehen , als in Angst.«

Die einzelnen Artikel beziehen sich in manchem zu sehr auf die Frankfurter (a. M.) Szene, wobei mensch aus dem Osten das Gefühl haben könnte, dass die Autoren hier nicht mal mitbekommen haben, dass es auch ein Frankfurt an der Oder gibt. Auch wurde die Gruppenstruktur aufgebrochen, in dem die meisten Artikel mit Verfasser-Namen versehen wurden (bis auf einen Artikel, zwei anonyme und vier Gruppen-Artikel, sind die restlichen 12 Beiträge von Männern, und davon 10 Beiträge von Wolf Wetzel).

Die derzeitigen weltpolitische Stimmung sollte aber nicht davon ablenken, dass hier ein wichtiges Buch vorliegt, und dessen Thema, eine militante Politik gegen die Herrschenden, ohne ihre Strukturen zu übernehmen, so aktuell dringlich war wie kaum zuvor.●

Jochen Knoblauch

Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe: Die Hunde bellen... von A bis RZ - Eine Zeitreise durch die 68er Revolution und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre. Unrast-Verlag Münster 2001 190 Seiten / 24,80 DM

P.S. Die L.U.P.U.S.-Gruppe steht z.T. auch für Veranstaltungen zur Verfügung. Kontakte können über den Verlag hergestellt werden.

Zum Berliner RZ-Prozeß gibt es regelmäßig Berichte in der »Interim« (gibt es in allen guten Buch- und Infoläden, sowie im Internet unter »www.freilassung.de«

Neues Verzeichnis alternativer Archive

Veröffentlichungen der neuen sozialen Bewegungen und der politischen und kulturellen linken Opposition werden von staatlichen Archiven, die immer noch sehr an »amtlichen« Schriftgut orientiert sind, nicht vorrangig gesammelt. Dabei sind diese, oft nur in einer kleinen Auflage verbreiteten Materialien wichtige Quellen zum Verständnis gesellschaftlichen Wandels. Die einzigen Orte, an denen solche Materialien gesammelt werden, sind – neben einer Handvoll institutionalisierter Spezialarchive, etwa an Universitäten oder Landesbibliotheken – die Archive, die die Bewegungen selbst ausgebildet haben. Mit einem kleinen, vom ASTA der Universität Bremen herausgegebenen Reader liegt wieder eine Übersicht über die vielfältige Landschaft der Bewegungsarchive vor. Erstellt hat ihn Bernd Hüttner vom Archiv der sozialen Bewegungen in Bremen (www.archivbremen.de).

Im Reader werden in zwei umfangreichen inhaltlichen Beiträgen Archive sozialer Bewegungen näher vorgestellt sowie zweitens kritische Geschichtszeitschriften daraufhin untersucht, inwieweit sie zu einer Geschichtsschreibung der Linken und der sozialen Bewegungen beitragen. Im Hauptteil sind die Adressen von insgesamt 225 Bewegungsarchiven aus dem deutschsprachigen Raum aufgeführt. Hüttner versteht unter Bewegungsarchiven vor allem selbstorganisierte und freie Archive, nimmt aber auch Mischformen und staatliche Archive auf, wenn sie den Schwerpunkt »soziale Bewegungen« haben. Der Adressenteil ist untergliedert in 18 große überregionale Archive, 37 feministische Archive, 35 Archive zu verschiedenen Thematiken von Antifaschismus über Internationalismus bis zu Kultur und die 135 weiteren Archive sozialer Bewegungen.

Angegeben sind jeweils die Postadresse, Telefon/Fax sowie Internet- bzw. E-Mail-Adresse. Offensichtlich war es nicht möglich, Bestandsbeschreibungen und weitere Informationen aufzunehmen. Ein kleiner Teil mit Hinweisen zu Internetadressen, auf denen es Übersichten des speziellen und unübersichtlichen Feldes der Bewegungsarchive gibt, erleichtert auch in Zukunft die Suche nach Adressen und beugt damit der Vergänglichkeit von gedruckten Verzeichnissen in Zeiten des WWW vor. Literaturhinweise schließen die Broschüre ab.

Mit dem Reader liegt seit dem 1990 erschienenen, sehr detaillierten Verzeichnis des ID-Archivs Amsterdam (mit damals 278 Adressen) wieder eine gedruckte Übersicht über die vielfältige Landschaft der Bewegungsarchive vor. Sie ist, wie auch der Reader von 1990, nicht fehlerfrei, was aber vor allem den prekären Bedingungen, unter denen solche Veröffentlichungen gewöhnlich entstehen, geschuldet sein dürfte.●

Oliver Winkel

Bernd Hüttner: Archive sozialer Bewegungen. Eine Einführung mit Adressenverzeichnis, Bremen 2002, 40 Seiten A 5, ISBN 3-935849-00-1

Für Einzelbestellungen 4,48 EUR (incl. Versand), nur gegen Vorkasse in Briefmarken. Für öffentliche Einrichtungen und andere Institutionen beträgt der Preis 5 EUR plus Porto, Versand gegen Rechnung.

Rabattstaffel: 5 Exemplare 16 EUR incl. Porto, 10 Exemplare 30 EUR incl. Porto, Versand jeweils gegen Rechnung. Bezugsadresse: ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstraße /StudentInnenhaus, D-28359 Bremen.

JOBS

Die BUNDjugend NRW sucht zum 15.2.2002 **eineN päd. ReferentIn** (Organisation/Finanzen). Zu den Aufgaben gehören die konzeptionelle Weiterentwicklung der BUNDjugend und die sachgerechte Verteilung von Mitteln aus dem Landesjugendplan. Strategische Fähigkeiten und Erfahrung mit öffentlichen Mitteln sind erwünscht. Die Stelle umfasst 30 Wochenstunden. Bewerbungsschluss ist der **20. 1.2002**.
Infos und Bewerbung:
BUNDjugend NRW, Postfach 11 21, D-59471 Soest
☎(0 29 21) 3 36 40, Fax: 3 36 45
E-mail: jugend@bund-nrw.org

PROJEKTE

Vielseitige **landwirtschaftliche Kommune** im südlichen Münsterland sucht zwei NeueinsteigerInnen, die mit uns gemeinsam leben und arbeiten wollen. Wir wünschen uns für den Milchviehbereich eine engagierte und flexible Person mit Maschinenkenntnissen und Lust auf Vermarktung. Für den Gemüse- und Obstbau suchen wir engagierte Person mit Praxiserfahrung und Wunsch nach eigenverantwortlichem Arbeiten.
☎(0 25 25) 25 60

BetreiberIn für Gastronomiebetrieb gesucht!
Im Ökozentrum Verden: voll eingerichteter Betrieb ab sofort o. demnächst. Gute Lage, 140 qm heller, schöner Gastraum. Bühne, Lehmofen, Nebenraum, Küche auf neustem Stand, gr. Biergarten. Beschäftigung f. 2-6 Pers.
Umgebung: Landkreisverwaltung mit ca. 800 Beschäftigten, Wohnbebauung. Im Haus Seminarbereich, der über Gastronomie verpflegt werden soll; außerdem ökol. Betriebe, pol. Initiativen, Wohnen. Erwünscht: Ökologische Orientierung, Kollektivbetrieb. Pacht kann umsatzbezogen gestaltet werden.
Kontakt: Ulrich Steinmeyer
☎(0 42 31) 95 71 11, Jutta Sundermann 95 73 22

Leiter/innen für internationale Begegnungen gesucht
Ihr möchtet einmal eine internationale Gruppe leiten? Freiwilliges soziales Engagement ist euch ein Anliegen? Ihr könnt tüchtig zupacken?
Ihr seid politisch interessiert und lernt gerne Menschen aus anderen Ländern und Kulturen kennen?
Der Service Civil International sucht für den Sommer 2002 Freiwillige zur Leitung von Workcamps im Inland.
Der SCI ist eine Organisation, die sich seit 1920 der internationalen Friedensarbeit widmet. Jährlich führen wir mehr als 700 Workcamps in über 30 Ländern der Welt durch. Eine international gemischte Gruppe arbeitet gemeinsam an sozialen oder ökologischen Projekten. Das reicht von der Renovierung eines Jugendheimes bis hin zum Einsatz auf einem ökologischen Bauernhof.
Wir erwarten: Engagement in Worten und Taten und die Bereitschaft zu einer guten Teamarbeit, Englischkenntnisse, ein Mindestalter von 18 Jahren
Wir bieten: Eine Ausbildung als Guppenleiter/in für internationale Begegnungen und internationale Workcamps in einem einwöchigen Vorbereitungsseminar
Wir garantieren: Spannende Erfahrungen in einer Leitungsrolle und interkulturelles Lernen in einer internationalen Gruppe
Wir bescheinigen: Ein pädagogisches Praktikum als Campleiter/in
Die Campleiter/innen sind an der inhaltlichen Vorbereitung und Gestaltung der Workcamps beteiligt. Der SCI beteiligt sich an Fahrtkosten und zahlt eine Aufwandsentschädigung.
Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen für die Vorbereitungsseminare sind erhältlich bei:
Service Civil International, Deutscher Zweig e.V. (SCI), Blücherstr.14
D-53115 Bonn
☎(02 28) 212 08 6/7, Fax: 26 42 34
info@sci-d.de, www.sci-d.de

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird parallel zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2002 laufend erweitert und aktualisiert. Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2001 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung
12. Jahrgang, Nr. 48, Dez. 2001, 224 Seiten
Baraki: Der Afghanistan-Konflikt und die Taliban
Globalisierung: Krise und Theorie
Krüger/Helfen – Die Krise am neuen Markt / Boris/Malcher – Die Argentinienkrise / Fuchs/Hofkirchner – Globalisierungstheorien
Globalisierungskritik
Gill – Auf dem Weg zum postmodernen Fürsten / Seibert – „Politfacharbeiter" und Spaßgesellschaft / Dräger – Netzwerke in Europa / Lötzer/Huffschmid – Die Bundestags-Enquetkommission Globalisierung / Mosebach – Der ATTAC-Kongress im Herbst 2001
Beiträge
Hahn – Lucàcs' Ontologie / Tjaden – Vom wissenschaftlichen Wert des Materialismus / Bock – Die russische Revolution im Rückblick / Müller – Arbeitsproduktivität und DDR-Geschichte
Sowie:
Berichte, Buchbesprechungen
Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,- DM ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers.
Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

245 Seiten Linke Bücher!
Unser Katalog 2001 fällt leider aus personellen Kapazitäten aus - ein umfassender Datenbankaufbau hat Vorrang.
Wer bis zum nächsten Jahr nicht warten will: für 20 DM gibt's einen umfangreichen Titelausdruck (Betrag wird ab einem Bestellwert von 200 DM verrechnet) - mit genug Lesestoff für's Jahrtausend!
Anares
Postfach 107 510 - D-28075 Bremen
Fax 04 21 - 7 94 02 31
e-mail: anares-nord@gmx.de

INTERIM
Vierzehntägiges Berlin-Info
Widerstand braucht Diskussion!
für 3 Mark in Infoläden, linken Buchläden oder im Abo:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker
Unsere Zielsetzungen:
-Politisches Engagement zur Abschaffung der Meisterpflicht als alleinige Voraussetzung einer Selbständigkeit im Handwerk
-Wiedereinführung der Gewerbefreiheit
-Gleichstellung von Mann und Frau im Handwerk
Unseren Mitgliedern bieten wir: Beratung, Hilfestellung, Information, Mitarbeit und Diskussion im Kampf mit der deutschen Handwerksordnung.
BUH e.V.
Klein Breese 13 29497 Woltersdorf,
Tel. 05841-973900 Fax 973901
http://www.aries.de/BUH

Queer Bands gesucht für SOLI-SAMPLER für autonome FrauenLesben Projekte in Heidelberg
Kontakt:
rqs@Frauen-Lesben-HD.de
FrauenLesben-Sampler
c/o Contraste
Postfach 104520
69035 Heidelberg

« Unser LEBEN ist der MORD durch ARBEIT–wir hängen 60 Jahre lang am STRICK und zappeln. Aber wir werden uns LOSSCHNEIDEN»
[Georg Büchner, 1835]

[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
PROBEHEFT
Direkte Aktion
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
da@fau.org

Phase 2 Zeitung gegen die Realität #02
top story:
Krieg und globale Ordnung
weitere Themen u.a.:
out now!
Sexismus
Interview mit Michael Hardt
Zivilgesellschaft und Menschenrechte
Rassismus vs. Kapitalismus
Revolutionärer Antifaschismus ade
#02
Phase 2, c/o linxxnet
Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig
http://www.phase-zwei.org
abo@phase-zwei.org

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Rosa Luxemburg Konferenz 2002
12.1.
Beginn: 9.30 Uhr
Audimax Humboldt-Universität zu Berlin
tot oder lebendig
Widerstand in der neuen Weltkriegsordnung
Mit Beiträgen u.a. von:
Heinz Stehr
Mumia Abu Jamal
John Catalinotto
Boris Kagarlitzky
Ulla Jelpke
Faustino Cobarrubia Gomez
know your enemy
Konzert ab 21 Uhr im Kesselhaus/Kulturbrauerei:
Sha-Karl & Smoke (Rap)
Neues Glas aus alten Scherben/akustisch (Rock)
F.S.K. (Kraut House)
Die Tageszeitung junge Welt
Cubasi Linke Liste

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
★ widerstand gegen staat und krieg ★ ökologie ★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreier anarchismus ★ concert for anarchy u.v.m.
Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

kassiber 48 [Dezember 2001]
☑ „Justice will be done!": Der „Krieg gegen den Terror" - um alte Vormachtstellungen
☑ Bundeswehr bereitet den Angriffskrieg vor
☑ Die Ethnisierung des Krieges in Afghanistan
☑ Kriege werden vorbereitet ... unter anderem an der Universität Bremen
☑ Das Böse steckt im Kabel: Bundesregierung verabschiedet den totalen Lauschangriff
☑ Kapitalistische Globalisierung: Der Standortwettlauf als gesellschaftliches Leitprinzip
☑ „...wenn andere aus unseren Schwierigkeiten lernen": Interview mit einer ehemaligen Genua-Gefangenen
☑ Berlusconi ohne Maske
☑ Koloniale Bilderwelt und Subjekt: Zur Verschränkung von Rassismus und Sexismus
☑ u.v.a.m. (68 Seiten für 5 Mark)

kassiber gibt es u.a. im gut sortierten Infoladen oder beim VzVüN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen, Fax: 0421-75682, eMail:kassiber@brainlift.de
Beim VzVüN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!
kassiber im Internet: www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/k_home.htm
kassiber-Sonderausgabe zum Krieg [Oktober 2001]: * Feindbild Islam: Mit Huntingtons "Clash of Civilization" erklärt sich der Westen zukünftige Weltkonflikte * Islamischer "Fundamentalismus" * Osama bin Laden: Vom CIA-Zögling zum Top-Terroristen * Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr * Schurkenstaaten und states of concern * u.v.a.m. (48 Seiten für 4 Mark)

lesen und lesen lassen
Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik". Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
▶ www.akp-redaktion.de
Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, **Redaktion Dresden**, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, **Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; 18569 Gingst/Westrügen, **Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, **Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@gmx.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, **Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, **Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, **Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, **Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, **Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, **Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; 60316 Frankfurt, **Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland**, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, **Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, **Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, **Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90419 Nürnberg, **Redaktion Franken**, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal**: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung**: 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK**: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: Elisabeth Voß E-Mail: post@elisabeth-voss.de; **Umweltschutz von unten**: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Information & Kommunikation**, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karldietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 1.-3.2.2002

Los geht's
Selbstbestimmt leben
Gruppen gründen
Mit dieser Veranstaltung an Pfingsten 2002 in der Kommune Niederkaufungen wollen wir ein Signal geben für die Mitgestaltung einer lebenswerten Zukunft, als Gegenentwurf zum neoliberalen Globalisierungswahn.
Wir laden dazu 200 Menschen ein, die auf der Suche nach einer Gemeinschaft sind und/oder sich vorstellen können, eine neue Gemeinschaft zu gründen. Gleichgesinnte können sich treffen und sich gemeinsam an die Verwirklichung ihrer Utopien machen.
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

Gewaltfreie Kommunikation
Bei der Gewaltfreien Kommunikation oder »Kommunikation von Herz zu Herz« handelt es sich um einen Gesprächsprozess, der die Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse, Gefühle und konkret umsetzbaren Schritte zur Veränderung für mich und mein Gegenüber lenkt. Dieser Prozess hilft transparent zu machen, was Konflikten wirklich zugrunde liegt. Gleichzeitig ist es eine Art zu kommunizieren, die die Freiheit, Selbstbestimmung und Wertschätzung einer jeden Person im Blick hat, so dass Beziehungen auf einen Boden gestellt werden, auf dem eine wohlwollende und kooperative Haltung wachsen kann. Diese Art zu kommunizieren lädt uns ein, Verantwortung für die eigenen Gefühle und Bedürfnisse zu übernehmen und dem Gegenüber die Verantwortung für seine zu lassen.
Kommune Niederkaufungen in Kooperation mit »Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz«.
Termin: 19.-21.4.2002
Anmeldung: bis 2.2.2002
Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz, Walpodenstr. 10, D-55116 Mainz
☎(0 61 31) 140 86 30

MEDIEN

Online-Journalismus:
Schreiben für das Internet
Worum geht's? Hypertext nutzen, konzipieren, schreiben.
Schreiben für das Netz: Inhalt ist non-linear, der Hyperlink führt in neue Informationstiefen, der Leser wird zum Herausgeber. Der praxisorientierte Kurs lehrt Grundlegendes zur Textrezeption in den neuen Medien, definiert Regeln zu Online-Titel/ Teaser/ Text mit Schwerpunkt Nachricht, Bericht und Reportage, informiert über Hypertext-Strukturen, Navigation, Projektkonzeption und setzt sich mit dem Aufgabenprofil des Online-Redakteurs auseinander.
Termin: 21.-22.1.2002

Webgrafik mit Photoshop
Worum geht's? Bildbearbeitung, Bildeinsatz, Navigationselemente auf Internetseiten.
Die neue Photoshop-Version bringt ausgezeichnete Werkzeuge für das Erstellen von Webgrafiken mit. Der Kurs verschafft Ihnen einen praxisbezogenen Zugang zu Photoshop-Grundlagen wie Ebenen, Auswahl- und Zeichenwerkzeugen. Erfahren Sie alles über webgerechte Dateiformate und Formatkonvertierung. Üben Sie das Scannen von Fotos und Geschäftsgrafiken.
Termin: 16.-18.1.2002

Skriptsprachen verstehen
– Skriptprogramme gestalten
Worum geht's? Dynamische Webseiten aufbauen.
Sie müssen kein Informatiker sein, um Skriptprogramme einzurichten. Der Kurs führt Sie in die Grundlagen der Programmierung mit JavaScript, PHP4 und Perl-CGI ein. Anhand praktischer Beispiele und Übungen lernen Sie, wie Sie Ihren Webauftritt dynamisch machen, ohne ihn zu überladen. Sie erfahren etwas über Skriptrecherche und die Anpassung von frei verfügbarem Programmcode. Gute HTML-Kenntnisse werden vorausgesetzt.
Termin: 11.-15.2.2002

HTML für Redakteurinnen
und Redakteure
Worum geht's? Der Stoff, aus dem die Web-Seiten sind.
Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Homepage. Mit dem HTML-Editor »Phase 5« lernen Sie die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Das Seminar richtet sich an Online-Redakteure und an Redakteure von Unternehmens- oder Verbands-Sites. Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot strukturieren.
Termin: 4.-6.2.2002

Linux verwenden
Worum geht's?
Praxiswissen für Einsteiger.
Eine Einführung in das Einrichten und die Funktionsweise von Linux und die Konfiguration der Server-Funktionalität stehen im Zentrum dieses Seminars. Weitere Themen: Samba, WWW Proxy Squid, Web Server Apache, Mail Server am Beispiel von SuSE Linux. Kenntnisse im Umgang mit Dateiverwaltung und Verzeichnissen sind von Vorteil.
Termin: 7.-8.2.2002

Von der Meldung zum Kommentar
Worum geht's? Die journalistischen Stilformen kennen, schreiben, beurteilen.
Von Stil und Form eines journalistischen Beitrags hängt es zunächst einmal ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information kann man auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Texte für Terminhinweise, Berichte von Veranstaltungen, wie einen Beitrag für die Tagespresse? Unser Praxis-Seminar führt in die informierenden und kommentierenden Stilformen ein.
Termin: 18.-20.2.2002
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

REGIONALENTWICKLUNG

Mehrteiliger Fortbildungskurs
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum neunten mal eine mehrteilige berufliche Qualifikation für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum **März 2002 bis März 2003** durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab.
Information & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 64 44
E-Mail: akademie@kljb.org
Kursbeschreibung:
http://akademie.kljb.org

Nachhaltige Entwicklung
im ländlichen Raum
Um »Nachhaltige Regionalentwicklung im ländlichen Raum und ehrenamtliches Engagement« geht es bei dem Kongress, der vom »Deutschen Naturschutzring« (DNR) und »Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg« (LNV) in Kooperation mit der »Stiftung MITARBEIT« veranstaltet wird. Mit dem Kongress sollen Ansätze der Bürgerbeteiligung bei der integrierten Entwicklung ländlicher Regionen aufgezeigt und deren erhebliches Entwicklungspotential deutlich werden.
Termin: 28.-29.1.2002, Hinterzarten
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

ZUKUNFTSWERKSTATT

Eine andere Welt ist möglich!
Was können wir persönlich dafür tun, dass in Auseinandersetzungen nach friedlichen politischen Lösungen gesucht wird. Wir alle sind noch nie so gefragt gewesen wie heute, uns über unsere Zukunftsvorstellungen klar zu werden, um auf unsere Mitwelt für eine lebenswerte Zukunft einzuwirken.
Die Zukunftswerkstatt ist eine Methode, die alle Beteiligten als ExpertInnen für ihre Zukünfte ernst nimmt und einen hierarchiefreien Raum schafft, in dem Kritik, Utopie und Handlungsansätze wertschätzend Beachtung finden.
Auch für Leute, die die Zukunftswerkstatt »nur« als Methode kennenlernen möchten.
Termin: 8.-10.2.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

JUNGE LINKE

Feminismus oder Barbarei
»Frauen und Männer sind gleichberechtigt« – so sollte es sein. Die Frauenbewegung hat immer darauf hingewiesen, dass dem in der Wirklichkeit noch lange nicht so ist. Auf diesem Seminar wollen wir einmal genau schauen, an welchen Punkten Frauen in der Gesellschaft unterdrückt oder grundsätzlich schlechter gestellt werden. Unter anderem wollen wir dabei untersuchen, wie schon in der Erziehung die kleinen und großen Unterschiede angelegt werden. Außerdem wollen wir diskutieren, welche Möglichkeiten es gibt, gegen Benachteiligung von Frauen vorzugehen und diese abzuschaffen.
Das Seminar richtet sich an alle Frauen und Männer, für die diese Themen neu sind oder die sich einmal intensiver mit der Thematik beschäftigen möchten.
Termin: 11.-13.01.2002, Castrop-Rauxel

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach
10 45 20, 69035 Heidelberg

Aus der Mitte der Gesellschaft...
Rassismus in der BRD
»Rassistisch sind nur die Naziskins und das sind ja doch nur frustrierte Jugendliche.« So oder so ähnlich wird in unserer Gesellschaft Rassismus wahrgenommen. Dass Rassismus kein Randgruppenphänomen ist, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommt und in dieser verankert ist, verdeutlichen staatliche Ausgrenzung von Nicht-Deutschen und rassistische Diskurse, die von großen Teilen der Bevölkerung getragen werden. Entstehung und Funktion rassistischer Denkmuster wollen wir bei diesem Seminar ebenso thematisieren, wie das Verhältnis von staatlichem Rassismus und extremer Rechten. Antirassistische und antifaschistische Gegenstrategien werden dabei nicht zu kurz kommen.
Termin: 11.-13.01.2002, Moers
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke
NRW, Herner Str. 79,
D-44791 Bochum
www.jungdemokratinnen.de

CROSSOVER CONFERENCE

Antiracist Antisexist
Summer Camp Project
Wir gehen davon aus, dass sämtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufs engste miteinander verzahnt sind. Deshalb machen wir u.a. Nation, Patriarchat, Kapitalismus, Heterosexismus, Antisemitismus und Rassismus in ihren Verschränkungen zum Thema.
Es geht uns dabei darum, neue Widerstandsperspektiven zu eröffnen. Wir wollen uns auf dem Treffen mit Herstellungsprozessen verschiedener Dimensionen von Identität (z.B. Geschlecht, Ethnizität, Klasse) beschäftigen. Was haben diese mit Macht, Herrschaft und Widerstand zu tun? Dieser und vielen anderen Fragen wollen wir in workshops nachgehen. In einigen workshops wird hauptsächlich geredet, in anderen performt, geübt... Ziel des Treffens ist, Leute aus unterschiedlichen politischen Richtungen zusammenzubringen, Schnittstellen zu finden, neue Bündnisse zu schaffen, an Interventionsformen zu arbeiten und damit neue Impulse für eine radikale, emanzipatorische, libertäre, linke...politische Praxis zu geben.
Termin: 17.-20. Januar 2002, Bremen
Info: summercamp, c/o A6-Laden,
Adalbertstrasse 6, D-10999 Berlin
E-Mail: summercamp@squat.net
www.summercamp.squat.net

GELD & ROSEN

In frischem Orange präsentiert sich die Unternehmensberatung für Frauen »Geld & Rosen« mit ihrem Veranstaltungsprogramm für das Jahr 2002. Mit diesem neuen Programm werden bundesweit zahlreiche Seminare für Existenzgründerinnen und Vereinsfrauen angeboten.
Auffällig ist hier eine weitere Spezialisierung: Es gibt neben branchenübergreifenden Existenzgründungskursen auch solche für Künstlerinnen, Heilerinnen und Ingenieurinnen.
Neu sind auch die Veranstaltungen für Teilzeit-Selbstständige, eine recht frauenspezifische Gründungsweise, die nun endlich Beachtung findet. Vielversprechend klingt die Ankündigung einer Coaching-Gruppe für Geschäftsführerinnen von gemeinnützigen Einrichtungen: »... und ewig wuselt das Chaos«.
Interessierte können entweder im Internet weitere Informationen erhalten (www.geld-und-rosen.de) oder das kostenlose Programm bestellen bei:
Geld & Rosen, Bahnstr. 35, D-53894 Mechernich
☎(0 24 43) 46 24, Fax 87 94

FRAU & ARBEIT

Neues Seminarprogramm erschienen
»Fördern, fordern, feedback geben«. Das ist auch im 17. Jahr des Bestehens Prinzip für die Bildung und Beratung bei »Frau und Arbeit e.V.« in Hamburg. »Wir unterstützen Frauen dabei, mit Lust aus ihren persönlichen Potenzialen eine befriedigende berufliche Identität zu entwickeln«, heißt es im neuen Seminarprogramm 2002. Darin finden auch Existenzgründerinnen, Unternehmerinnen und Frauen in Leitungspositionen attraktive Angebote für ihre berufliche Weiterentwicklung.
Neu im Seminarprogramm ist der Bereich »Informationstechnologie, Internet & Co«. Hier lernen Entscheiderinnen, welche IT-Technik, Software oder Internet-Anbindung zu den Besonderheiten ihres Betriebes passen oder wie die Arbeitsabläufe besser EDV-gestützt organisiert werden können. Das Besondere daran: An erster Stelle stehen nicht die technischen Möglichkeiten, sondern das, was in der Praxis notwendig und sinnvoll ist. Das neue Seminarprogramm kann angefordert werden bei:
Frau und Arbeit e.V.
☎(0 40) 450 20 90
E-Mail: info@Frau-und-Arbeit.de
www.Frau-und-Arbeit.de

RADIKAL REISEN!

Richtung Polen
Der erste Teil der Fahrt geht in die Nähe von Poznan, wo wir mit unserem Partner FMUP ein/zwei Gläschen trinken und uns über Themen EU, innere Sicherheit, Rassismus & Asyl und »Globalisierung« austauschen werden. Wie sich die neue polnische Regierung so schlägt, werden wir anschließend in Warschau unter die Lupe nehmen, wo auch Treffen mit weiteren (feministischen/sozialistischen) Gruppen geplant sind.
Termin: 6 Tage im Februar 2002

Richtung Tschechien – Prag
Kommt Tschechien in den Nachrichten vor, dann geht es entweder um das AKW Temelin, das Verhältnis zu den »Sudetendeutschen« oder um den Umgang mit Sinti und Roma. Wir wollen schauen, was es sonst noch an gesellschaftlichen Entwicklungen und Diskussionen in Tschechien und der »Goldenen Stadt« Prag zu entdecken gilt. Vor allem wollen wir uns mit linken, kritischen Gruppen treffen und über Rassismus, Globalisierung und die Osterweiterung der EU diskutieren.
Termin: März/April 2002
Kosten: ca. 175 EUR

Richtung USA – New York
Globalisierung und die Sozial- und Freihandelspolitik der USA
Wenn es um Globalisierung, »neoliberale Politik«, Abbau von Sozialer Sicherung und das Senken von Umweltstandards geht, wird das von vielen mit der Politik der USA in Zusammenhang gebracht. Je nach dem, auf welcher Seite der Barrikade man steht, verweist man entweder auf die USA als großes Vorbild oder als abschreckendes Beispiel. AnhängerInnen der letzten Position werfen der US-Politik vor, ihre Politik weltweit durchsetzen zu wollen. Als Beispiel wird dabei immer auch auf die Länder Südamerikas verwiesen. Aus europäischer Sicht scheint also alles klar zu sein. Doch wie wird das eigentlich in den USA gesehen? Welche Analyse bieten US-amerikanische Linke, wenn es um Globalisierung und weltweite Durchsetzung neoliberaler Politiken geht? Gibt es auch hier Widerstand außerhalb solcher Ereignisse wie Seattle 1999? Antworten auf diese Fragen hoffen wir in der Stadt, die als Symbol der Wirtschaftskraft der USA gilt, zu finden.
Termin: 17.-30. Juni 2002
Kosten: ca. 650 EUR
Information & Anmeldung:
jd/jl, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
www.jdjl.org

SONSTIGES

Mit 17 hat man noch Träume
Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an
Politisches Engagement – lebensgeschichtlich betrachtet
Dieses Wochenende bietet Gelegenheit, das eigene politische Engagement in lebensgeschichtlicher Perspektive einmal genauer zu betrachten. Ziel der Veranstaltung ist es, sich der eigenen Geschichte bewusster zu werden, die Bedeutung des gesellschaftlichen Engagements für sich selbst zu erfassen sowie Hilfestellung zu erhalten, den Stellenwert des Engagements für die eigene Zukunft einzuordnen und positive Ziele für sich selbst (neu) zu definieren. Das Seminar richtet sich sowohl an Menschen, die in organisierter Form politisch tätig sind, als auch an Interessierte, die sich auch ohne institutionellen Rahmen als politischer Mensch verstehen.
Termin: 22.-24.2.2002
Haus am Schüberg bei Hamburg
Kosten: 80 EUR für Verdienende und 40 EUR für Nichtverdienende (incl. Übernachtung und Verpflegung)
Information & Anmeldung:
UmweltHaus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, D-22949 Ammersbek
☎(0 40) 605 10 14, Fax 605 25 38
E-Mail:
schoenberger@haus-am-schueberg.org

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.